

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 80 M.
Zu bezahlen durch alle Post-Anstalten.

Inhalt: Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie. II. — Die Verbands-Arbeitslosenstatistik und die Arbeitslosenunterstützung. — Zum Ausbau des Metallarbeiter-Verbandes. — Konferenz der niederrheinischen Verwaltungsstellen des D. M. V. am 7. Februar zu Köln. — Zum Protest der Frankfurter Verwaltungen. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Arbeiterschaft Deutschlands. — Allg. Arz. u. St.-S. d. Metallarb.: Korrespondenzen aus Berlin, Ratingen und Niedorf. — litterarisches.

Zur Beachtung.

Buzug ist fernzuhalten: von Formern und Giechereiarbeitern nach **München** (Sandes) St. und **Schwelm** (Firma Behn) St.; nach **Dinglingen** in Baden und **Stuttgart** (C. Häufner) St.; von Gießern, Drehern und Guerlern nach **Hamburg** (Fled. Söhne); von Klempnern nach **Gleisburg** (Blechwarenfabrik Chr. J. Möller); von Arbeitern der Fahrradbranche nach **Bielefeld** (Koch & Co.), **Steyn** (Waffenfabrik) St., **Frankfurt am Main** (Kleher); Arbeitern der Gasbeleuchtungs- und Apparatenbranche nach **Frankfurt - Bockenheim** (Gebrüder Pintsch); von Klempnern, Emailarbeiten, Schlossern, Maschinenbauern, Metallarbeitern aller Art nach **Lübeck** St.; von Klempnern nach **Offenburg** i. Baden (Blechnermeister und Justizialleur Adolf Burg); von Arbeitern der Lampenbranche nach **Penstadt a. d. Orla** (Carl Bechhold); von Feilenhauern nach **Bamberg** (Merz); von Schlossern und Drehern nach **Halle a. d. S.** (Maschinenfabrik Krebs).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streit in Aussicht.)

Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie.

II.

Im ersten Artikel wurde angeführt, daß von mehr als 2 Milliarden Mark emittierter Aktien ein großer Theil auf die Industrieunternehmungen entfällt; speziell partizipiert daran nicht unbedeutend die Metall- und Maschinenindustrie, worüber nur einige wenige Details mitgetheilt seien. Die Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürrkopp & Cie. erhöhte ihr Aktienkapital von 2½ auf 3 Millionen Mark zwecks Erwerbung der Norddeutschen Fahrradwerke in Oldesloe und Beteiligung bei den Steyrer Fahrradwerken in Graz. Die Bielefelder Gesellschaft zahlte für 1894 eine Dividende von 12 Proz., für 1895 von 18 Proz. für 1896 soll sie 20 Proz. betragen. Die Sächsische Gußstahlfabrik in Döhlen hat eine Anleihe von 750 000 M. aufgenommen. Auf ihr Aktienkapital von 1,8 Millionen Mark vertheilte sie in den letzten 5 Jahren zweimal 9, zweimal 10, für das letzte Jahr 12 Proz. Dividenden. Das Gußstahlwerk Witten a. d. Ruhr erhöhte sein Aktienkapital von 3 Millionen auf 3,75 Millionen Mark. Das Unternehmen zahlte seinen Aktionären seit 1890 Dividenden von 10, 5½, 6½ und 7½ Proz. Von 960 000 auf 1 200 000 M. erhöhte ihr Aktienkapital die Zeitzer Eisengießerei und Maschinenfabrik und zwar zur Vermehrung der Betriebsmittel, da die Gesellschaft über 3 Millionen Mark Aufträge zu erledigen hat. Von 3 Millionen auf 3,6 Millionen Mark erhöhte die Maschinenbauanstalt Humboldt, Kalk bei Köln, ihr Aktienkapital und zwar zur Einführung des Lokomotivbaues.

Eine ganze Anzahl vorheriger Einzelunternehmungen ist in Aktiengesellschaften umgewandelt worden. So ist die Waffenfabrik von Weversberg, Kirschbaum & Cie. in Solingen mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark in eine Aktiengesellschaft umgestaltet worden; ferner die Unikum-Fahrradwerke und Maschinenfabrik von Lutz in Darmstadt; die Expressfahrradwerke von Goldschmidt in Neumarkt (Oberpfalz) mit 650 000 M. Aktienkapital; die Fahrzeugsfabrik von Ehrhardt in Eisenach mit 1,25 Millionen Aktienkapital; die Wagen- und Waggonfabrik von Busch in Hamburg-Eimsbüttel sowie die Maschinenfabrik Melzer & Cie. in Bongen mit 1 Million Gründkapital usw. Die „Brennabor“-Fahrradwerke von Gebr. Reichstein in Brandenburg

Nürnberg, 27. Februar 1897.

Inserate die dreigesetzte Petitzelle oder deren Raum 30 M.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

werden auf eine Jahresproduktion von 35 000 Stück erweitert. Die Maschinenfabrik Augsburg hatte vor einiger Zeit für 8 Millionen Aufträge, zu deren Erfüllung bedeutende Vergrößerungen des Etablissements notwendig wurden.

Bei so glänzender Geschäftslage sind natürlich auch die Gewinne der Unternehmer recht fette. So machte die Augsburger Maschinenfabrik bei einem Aktienkapital von 4 114 290 M. einen Gewinn von 951 998 M., die einzelne Aktie erhielt 350 M. Dividende, fast die Hälfte des Jahresverdienstes der schlecht entlohten Metallarbeiter. 30 Proz. Dividende gegen 20 Proz. im Vorjahr zahlt die Aktionäre der Nächener Hütten-Aktiengesellschaft ihre Erde bei Nächten. Das Werk ist bis Ende 1897 mit Aufträgen versehen. Auf ein Aktienkapital von 27 Millionen machte die Vereinigte Königs- und Laurahütte einen Gewinn von 5 499 650 M., woraus die Aktionäre 4 Proz. oder 48 M. pro Aktie erhalten. 16 Proz. erhielten gegen 13 Proz. im Vorjahr die Theilhaber der Berliner Aktiengesellschaft für Eisenstahlerie und Maschinenfabrikation in Charlottenburg. Die Bismarckhütte bei Schwientochlowitz zahlt 15 Proz. Dividenden, ebenso die Victoria-Fahrradwerke vorm. Frankenburger und Ottenstein, Aktiengesellschaft in Nürnberg. Das letzte Unternehmen ist derart mit Aufträgen überhäuft, daß es seine Anlagen erweitern mußte. 13 Proz. Dividenden aus einem Neingewinn von 197 133 M. zahlen die Wunderer-Fahrradwerke vorm. Winkhofer-Sänicke, Schönau-Chemnitz. Die Vereinigten Metallwarenfabriken vorm. Haller & Cie. in Altona zahlen aus 367 685 M. Gewinn auf 1,15 Millionen Aktienkapital eine Dividende von 12½ Proz. gleich 125 M. per Aktie. Je 12 Prozent zahlen das Eisenwerk Lübschütz und die Düsseldorfer Aktiengesellschaft für Eisenbahnbedarf vorm. Weher & Cie. Je 10 Proz. zahlen die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf (Aktienkapital 3,45 Mill., Neingewinn 404 264 M.); das Eschweiler Eisenwalzwerk; die Siegener Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Oechelhäuser in Siegen (1895 betrug die Dividende 8 Proz.); „Phoenix“, Bergbau- und Hütten-Aktiengesellschaft Laar bei Ruhrort (1895 Gew. 2 862 700 M., 1896: 2 940 000 M.); die Fahrrad- und Maschinenfabrik vorm. Schladitz in Dresden; Sächsische Lütschiensfabrik vorm. Hartmann, Chemnitz, aus einem Gewinn von 1 654 465 M. (1895: 1 131 037 M.); Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Hengstenberg & Cie.; Gasmotorenfabrik Deutz bei Köln. Die Rheiñischen Stahlwerke, Meiderich-Ruhrort, zahlten 11 Proz. (1895: 10 Proz.). Je 9 Proz. zahlen die Waggonfabrik vorm. Herbrand, Köln-Ehrenfeld (1895: 7 Proz.) und Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert & Cie., Aktiengesellschaft (1895: 8 Proz.). Je 8 Proz. Dividenden erhalten die Aktionäre der Rotibauer Maschinenbauanstalt und Eisenegießerei; Westfälische Drahtindustrie Hamm; Radebeuler Guß- und Emailwarenfabrik vorm. Gebr. Gabler in Radebeul bei Dresden; Blech- und Emailwarenfabrik Kitzweiler und die Raubacher Hüttenwerke in Raubach (Lothringen) (1895: 7 Proz.). Je 7½ Proz. Dividenden wurden ausbezahlt von der Aktiengesellschaft Seebek für Schiffbau in Greifswalder-Bremerhaven und Eisen- und Stahlwerk Hoesch in Dortmund. Die Gesellschaft erhöhte das Aktienkapital von 3,6 Millionen auf 6 Millionen Mark. An dieser Gesellschaft hat die Aktiengesellschaft für Montan-Industrie in Berlin beim Kaufe von Aktien im Betrage von 1,7 Millionen gerade die Hälfte, nämlich 850 000 M. Gewinn gemacht. Je 7 Proz. erhielten die Aktionäre des Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerkes (Neingewinn 102 225 M., 1895: 67 959 M.); Glassteinen- und Amaturenfabrik vormals Klein, Schanzli & Beder in Frankenthal (1895: 5 Proz.); Hamburg-Americanische Uhrenfabrik Schramberg-Hamburg (Gewinn 472 575, 1895: 410 551 M.); Maschinenbau-Aktiengesellschaft

Nürnberg (Gewinn 604 722 M., 1895: 6 Proz., Gew. 313 074 M.). 6 Proz. zahlt die Maschinenbaufabrik Deutschland in Dortmund (1895: 3 Proz.) usw. Vor uns liegen noch Abschlüsse von mehr als 30 Aktiengesellschaften, die alle wie die erwähnten im vorigen Jahre mehr oder weniger bedeutende Gewinne als 1895 erzielten und demgemäß auch höhere Dividenden an ihre Aktionäre vertheilten; es sind vereinzelte Wenige, deren Ergebnisse geringer waren als 1895. Dagegen betonen ausnahmslos alle diese Geschäftsbücher, welche ja wohl die Urquellen zur Information über die Verhältnisse der einzelnen Unternehmungen und damit der gesamten Industrie sind, daß sie 1896 voll beschäftigt waren und für 1897 mit reichlichen Aufträgen versehen sind. Die Errichtung ganz neuer Industrieanlagen sowie die Vergrößerung und Ausdehnung bestehender dürfte kaum in einem früheren Prosperitätsjahre so allgemein gewesen sein, wie in dem abgelaufenen.

Damit harmoniert nun keineswegs die im Allgemeinen verbliebene Unveränderlichkeit der Arbeiterverhältnisse, trotzdem mehrfach sogar über Mangel an Arbeitern gelagert und auch in einigen Geschäftsbüchern von höheren Löhnern gesprochen wird. Nach unserer Darstellung der sozialen Kämpfe der Metallarbeiter im Jahre 1896 haben sich die organisierten Kollegen wohl an manchen Orten gerührt und auch manche Verbesserungen errungen; allein die große Masse der unorganisierten Arbeiter ist offenbar schon davon befriedigt, bei der guten Geschäftslage eine etwas größere Sicherheit der Existenz und reichlichere Arbeit zu haben, wobei sich auch bei unveränderten Arbeitslöhnen, namentlich mit Zuhilfenahme zahlreicher Überstunden, mehr verdienen läßt als sonst, und es denken daher wohl die meisten von ihnen gar nicht daran, unter den so überaus günstigen Umständen auf eine Erhöhung der Arbeitslöhne und Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken. Es spielt in der That die Zufriedenheit, die Genügsamkeit mit armeligen Verhältnissen bei zahlreichen Arbeitern noch eine sehr große, aber unheilvolle Rolle. Hier ist die Bedeutung von Unzufriedenheit ein Stück wahrer Kulturarbeit, der Kampf gegen die Zufriedenheit ein wahrer Kulturmampf. Derselbe kann aber in geordneter und planmäßiger Weise nur geführt werden durch die Organisation und darum sollte gerade die jetzige „neue gute Zeit“ zur Ausdehnung der gewerkschaftlichen Vereinigungen in ausgiebigen Maße benutzt werden. Dies sollte um so wirkungsvoller geschehen, als die Organisationen der Unternehmer, wenn die Dinge sich so fortentwickeln, der Arbeitersklasse über den Kopf wachsen und sie nicht mehr aufnehmen lassen.

Darum besonders auf das Frühjahr hin hingestellt — selbstverständlich fühlt und besonnen — in den frisch-fröhlichen Kampf für Organisation der Metallarbeiter zur Verdoppelung unserer Reihen und für Ausweitung der wirtschaftlichen Blütheperiode zur Erhöhung der Arbeitsverhältnisse. Im Reichstage haben bereits die sozialdemokratischen Abgeordneten den Kampf für den Achtstundentag eröffnet; an den Gewerkschaften liegt es, den Gedanken unmittelbar zur That zu machen. Auf den Achtstundentag muß stets der Blick gerichtet sein; kann er im Auge mit den Unternehmern nicht sofort herbeigeführt werden, so nehme man den Neunstundentag als Abschlagszahlung, er ist immer noch besser als der Elf- und Zwölfstundentag, der ja noch bei den Metallarbeitern vorkommt. Auf jeden Fall aber muß aus das Jahr 1897 weitere Fortschritte in der Verkürzung der Arbeitszeit, in der Erhöhung der Arbeitslöhne und in der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse bringen. Die Bilanz des Jahres 1897 sollte für die gesamte deutsche Arbeitersklasse und im Besonderen für die Metallarbeiter eine günstigere werden als die von 1896. Darum an's Werk der Agitation, Organisation und des Kampfes auf der ganzen Linie!

Die Verbands-Arbeitslosenstatistik und die Arbeitslosenunterstützung.

Die zur Ermittlung des Aufwandes für die geplante Arbeitslosenunterstützung veranstaltete Arbeitslosenstatistik des D. M. V. ist leider in Folge der Nachlässigkeit zahlreicher Mitglieder verunglückt, und wir bezweifeln auch, ob nach ihrem bisherigen Ergebnis die Fortsetzung für das Jahr 1897 zu besseren Resultaten führen wird. Aber wir sind dem Vorstand dennoch dankbar dafür, daß er auch bei dem Mißlingen seiner Aufnahme die Mühe der Veröffentlichung nicht geschenkt hat, denn selbst das Wenige, das die in Nr. 7 veröffentlichten Ergebnisse bieten, gestattet einen äußerst interessanten Einblick in die Arbeitslosigkeitschwankungen des Vorjahrs und es ist darnach nicht so unmöglich, Berechnungen über die voraussichtliche Höhe der Mittel anzustellen, die der Metallarbeiter-Verband bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung flüssig halten müßte.

Gehen wir der Einsachheit halber von derjenigen Summe aus, die der Vorstand für Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung vorschlägt, nämlich ein Beitragsmehr von 5 Pf. pro Mitglied und Woche oder 2,50 Mk pro Jahr für 40 000 Mitglieder = 104 000 Mk, wovon 10 Prozent für Beitragsverluste gerechnet werden sollen, verbleiben 93 600 Mk pro Jahr, und untersuchen wir, ob diese Summe für normale Jahre ausreichen würde. Wir unterstellen, daß das Vorjahr zwar nicht als normales Durchschnittsjahr, wohl aber für die nächsten 3—4 Jahre als Norm erachtet werden kann, daß also die gegenwärtige Prosperität bis gegen Ende dieses Jahrhunderts in Folge der Handelsverträge und der großindustriellen Kartellierung anhalten könne. Nach der Verbandsstatistik meldeten sich nur 2212 arbeitslose Mitglieder, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß für das letzte Quartal noch einige Hundert ausstehen und daß sich an den Meldungen höchstens die Hälfte der Arbeitslosen beiheiligt habe. Rechnen wir die noch eingehenden Meldungen darunter, daß die Zahl von 2500 erreicht wird, und nehmen weit über die Schätzung des Vorstandes hinausgehend an, daß die Zahl der wirklich arbeitslosen Verbandsmitglieder drei Mal so hoch gewesen sei, also 7500 beträgen habe, welche Zahl jedoch die Reisenden sowohl, als auch die Gewerkschaften z. umschlössse. Da die Reiseunterstützung nicht abgeschafft werden soll, so sind die Reisenden vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung auszuschließen. Die Zahl der Reiseunterstützten betrug 1891: 1432, 1892: 3950, 1893: 4606, 1894: 5238, 1895: 5108. Für 1896 wird zweifellos ein weiterer Rückgang eingetreten sein und unter dem Bestand der höher dotirten Ortsunterstützung ist eine weitere Verjährung gewiß. Nehmen wir für 1896 4500 Reisende an, welche Zahl sich unter der Konkurrenz der Arbeitslosenunterstützung zu Ungunsten letzterer auf 3000 erhöhte, so daß 4500 Ortsunterstützte zurückbleiben. Man mag einwenden, daß diese Annahme zweifellos für die Ortsunterstützung zu ungünstig gegriffen sei; doch es kommt uns nicht darauf an, für letztere die günstigsten Ergebnisse herauszurechnen, sondern eine halbwegs sichere Grundlage für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu erlangen. Darnach ist ein Verhältnis zwischen Reise- und Ortsunterstützung wie 2:3 durchaus normal zu nennen.

Für die Höhe der aufzubringenden Mittel ist neben der Zahl der Unterstützten die Dauer der Arbeitslosigkeit in Betracht zu ziehen. Leider haben nur 1167 Mitglieder Angaben über diese Dauer gemacht, die eine Gesamtarbeitslosigkeit von 26 744 Tagen aufzuweisen. Nehmen wir an, daß diese in Tabelle II (Nr. 7) ersichtliche Vertheilung der Arbeitslosen auf die einzelnen Dauerategorien der gesammelten Arbeitslosen ähnlich wäre, daß also die 1167 Mitglieder, die von der unserer Schätzung nach 7500 betrlegenden Gesamtzahl ca. 15 Prozent darstellen, ungefähr dieselben Verhältnisse hätten, wie die übrigen 85 Prozent. In Wirklichkeit liegt die Annahme weit näher, daß gerade die Mitglieder mit für sie Arbeitslosigkeit die Meldungen am meisten verläunt haben.

Diese 1167 Mitglieder mit 26 714 arbeitslosen Tagen sollen uns als Vergleichsmittel für die gesamte Arbeitslosigkeit dienen. Als Unterstützungszeit ist 1 Mk pro Tag für männliche und 50 Pf für weibliche Mitglieder bei 7-tägiger Karentz vorgesehen, von denen wir aber der Einsachheit halber nur die höher unterschätzten Mitglieder in Berechnung ziehen. Wenn jedes der 1167 Mitglieder 7 arbeitslose Tage nicht unterstützt wird, so verbleiben zunächst 18 575 Unterstützungstage.

Aber auch diese Zahl ist noch zu hoch, denn sie schließt die Arbeitslosigkeit bis zu 70-tägiger Dauer und darüber hinaus in sich, während der Verband nur

für 42 Tage, also für 6 Wochen und 1 Karentzwoche = 7 arbeitslose Wochen Unterstützung leistet. Es sind nun auch die beiden letzten Rubriken in Tabelle II, die zusammen 122 Personen umfassen, auf die 7-wöchentliche Arbeitslosigkeit zu rezipieren. Leider fehlen uns die genauen Zahlenangaben für deren die 49 Tage überschreitende Gesamtarbeitslosigkeit; bei 72 Personen beträgt sie mindestens 3 Wochen und darüber hinaus, bei 50 Personen bis zu 3 Wochen. Nehmen wir als Durchschnitt für jeden der 50 ein Mehr von 14 Tagen und für jeden der 72 ein Mehr von 28 Tagen an, die also über die unterstützungsberechtigte Zeit hinausgehen, so wären genau 2016 nichtunterstützungsberechtigte Tage in Abzug zu bringen, wonach 16 559 Unterstützungstage verblieben.

Auch diese Zahl ist nur annähernd richtig, denn es können Mitglieder mehr als einmal arbeitslos geworden sein, und dann müßte auch die 7-tägige Karentz mehr als einmal abgerechnet werden, und dann kann es Fälle geben, wo diese Karentz aus naheliegenden Gründen nicht eingehalten werden kann. Doch würde die erstere Annahme bloß die Verbandskasse begünstigen, und so lassen wir sie außer Betracht. Es wären also 1167 Mitglieder für 16 559 Tage statutarisch mit 16 559 Mk = pro Kopf mit 14,20 Mk zu unterstützen. Auch diese 1167 sind nicht leuter Ortsunterstützte, sondern es sind zweifellos zahlreiche Reisende (nach unserer Annahme mindestens 40 Proz.) darunter, die der Verbandskasse wesentlich billiger zu sichern kommen. Aber selbst ihre Annahme als Ortsunterstützte beweist, daß der Gesamtaufwand für Arbeitslosenunterstützung noch weit hinter den Erwartungen des Vorstandes zurückbleibt, denn für 4500 Ortsarbeitslose beträgt der Aufwand (pro Kopf 14,20 Mk) nur 63 900 Mk und bliebe um ca. 30 000 Mk hinter dem zur Verfügung stehenden Fonds zurück; mit den vorhandenen 93 600 Mk könnten aber 6592 Ortsarbeitslose unterstützt werden. Bleiben wir aber bei unserer Annahme von 4500 Ortsarbeitslosen, so könnten dieselben statt 14,2 Tage durchschnittlich bis zu 20,8 Tage unterstützt werden, womit aber auch den höchsten Ansprüchen, die für die nächsten Jahre an die Arbeitslosenunterstützung gestellt werden, vollauf genügt ist.

Damit ist erwiesen, soweit sich aus dem wenigen Material eben erweisen läßt, daß die Beitragserhöhung von 5 Pf pro Mitglied und Woche für die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung ausreicht, ja, daß sie für die nächsten günstigen Jahre noch einen Nothzettel übrig läßt, der für die ungünstigeren Jahre gute Dienste leistet, vorausgesetzt, daß er nicht zu anderen, nothwendigeren Zwecken verbraucht wird.

Und wegen dieser winzigen Beitragserhöhung, die doch gänzlich den Mitgliedern wieder zugute kommt, überstürzen sich pessimistische Kollegen mit Drohungen und Staffandaten von „Mitgliederflucht“, „Verjüngung“ und „allgemeiner Desorganisation“. Dieser Uebereifer in der Bekämpfung einer an sich segenstreichen Einrichtung kann nur auf die weitverbreitete Unkenntnis der Anforderungen, die diese an die Organisation stellt, zurückgeführt werden, und diese totale Unkenntnis kam in zahlreichen Versammlungsberichten und Eingangsbriefen deutlich genug zum Ausdruck. Wir hoffen daher, daß unsere zahlreichigen Darlegungen, bei denen wir geflügelte und nur den Schein einer rosigem Auffassung vermieden haben, einer sachlicheren und freimütigeren Würdigung des Problems den Weg ebnen werden.

— t.

Zum Ausbau des Metallarbeiterverbandes.

I.

Arbeitslosen-Unterstützung und kein Ende! — wird Freund Scherm sagen,^{*)} wenn ich ihm auch noch einen Artikel über diese Frage auf die Brust setze. Gemach! Alles nimmt ein Ende und diese Diskussion wird auch aufhören. Eigentlich wollte ich gar nicht über Arbeitslosenunterstützung schreiben: „vielleicht verderben den Frei“, das scheint bei dieser Frage durchaus zugetreten.

Zunächst möchte ich auf eine Erörterung aufmerksam machen, die geeignet ist, die Bedeutung unserer Verbandsgeneralversammlungen sehr herabzudrücken; ich meine die Ausspielung von imperativen Mandaten. Bei den Wahlen für die nächste Generalversammlung könnte diese Gelegenheit besonders häufig geübt zu werden. Von einem Ort lese ich, daß der Delegierte gebunden wurde, für Arbeitslosenunterstützung zu stimmen, von anderer, der Kandidat habe sich verpflichtet, gegen Arbeitslosenunterstützung seine Stimme abzugeben. Consequenter wäre es, daß imperative Ma-

dot nicht nur auf diese oder jene Frage zu beschränken, sondern auf alle Verhandlungen der Generalversammlung auszudehnen, dann hätten wir wenigstens vollendete Abstimmungsmaschinen, man würde den Verlauf einer Generalversammlung schon ehe sie begonnen hat. Wie nett wäre das! Die Mandatgeber beachten häufig gar nicht, in welcher mißlichen Lage sie einen Genossen bringen können, wenn sie ihn mit einem gebundenen Mandat zur Generalversammlung schicken. Der Mann kommt mit dem festen Vorsatz, im Sinne seiner Auftraggeber zu wirken. Der fragliche Gegenstand kommt zur Verhandlung, Rede und Gegenrede ergeben ein ganz anderes Bild, wie sich der Genosse es vorgestellt hat, er wird in seiner Ansicht wankend, vielleicht vom Gegenthell überzeugt, und nun kommt er mit seinem Gewissen in Konflikt. Er muß entweder sein den Mandatgebern verpfändetes Wort brechen oder gegen seine Überzeugung stimmen und reben, zum Heuchler werden. Diese Absicht verfolgen natürlich die Genossen, welche imperative Mandate ausspielen, nicht, aber tatsächlich treten diese Folgen ein; auf dem Breslauer Partikongress habe ich mich, gelegentlich der Abstimmung über die Agrarfrage, davon überzeugt. Wollen sich die Verbandsmitglieder auf die Beschlüsse der Generalversammlungen einen weiterreichenen Einfluß sichern als jetzt das Statut ermöglicht, so greife man zur Urabstimmung, die man natürlich auf bestimmte Punkte — z. B. Beitragserhöhung usw. — beschränken müßte. Die Beweglichkeit der Organisation würde zwar dadurch erschwert, die Urabstimmung kostet Geld und macht Arbeit, sie ist aber unter den derzeitigen Verhältnissen die beste Form für die Mitglieder, ihren Einfluß geltend zu machen, sie würde die Delegirten vor allem von der Zwangsjacke des imperativen Mandates befreien. Ich befürworte also, die Frage der Beitragserhöhung und Arbeitslosenunterstützung — gleichviel ob sich die Generalversammlung dafür oder dagegen erklärt — einer Urabstimmung zu unterbreiten und hoffe, daß die Genossen ihre Delegirten nicht zu Marionetten herabdrücken, sondern ihnen die Freiheit der Entschließung zurückgeben. —

In der Diskussion über die Frage der Arbeitslosenunterstützung tritt unverkennbar das Bestreben zu Tage, „principielle Bedenken“ in den Vordergrund zu stellen. Theoretiker und Praktiker erheben dabei funkelnde neue Einwände wie: „Hirsch-Dunderei“, „Verwirrung des Klassenkampfes“, „Verjüngung“, und was sonst noch zum eisernen Bestand vieler pessimistisch angelegter Genossen gehört. Ich gestehe faltblütig, daß mich diese „Schläger“ nicht im Geringsten beeinflussen, umso weniger, als Theorie und Praxis, wie uns der Vorstand an einem Beispiel so drastisch gezeigt hat, bei unseren heizblütigen Klassenkämpfern nicht immer im Einklang stehen. Klassenkampf! — aber kosten darf er nicht viel. Worin allein thun's aber nicht.

Es wäre schlimm um die gewerkschaftliche Bewegung bestellt, wenn die prinzipiellen Einwendungen der Gegner der Arbeitslosenunterstützung begründet wären. Die Zahl der Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung gewähren, vermehrt sich, auch der letzte allgemeine Gewerkschaftskongress hat sich dafür ausgesprochen.

Welche vernünftigen Gründe können auch gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung geltend gemacht werden? Bürgerliche Sozialpolitiker hoffen ja allerdings, daß die Gewerkschaften, je mehr sie sich praktischen Fragen zuwenden, sich desto weiter von der Sozialdemokratie entfernen, sie erwarten von Einführung der Arbeitslosenunterstützung, daß sie breite Arbeiterkreise mit der kapitalistischen Produktionsweise versöhnen bzw. die Arbeiter zufrieden machen werde. Für diese naive Auffassung fehlt aber doch jede Grundlage. Die Erfahrung hat in Deutschland gelehrt, daß Staat, Gemeinde oder Privatvereinigungen, wenn sie sich mit der sozialen Frage beschäftigen, nur den Beweis liefern, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft Reformen, welche geeignet wären, die Arbeiterklasse zu befriedigen, nicht möglich sind. Die Sozialrechte durch die Bank haben der Arbeiterklassenbewegung nicht den geringsten Abbruch gehabt, im Gegenteil, sie sind ein Hebel für die Fortbildung der sozialen Bewegung geworden. Wenn diese immerhin nicht unbedeutenden Reformen nicht im Stande waren, den „Klassenkampf zu verwischen“, eine „Angliederung an die bürgerliche Gesellschaft“ zu erreichen, dann soll diese Gefahr bestehen, wenn wir eine minimale Arbeitslosenunterstützung einführen?!

Der Einwand ist unverständlich von Genossen, welche in der zweckmäßigsten Organisation der Arbeiter den sichersten Schutz des Einzelnen und die Erhaltung der Arbeiter als Klasse erstreben. Wer letzteres will, muß dahin wirken, den einzelnen Arbeiter vor Verleumdung, vor „Verjüngung“ zu bewahren, den einzelnen Arbeiter der Arbeiterklasse

^{*)} D. h. wir halten die Frage für so wichtig, daß wir uns auch noch an der Diskussion beteiligen werden. Red.

als politischen und gewerkschaftlichen Kämpfer zu erhalten, den unseren Bestrebungen gleichgültig gegenüberstehenden Arbeiter für unsere Organisationen zu gewinnen. Niemand wird bestreiten wollen, daß die Arbeitslosigkeit für den Lohnarbeiter das größte Übel ist, welches ihn in der bürgerlichen Gesellschaft erreichen kann, daß die Arbeitslosigkeit so häufig ist, daß sie mehr oder weniger jeden Arbeiter trifft, daß die Arbeitslosigkeit mit der kapitalistischen Produktionsweise unzertrennlich verbunden ist und weder durch Privathilfe noch durch Staatshilfe beseitigt werden kann, daß nur eine Milderung des Notstandes innerhalb sehr bescheidener Grenzen möglich ist. Und ebenso wenig ist zu bestreiten, daß eine auch nur minimale Arbeitslosenunterstützung eine sehr wertvolle Ergänzung unserer Kampfmittel bildet. Die Arbeitslosigkeit bringt dem Arbeiter nicht nur die Gefahr des materiellen, sondern auch des moralischen Ruins. Es wirkt auf dem Arbeiter schon demoralisierend, wenn er Armenhilfe in Anspruch nehmen muß. Daburch verliert er seine politischen Rechte, geht der Partei als Wähler verloren. Der Almosenempfänger verzerrt sich in seinem Wollen und Wirken, er betrachtet die Gesellschaft, von welcher er Unterstützung erhält, als seinen Wohlthäter, an dessen Erhaltung er interessiert ist.

Wer in der politischen Bewegung thätig ist, weiß, daß diese Almosenempfänger nicht nur häufig sich völlig gleichgültig gegen die Arbeiterbewegung verhalten, sondern nicht selten bei Wahlen für die gegnerischen Parteien agitieren, aus den oben angeführten Gründen. Das ist die „erzieherische Wirkung“ der Arbeitslosigkeit. Wer widerstandsfähig genug ist, sich mit allen Kräften gegen die moralische Versumpfung zu wehren, verstärkt die Zahl der Lohndrücker. Von Fabrik zu Fabrik läuft er, bietet um jeden Preis seine Arbeitskraft aus, bis er schließlich Unterkunft findet und einen anderen Kollegen freisetzt, wenn der Unternehmer es nicht vorzieht, seinen alten Arbeiter gnädigst weiter zu beschäftigen, aber — unter Hinweis auf den vor dem Thore stehenden Konkurrenten den Lohn herabsetzt.

Verheirathete Genossen, die ein Mal längere Zeit arbeitslos waren, halten sich in jeder Richtung zurück, weigern sich, öffentlich oder auch nur primitiv für die gewerkschaftliche oder politische Organisation thätig zu sein, weil sie die Geisel der Arbeitslosigkeit fürchten. Auch eine „erzieherische Wirkung“ der Arbeitslosigkeit. Tausende von Mitgliedern sind dem Verband schon verloren gegangen, weil wir nicht im Stande waren, den verheiratheten Mitgliedern im Falle der Arbeitslosigkeit nur einigermaßen unter die Arme zu greifen. Was wir bis jetzt den verheiratheten arbeitslosen Mitgliedern bieten konnten, bestand im Erlaß der Beiträge für die Dauer der Arbeitslosigkeit. Günstiges Vergnügen, von Einem nichts zu nehmen, der nichts hat.

„Das sind Binsenwahrheiten“, wird man mir entgegnen, wer aber diese Wahrheiten erkannt hat, kann über Arbeitslosenunterstützung nicht in so wegwerfender, oberflächlicher Weise urtheilen, als es vielfach in dieser Diskussion geschieht, er kann nicht behaupten, daß Arbeitslosenunterstützung die Arbeiter versumpft, er muß logischer Weise zu entgegen gesetzten Schlüssen kommen, muß die Arbeitslosenunterstützung als eine nicht zu unterschätzende Ergänzung unserer Kampfmittel begrüßen.

Freilich, wer in der Arbeitslosigkeit eine „erzieherische Wirkung“ erblickt, wird anders urtheilen. Was erzieht uns aber die Arbeitslosigkeit: Europa-Proletarier. Die Konsequenz von der „erzieherischen Wirkung“ der Arbeitslosigkeit ist, daß die Arbeiter eigentlich am Besten daran wären, wenn sie Alle arbeitslos wären. Diese Auffassung führt zu dem absurdem Standpunkt: es muß immer noch schlechter werden, die Arbeiter kommen nicht eher zur Einsicht, als bis sie nichts mehr zu essen haben. Die Praxis aber lehrt uns das Gegenteil. Nicht diese tiefstehenden Proletarier, die sich nicht mehr satt essen können, bilden das Rückgrat der Arbeiterbewegung, sondern die besser bezahlten Arbeiter, die höhere Ansprüche an das Leben stellen als der schlesische Weber, der Kleinschmied in Schmalkalden, der ländliche Tagelöhner.

Aber wichtiger als die Arbeitslosenunterstützung ist doch die Arbeitszeitverkürzung, darauf müssen wir unsere ganze Kraft verwenden“, wird weiter gesagt. Schließt denn die Arbeitslosenunterstützung die Verkürzung der Arbeitszeit aus? Oder erschwert sie nur die Verkürzung der Arbeitszeit? Die kürzeste Arbeitszeit in Deutschland haben durchschnittlich die Buchdrucker und Hutmacher, deren gewerkschaftliche Organisationen seit vielen Jahren Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Ein Beweis, daß die Arbeitslosenunterstützung kein Hindernis für die Verkürzung der Arbeitszeit bildet.

„Durch die Arbeitslosenunterstützung wölzen wir das Misero, welches von Rechts wegen die Unternehmerklasse, bezw. der Staat zu tragen hat, auf den Arbeiter ab; es ist Aufgabe des Staates, der Gemeinde, für die Arbeitslosen zu sorgen“, wird weiter eingewendet. Wenn wir Arbeitslosenunterstützung gewähren, thun wir nichts Anderes, als wenn wir uns gegen Krankheit versichern, unseren in Noth gerathenen Mitgliedern beistecken, Rechtschutz bewilligen, Reiseunterstützung leisten usw. Für alle diese Fälle verlangen wir auch vom Staat, von der Gemeinde, Hilfe. Staat und Gemeinde können sich dieser Verpflichtung auch nicht entziehen, aber wie sie sich ihrer Aufgabe entledigen, das genügt uns nicht, deshalb ergänzen wir diese Hilfe oder verzichten ganz darauf. Hunderttausende von Arbeitern verzichten auf einen Theil des Beitrages, welchen der Unternehmer zur Krankenversicherung zu leisten hat, indem sie Hilfsklassen angehören, welche von der Zwangsversicherung entbinden, der größte Theil der Arbeiter findet die Ortskrankenkasse, die Gemeindeversicherung nicht ausreichend und ergänzt diese durch Beitreitt zu sogenannten Zusatzklassen, zu Sterbekassen. Können wir in der gewerkschaftlichen, in der politischen Bewegung, auf diese „Klassenmenschen“ verzichten? Siben nicht gerade diese Arbeiter das Rückgrat unserer politischen und gewerkschaftlichen Bewegung, sind sie ein „Hinderniß im Klassenkampf“?

Wir gewähren jetzt schon im Verband Reiseunterstützung, was doch im Grund genommen nichts Anderes ist als Arbeitslosenunterstützung. Oder vermag jemand einen prinzipiellen Unterschied zwischen Reiseunterstützung und Ortsunterstützung zu konstruiren? Wir gewähren Unterstützung in besonderen Notfällen: ist die Arbeitslosigkeit kein besonderer Notfall? Konsequent handelt jene Gegner der Arbeitslosenunterstützung, welche das Unterstützungsweisen überhaupt abschaffen wollen. Freilich, die Konsequenz dieser Konsequenz ist: Beseitigung der Gewerkschaften. Die in § 2a des Verbandsstatuts gestellte Aufgabe kann gar nicht versucht werden, ohne kräftige Unterstützung der Verbandsmitglieder. Das wollen ja augenscheinlich, besser gesagt, selbstverständlich, auch die Gegner der Arbeitslosenunterstützung; in diesem Sinne darf der Verband „Unterstützungsverein“ sein, Arbeitslosigkeit, aus diesen Ursachen hervorgegangen, darf unterstützt werden, nur der unverhüllten Arbeitslosigkeit, der das Mitglied unter keinen Umständen entgehen kann, soll die Unterstützung versagt werden.

Zu welchen Ungerechtigkeiten führt das mitunter? Verbandsmitglied X. gehört seit Jahren der Organisation an, zahlt regelmäßig seine Beiträge, hat im Stillen unter seinen Kollegen in wirksamster Weise, in und außerhalb der Fabrik für den Verband gewirkt. Dem Unternehmer ist das hinterbracht worden. Deshalb erhält X. bei der ersten Gelegenheit in unauflängiger Weise seine Entlassung. Er liegt vielleicht Wochenlang auf der Straße, die Organisation kümmert sich nicht um ihn, er kann ruhig zu Grunde gehen, wenn er nicht schließlich auf Grund des § 2c einige Mark herausschlägt. X. hat recht wohl gewußt, weshalb er entlassen wurde, er wird sich in Zukunft hüten. Verbandsmitglied U., ein heizblütiger, vor kurzer Zeit zugereister Genosse, der schon das Dreifache seiner Einnahme an Reiseunterstützung bezogen hat, wirkt auch für den Verband in geräuschvollster Weise, ist vielleicht auch kein Künstler in seinem Fach, vorlaut gegen Vorarbeiter etc.; gegen ihn nimmt der Unternehmer nicht die mindeste Rücksicht, er wird entlassen mit der Bemerkung, daß keine Agitatoren in der Fabrik gebüdet werden. In ihm haben wir einen „Gemaßregelten“. Der Verband tritt sofort mit allen Mitteln für den legizierten Genossen ein, er erhält womöglich seinen vollen Wochenlohn, die Genossen am Orte erklären sich mit ihm solidarisch, verlangen dessen Wieder-einstellung. Es kommt zum Ausstand, welcher der Organisation Tausende von Mark kostet, resultatlos verläuft und die Organisation am Orte auf Jahre hinaus lähmlegt.

Welcher Unterschied in der Behandlung der beiden Genossen! Ich gönne dem Gemaßregelten seine Unterstützung, wenn er dem Verband auch einen schlechten Dienst erwiesen hat, aber ich meine, der ruhig auftretende Genosse, der zweifellos auch gemäßregelt ist, nur konnte er es nicht nachweisen, der dem Verband lange Zeit wertvolle Dienste geleistet hatte, er hätte auch unterstützt werden sollen. Und er wäre unterstützt worden, wäre dem Verband erhalten geblieben, wenn wir Arbeitslosenunterstützung gewähren würden.

Diese beiden Fälle sind kein Traumgebilde, sie kommen öfter vor als uns lieb ist. Beide, X. und U., sind nach meiner Auffassung gemäßregelt, für den einen hatte der Verband nichts als eine dürfte Notstandsunterstützung, für den Andern ist er mit seinen ganzen

Machtmitteln eingetreten, durch ihn hat er Tausende von Mark aufwenden müssen. Kommentar überflüssig. Wie ich mir auch die Sache überlege, prinzipielle Bedenken kann ich gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht finden, wohl aber drängt mich mein Gerechtigkeitsgefühl dazu, entschieden für Arbeitslosenunterstützung einzutreten, gleichviel aus welcher Ursache die Arbeitslosigkeit hervorgegangen ist. Entscheidend ist für mich nur die Frage, ob eine Erhöhung der Beiträge möglich ist und ob sich die Arbeitslosenunterstützung vom Standpunkt der Taktik rechtfertigt. Darüber im nächsten Artikel.

Fürth.

Dr. Segitz.

* * *

Es gehört wahrlich eine große Portion Selbstverleugnung dazu, mit einem solchen Vorschlag zu kommen, wie er von Seiten der Vorstandschaft in Stuttgart den Mitgliedern unterbreitet wird. Glaubt denn der Vorstand, die Mitglieder können nicht rechnen oder sie sehen Alles, was von Stuttgart kommt, als absolute Wahrheit an? Meine Ansicht von der Hauptvorstandschaft ist die, daß sie die Interessen des Verbandes in jeder Hinsicht so gut wie möglich zu wahren hat; meine Überzeugung ist aber, daß es diesmal nicht geschehen ist. Wäre der Hauptvorstand wenigstens ehrlich, so müßte er sich mindestens mit Breder auf eine Stufe stellen, aber nicht wie er es thut, in's Blaue hinein zu spekulieren. Man geht bei dieser Ausbaustellung von der Jesuitenmorale: „Der Zweck heiligt die Mittel“ aus; aber bedenkt der Vorstand nicht, daß Leute, die durch verletzte Äquivalente geködert werden, sofort wieder abfallen, ja unsere erbittertesten Gegner werden, sobald sie sehen, daß persönliche Opfer von ihnen gefordert werden, oder die Unterstützung nicht in dem Maße erhältlich ist, daß sie der Sorge, wenigstens der dringendsten um des Leibes Notdurft, enthoben sind. Zugegeben, daß der Verband mehr Mitglieder erhält, obwohl ich es bezweifle, ich verweise auf die Arbeitslosenunterstützung in St. Gallen, resp. deren Ausgang, weiters zugegeben, daß 52 volle Wochenbeiträge, nicht 39 eingehen, obwohl ich das erst recht bezweifle, so frage ich jeden ehrlichen Kollegen, ob er glaubt, daß in dem Jahr Karlsruhe diese neuen sowie verschiedene alte Kollegen so „aufgeklärt“ (ich will kein anderes Wort gebrauchen) werden können, daß sie bei der nächsten Generalversammlung freiwillig den Beitrag von 25 auf 40 bis 50 % erhöhen würden? Ich sage offen und ehrlich, und die größte Mehrzahl meiner Kollegen ist damit einverstanden, daß dieser Vorschlag des Hauptvorstandes uns ruinieren würde. Der Hauptvorstand rechnet glatt ab, seine Rechnung stimmt bis auf die Hälfte, nämlich, daß die 104 000 M. mit der Reiseunterstützung zu ca. 170 000 M. im günstigen Geschäftsjahr bei ca. 7500 Unterstützungsberechtigten langen würde, was jedoch nicht Thatsache ist. Denn nach der deutschen Reichsstatistik von 1895, also ein sehr günstiges Jahr, wären ca. 250 000 M. erforderlich. Dabei ist aber zu berücksichtigen: 1) daß eine Statistik auch vom Reiche aus noch Ungenauigkeit aufweist; 2) gewöhnlich mehr organisierte Kollegen auf dem Pflaster liegen wie andere; 3) daß die Zahl der notorischen Bummler sich ebenfalls anschließen würde und 4) daß die Schwäzung des Vorstandes von 2500 Arbeitslosen pro Jahr absolut zu gering ist. Mindestens nochmal so viel würde eher stimmen. Also mit 25 % Beitrag geht es nicht. Aber wer kann mehr zahlen? Denkt der Vorstand gar nicht an die Kollegen in Schlesien, Thüringen, Brandenburg, an die Kollegen der kleinen Provinzorte, sind die Löhne der Metallarbeiter auf einmal so glänzend, um solche Beiträge zu erschwingen, sollen die Hilfsarbeiter, deren Zahl sehr groß ist, ausgeschlossen sein? Da möchte ich doch schon fragen, welche Absichten haben die Herren in Stuttgart und Nürnberg gelitten, als sie diese Vorschläge machten. Dann berechnen wir einmal diese Sache als entwickelt, günstig prosperierend sogar; die Arbeitslosen erhalten 6 M. die Woche, was wird die Folge sein? Alle Diejenigen, wenigstens 80 Prozent Derer, die im Winter, der Noth gehorwend, nicht am Orte blieben, sondern einfach fortreisen, werden unstreitig da bleiben; da jedoch der Jüngere leichter Arbeit erhält, der ältere Kollege mit 6 M. nicht auskommt, wird er unbedingt zum Lohndrücker, wenn auch unfreiwillig. Man kommt nicht und sage, dann wird er es jetzt erst recht; mit nischen, der Arbeitslose jetzt ist der zielbewußte eifrige Gewerkschaftler. Der aber, der es nächstes Jahr ist (ich spreche selbstverständlich von den örtlichen Organisatoren), ist der durch die Unterstützung herbeigezogene Indifferente, der sich nur aus egoistischen eigennützigen Trieben der Organisation angeschlossen hat. Wenn dieser aber 50, ja 60 Tage, vielleicht sogar zweimal innerhalb eines Jahres arbeitslos ist, und das ist leicht möglich, dann wird er sofort wieder abrücken, wenn die Unterstützung aufhört.

Ja, ich stehe nicht auf dem Standpunkt, keine

Arbeitslosenunterstützung, aber ich sage mir, nicht wir sind es, welche die Schäden der Gesellschaft zu heilen haben. Mag der Staat und die Kommune die Sache in die Hand nehmen, dann bin ich dabei, sie zu unterstützen, aber selbst den Entwicklungsgang der Pauperisierung durch solche Palliativmittelchen, die obendrein noch unser Nutzen sind, aufzuhalten, da biete ich niemals die Hand. Wegen die Kollegen allerorts thätiger sein wie bisher, mit den Beiträgen nicht so lange im Rückstande bleiben, mögen sie die Agitation von Mund zu Mund besser pflegen, mag der Vorstand darauf sehen, daß wir einen gehörigen finanziellen Rückhalt in der Tasche haben, um die baldige Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Sonntagsarbeit etc. durchzuführen zu können, dann, und nur erst dann, haben wir die beste Arbeitslosenunterstützung, den Mitgliedern sowohl wie dem Verband zum Nutzen. Dem Vorschlag des Hauptvorstandes zuzustimmen, hieße aber zugleich unser Testament besiegen, wir aber wollen kämpfen und siegen können.

München.

Karl Borhöller.

Verschiedene Vorschläge sind in letzter Zeit gemacht; u. A. spielt die Arbeitslosenunterstützung die Hauptrolle. Da glaube anzunehmen zu dürfen, daß es sich weniger um Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung handelt, als um eine tüchtliche Erhöhung der Beiträge. Erstere ist lockspeziell, um die Erhöhung der Beiträge leichter durchdringen zu können. In Frankfurt wurde ein Beitrag von 17,- beschlossen, in Altenburg war schon dieselbe Strömung wie heute für Erhöhung der Beiträge vorhanden. Es gelang dies damals teilweise durch Einführung der Extrafeiern. In Magdeburg dieselbe Strömung, es gelang den Beitrag auf 20,- festzusetzen, um das Extrafeuerweesen zu beseitigen. Damals konnte man schon Stimmen hören: „Ach, es ist doch wenigstens etwas, auf der nächsten Generalversammlung muß es besser werden.“ Und warum? Weil wir uns in Frankfurt an unsere Kampforganisation einen Ballast, die Reiseunterstützung, angehängt haben. Anstatt, daß man nun bemüht ist, diesen Ballast allmählich los zu werden, soll jetzt noch einer angehängt werden. Vielleicht kommen bald noch Umzug- und Begräbniszelder usw., und dann werden die Hirsch-Dunderianer recht haben, wenn sie sagen: „Ihr kommt noch zu uns.“ Also, fort mit dem ganzen Ballast, und den Verband nach der Seite des Kampfes ausgebaut. Gerade die Kämpfe im letzten Jahre sollten uns doch zeigen, wie wir zu arbeiten haben.

Wenn nun gesagt wird, die ansässigen Kollegen treten dem Verband nicht bei, darum brauchen wir Arbeitslosenunterstützung als ein Zugmittel, so bin ich entgegengekehrte Meinung. Das viele ältere, ansässige Kollegen unseres Verbands nicht beitreten, ist richtig, indem sie unser Verband als Reiseunterstützungsverband betrachten und nicht als das, was er ist, wenngleich sein sollte, eine Vereinigung zur Erlangung besserer Arbeitsverhältnisse. Es hört sich nun freilich schön an, wenn man der Massen gegenüber sagt: Ihr sollt unterstützt werden, wenn Ihr arbeitslos seid, wenn Ihr auf die Reise geht usw. Doch weit besser wird es aber sein, wenn wir sagen: Da und dort haben wir einen Sieg errungen, die Arbeiter haben an den Orten bedeutend bessere Verhältnisse bekommen durch die Unterstützung des gemeinsamen Verbands im Kampf. Also, fort mit der Arbeitslosenunterstützung, und dazu gehört zehnfoldig auch die Reiseunterstützung. Dennoch kann nach meiner Meinung den Verbandsmitgliedern, welche auf die Reise gehen, mehr geboren werden als jetzt, nämlich, wenn alle Verbände dieser Ballast würden abgesägt haben, so könnten die verschiedenen Verbände an einem Orte zusammentreten und Zentralherbergen errichten, welche aus örtlichen Münzen unterhalten werden, nicht vom Verband. Jeder durchdringende Organisator erhält unentgeltlich Logis usw. Also für den Kampf Zentralisation und für die Unterstützung Koalition.

Nun noch ein Wort zur Erhöhung der Beiträge. Seien wir die Beiträge wie sie sind, sonst können wir erleben, daß die Totalorganisation Platz greift; verschiedene Orte werden mit der Erhöhung nicht mitmachen, sondern sich einfach einen Totalverein gründen. Nehmen wir nicht zu hohe Beiträge und suchen wir auf diese Art mehr Mitglieder zu gewinnen und stärken wir das Solidaritätsgefühl, dann liegt sich auch in der Zeit des Kampfes ohne hohe Beiträge viel zusammenbringen. Beweis: Der Hafenarbeiterausstand. Sollte wider Gottloben aber die Mehrheit im Verband für das Unterstützungswezen sein, dann mache ich den Vorschlag, daß neben dem Verband eine Unterstützungsstufe gegründet wird, welche vom Verbandsvorstand mitgetragen wird, wozu jedem Verbandsmitglied freiwillig beizutreten. Unterstützung und Sonstiges wird dann getrennt werden, dann ist Allen Raum geblieben und die Abhängigkeit des Unterstützungswezens werden bald sehen, wo sie hinkommen.

Düsseldorf.

August Granitztein.

Noch ein Wort zur Arbeitslosen-Unterstützung. Nicht oft ist, so lange die Metallarbeiterbewegung existiert, eine Frage von so grundverschiedenen Standpunkten aus behandelt worden, wie die jetzt rückwärtsende Frage einer Arbeitslosenunterstützung. Um die ganze Angelegenheit richtig herheben zu können, ist es notwendig, alle dabei in Betracht kommenden Punkte einer Untersuchung zu unterziehen, in welchem Zusammenhang dieselben zu einander stehen. So einfach wie die Forderung erscheint, so wenig wird sie befriedigt. Es wäre ja nicht möglich gewesen, daß jas so grundverschiedene Ansichten hätten eintreten können. Wenn man nach dem Zweck der Arbeitslosenunterstützung fragt, so heißt es, der „Aufbau unserer Organisation“ soll dadurch gefördert werden. Diese nähere Präzisierung bleibt das ein Zusagewort ohne wirklichen Gehalt. Untersuchten wir also den Begriff etwas genauer und fragen zuerst, was bedeutet denn unsere Organisation, der Verband überhaupt? Als Antwort wird man auf das Statut § 1. wegen. Mit dieser Antwort ist aber sehr wenig gesagt. Ja, man kann hier nicht auf eine rein interne Sichtweise einholen, aber auf eine außerordentliche Unklarheit muss im hinteren, die

in dem Statut ihren Ausdruck gefunden hat. Räumlich auf die absolut falsche Aussöhnung derjenigen Mittel, durch welche der in § 1.2 bezeichnete Zweck unseres Verbandes erreicht werden soll. Ohne diese Unklarheit als solche erkannt zu haben, ist es unmöglich, vom Zweck des Verbandes, vom Ausbau unserer Organisation und daran anschließend von einer Arbeitslosenunterstützung ein richtiges Bild zu gewinnen.

Der Verband soll nach § 1.2 die Ehre, sowie die materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder fördern und wahren. Dieser Zweck soll erreicht werden (§ 2a-g) soweit die jeweiligen Rahmenverhältnisse es gestatten, durch die unter a-g genannten Bestrebungen, die demnach als Mittel zum Zweck betrachtet werden sollen. Man ist von vornherein wohl zu unterscheiden zwischen Zweck und zwischen Mitteln. Nur durch die starke Unterscheidung dieser beiden, vollständig verschiedenen Begriffe ist es möglich, organisatorische Bestrebungen auf ihre Bedeutung prüfen zu können. Präzisieren wir nun zuerst den unter § 1.2 genannten Zweck des Verbandes genauer und fassen wir die Ehre als zu den geistigen Interessen gehörend auf, so kann man unter materiellen und geistigen Interessen zunächst nur verstehen:

Mögliche Beschränkung der Arbeitszeit, Beseitigung der Sonntagsarbeit, der Überarbeiten und der Altarbeitsverjährung mit allen Kräften von Seiten der politischen Arbeiterpartei zu verhindern suchte, nämlich die Kosten dieser Versicherung auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, das würden die Verbände im Falle der Arbeitslosenunterstützung freiwillig thun. Außerdem würde die Arbeitslosenunterstützung die aufklärende Wirkung der Arbeitslosigkeit erheblich schwächen, ohne dieser selbst auch nur den geringsten Abbruch zu thun.

Auch hierfür bietet die Arbeiterbewegung Beweise genug.

Wer würde überhaupt den Nutzen der Arbeitslosenunterstützung haben? Der Staat und die herrschenden Klassen, indem die Arbeiter sich selbst das aufzubürden würden, was der Staat reißt, die Gesellschaft als Verpflichtung übernehmen müßte. Was man bei Erfüllung der Krankenversicherung, der Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung mit allen Kräften von Seiten der politischen Arbeiterpartei zu verhindern suchte, nämlich die Kosten dieser Versicherung auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, das würden die Verbände im Falle der Arbeitslosenunterstützung freiwillig thun. Außerdem würde die Arbeitslosenunterstützung die aufklärende Wirkung der Arbeitslosigkeit erheblich schwächen, ohne dieser selbst auch nur den geringsten Abbruch zu thun.

Auf die technische Seite dieser Arbeitslosenunterstützung eingehend, so könnte von den beiden, einer Versicherung zur Verfügung stehenden Verfahren, dem Kapitaldeckungsverfahren und dem Umlageverfahren, nur das letztere in Betracht kommen können. Ungefähr in der Weise, wie es bei den Krankenkassen, Knapphafstsäcken usw. in Anwendung kommt. Dieses Verfahren verlangt aber obligatorische Beitragsverpflichtung und daraus folgend, die Möglichkeit die zu leistenden Beiträge erhöhen zu können. Diese beiden Voraussetzungen sind absolut erforderlich, um sowohl bei günstiger Konjunktur als auch bei denkbar schlechterer, die Verpflichtungen erfüllen zu können. Und diese beiden Voraussetzungen sind bei den gewerkschaftlichen Organisationen nicht vorhanden. Wo diese Voraussetzungen nicht zutreffen, wird durch eine einzige Krise jede derartige Versicherung fiasko machen. Und die Wirkung eines solchen Fiaskos? Das Vertrauen zu der Organisation würde auf das Schwerte gestört werden. Das Misstrauen würde sich auf die ganze Bewegung übertragen, die Organisation würde auf lange Zeit hinaus scham gelegt. In verschiedenen Artikeln wurde als Grund für die Arbeitslosenunterstützung angeführt, daß man den älteren, verheiratheten ortsanständigen Mitgliedern doch auch etwas bieten müsse, indem die Reiseunterstützung vorzugsweise den jüngeren, nicht an den Ort gebundenen Kollegen zu Gute komme. Tollerbare Ansichtung! Dann müßten die Versicherungsgeellschaften auch Demokratischen, der wohl verdient, aber noch keinen Schaden erlitten hat, die Versicherungsumme auszahnen. Davor würden sich dieselben aber höchstens bedanken, und mit Recht.

Man muß bedenken, daß auf die Reiseunterstützung sämtliche Mitglieder Anspruch haben, und daß die Reiseunterstützung, deren Bezugsberechtigung durch die Beitragsleistung erworben wird, gar nichts anderes darstellt, als bei Versicherungsgeellschaften die Versicherungssumme, die durch Prämienzahlungen sicher gestellt wird.

Um die Generalversammlung wird entscheiden, ob unsere Organisation Kampforganisation sein soll oder Hirsch-Dunderischer Gewerke in. Entscheidet sie sich für die letztere, indem sie die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung ablehnt, dann werden sich viele Mitglieder die Frage vorlegen müssen, ob sie noch länger einer Organisation ihre Zeit und ihr Geld opfern können, einer Organisation, die sich nach rückwärts statt vorwärts entwickelet. Die erste Wirkung würde sein, ehe die Arbeitslosenunterstützung überhaupt eingeführt ist, daß sie in die Organisation einen Keil eintreiben würde, uns zum Schaden, den Gegnern zur Freude.

Hannover.

H. Jude.

Konferenz

der Verwaltungsstellen des V. M.-U. des Niederrheinischen Bezirks am 7. Februar in Köln, im Lokale des Herrn Möbus.

Um 11 Uhr Morgens eröffnete Kollege Giesen-Höhn die Konferenz mit einer herzlichen Begrüßung der Delegierten. Das Bureau wurde aus Leyser-Düsseldorf und Ziller-Lüdenscheid als Vorsitzende, Inger-Solingen und Goethen-Düsseldorf als Schriftführer gebildet. Vertreten waren 23 Verwaltungsstellen durch 34 Delegierte. Die Tagesordnung lautete:

- 1) Bericht des Vertrauensmannes.
- 2) Bericht der Delegierten.
- 3) Wie haben wir unseren Verwaltungsbereich.
- 4) Arbeitslosenunterstützung.
- 5) Anträge zur Generalversammlung.
- 6) Verschiedenes.

Der Vertrauensmann Leyser führt in seinem Bericht aus: Die günstige Gewerkschaftskonjunktur in der Metallindustrie habe für unsere Organisation nicht die Resultate gebracht, die er gewünscht. Dieses sei auf die Sammelsolidarität der Kollegen und auf die unzureichende Agitation reißt. Beteiligung an dersehnen seitens der Kollegen zurückzuführen. Auch sei es durch Losalmangel an verschiedenen Orten unmöglich vorwärts zu kommen. Er kritisiert dann das Verhalten der einzelnen Verwaltungsstellen und stellt fest, daß viel gesündigt wurde durch persönliche Streitigkeiten. Mit einem warmen Appell an die Delegierten, die heute empfangenen Lehren im Interesse unserer Organisation zu beherzigen und in Zukunft intensiver zu wirken, schloß E. seine Ausführungen.

Bei Punkt 2 verteidigten sich die Delegierten gegen die Kritik des Vertrauensmannes und wurde von vielen Seiten der Mangel an Totalen, der Druck der Unternehmer und der Geschäftlichkeit gegen unsere Organisationen als Hemmschuh der Entwicklung bezeichnet. Das Verhalten des Vorstandes gegenüber dem Genossen Großberndt-Ohlis wurde kritisiert, durch dieses Verhalten ist ohne Schuld des Verstandes die Agitation in jenem für uns sonst günstigen Bezirk Lahm gelegt worden. Die Kölner Kollegen verwahrten sich

entschieden dagegen, daß Streitigkeiten aus ihrer Mitte hervorgingen, dieselben seien vom Kartell hineingetragen, heute aber erledigt. Düsseldorf hat im Anfang des Jahres viel Schaden durch den früheren Käfiger Luther erlitten, welcher eine Summe von 252,59 M. unterschlagen. Durch den günstigen Verlauf einer Lohnbewegung der Klempner der Firma Werner haben sich, ebenso wie durch die Agitation zur Ortsfrankenskassenwahl, die Verwaltungsstellen gehoben. In dem Artikel "Die sozialen Kämpfe der Metallarbeiter" in Nr. 5 der "M.-A.-Z." sei ein Fehler enthalten, die Klempner weder gemacht, noch seien die benötigten Forderungen zurückgezogen worden. (Wir bemerkten hierzu, daß sich die betr. Aussführungen in Nr. 5 auf die Korrespondenz unter "Klempner" in Nr. 38 v. J. Firma Neumann u. Reichel, nicht Werner) beziehen. Red.) Kreßfeld ist nicht vertreten und wird das Verhalten der dortigen Kollegen absäßig beurtheilt. Alle Delegirten sprechen sich dahin aus, ihr Möglichstes gethan zu haben und auch in Zukunft thun zu wollen.

Der Kassenbericht des Vertrauensmannes sei nun kurz wiedergegeben. Bestand am 1. April 1896 65,99 M., Einnahme 419,61, Ausgabe 352,93, Bestand am 1. Januar 1897 66,88 M.

Punkt 3 und 4 werden verschmolzen. Spiegel führt zu Punkt 3 aus: Wir haben durch Errichtung von Werkstattdelegationen nach vielen Mühen und allseitiger Thatigkeit Erfolg zu verzeichnen. In der Ortsfrankenskassenwahl haben wir die dreifache Majorität erzielt. Redner empfiehlt die Eintreibung der Beiträge durch die Werkstattdelegationen, die selben haben die Werkstätten zu überwachen und in den Sitzungen Bericht zu erstatten. Die Diskussion in letzteren seien so belehrend, daß die Kollegen dadurch immer geschulter und widerstandsfähiger würden, somit ein starker Stamm geschaffen wird, welcher für die Entwicklung einer Verwaltungsstelle unumgänglich nötig sei.

Zu Punkt 4 führt Herdt-Düsseldorf aus, es habe ihn unangemessen überrascht, im hiesigen Bezirk die Gewerkschaftsbewegung so schwach anzutreffen. Er bepricht dann den Artikel von Hück-Essen im Verbandsorgan und verprüft sich eine größere Stabilität des Verbandes durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Führt den Buchdrucker-Verband an, dessen festen Bestand er auf die Bewilligung von Arbeitslosenunterstützung zurückführt. Bei 40,000 Mitgliedern empfiehlt er obligatorische Einführung der Unterstützung. Redner erläutert den Vorstandsentwurf, hält aber den Mehrbetrag von 5 M. nicht für genügend, sondern hält einen Mehr von 15 M. für nötig. Mit Idealen sei den Mitgliedern nicht allein gedient, deshalb empfiehlt er aus taktischen Gründen die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung. Er verließ eine demgemäß abgefaßte Resolution. Als Korreferent führt Schaal-Wald aus, daß ihm die Resultate, welche verschiedene Institute für Arbeitslosenunterstützung erzielt hätten, skeptisch gemacht hätten, geht dann auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit des Nächsten ein und stellt an der Hand einer Statistik englischer Gewerkschaften fest, daß bei Einführung einer solchen Unterstützung die Beiträge zu hoch werden würden. Es sei jetzt schon ein großer Nebelstand, daß die Mitglieder immer um ein Viertel mit den Beiträgen sich im Rückstand befänden. Freilich quantitativ möge unser Verband wohl gewinnen, aber qualitativ Vieles verlieren. Redner empfiehlt folgende Resolution: "Die Konferenz erklärt sich gegen die beabsichtigte Einführung der Arbeitslosenunterstützung, weil sie, ohne besondere Vortheile zu bieten, geeigner erscheint, den Kampfscharakter unserer Organisation zur Gunsten des Unterstützungsweises zu schwächen und uns Verpflichtungen für die Zukunft aufzuerlegen, welche den Bestand des Verbandes in Frage stellen könnten." Die Resolution wurde mit 19 gegen 13 Stimmen angenommen.

Dann wurden Anträge zur Generalversammlung diskutiert und angenommen. Da dieselben schon in voriger Nummer abgedruckt sind, streichen wir dieselben aus dem Bericht. Red.) Punkt 6: Als Vorort wird wieder einstimmig Düsseldorf gewählt. Die nächste Konferenz findet zu Ostern 1898 statt, die Bestimmung des Ortes bleibt dem Vertrauensmann überlassen. — Dann wurde folgende Resolution angenommen: "Die Konferenz erklärt hiermit nach Anhörung der informirten Kollegen das Vor gehen des Vorstandes in der Angelegenheit des Kollegen Großberndt-Ohligs für unrichtig und fordert vom Vorstand die öffentliche Erklärung im Fachorgan, daß p.p. Großberndt wieder in den Verband eintreten kann, im Interesse unserer Agitation unter den dortigen Metallarbeitern der Schirmindustrie."

Nachdem der Antrag der Kollegen Giesen und Klein-Cöln: "Eine Agitationstour des Kollegen Segis durch das Rheinland vom Vertrauensmann veranstalten zu lassen", angenommen war, schloß Verfer mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den D. M.-V. um 8 Uhr Abends die Konferenz.

Zum Protest der Frankfurter Verwaltungen.

In Nr. 8 der "Metallarbeiter-Zeitung" ist eine von den Bevollmächtigten der Verwaltungen Frankfurt a. M.-Bodenheim ausgehende Erwidерung auf den in Nr. 6 von uns geführten Nachweis, daß die protestirenden Verwaltungen in Folge der hohen Beitragsträger vieler noch als Mitglieder bezeichnete Personen in der That nicht mehr als einen Delegirten zu beanspruchen haben, enthalten.

Die protestirenden Verwaltungen halten mit einer Zähligkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, an der Unterstellung fest, daß „der Geist der Arbeitslosenunterstützung über der Wahlkreiseinteilung“ — oder wie man sich jetzt etwas vorsichtiger ausdrückt — über der Generalversammlung schwebt. In unserer Antwort in Nr. 6 wiesen wir diese Unterstellung als völlig halslos zurück. Wir betonten, daß nicht Interessenpolitik, sondern der Grundsatz „gleiche Pflichten — gleiche Rechte“ bei allen Maßnahmen des Vorstandes bestimmend ist.

Durch den Umstand, daß eine große Anzahl unserer Verwaltungsstellen einen hohen Mitgliederstand auf der Abrechnung aussöhrt, der zu den geleisteten Beiträgen in gar keinem Verhältnis steht, sah sich der Vorstand veranlaßt, nach einer gewissen Regel (durchschnittlich 10 Beiträge pro Monat und Quartal) die Zahl der Delegirten zu bestimmen.

Die protestirenden Verwaltungen suchen nun durch eine

für sie allerdings sehr günstige, aber keineswegs richtige und „vernünftige“ Rechnungsmethode den Beweis zu liefern, daß von den Mitgliedern der allgemeinen Verwaltungsstelle Frankfurt, prozentual ausgerechnet, nicht ein einziges, z. B. 17 Mitglieder ausgetreten, sondern 14 abgereist und nur 3 ausgetreten sind. Für das 2. Quartal besitzen wir hierüber Angaben nicht. Im 3. Quartal sind von den als ausgetreten angegebenen 140 Mitgliedern allein 114 abgereist und nur 26 ausgetreten. Es ist also auch hier die Behauptung, daß von diesen 140 Mitgliedern gar keine Beiträge im Quartal entrichtet worden sind, hinfällig, da zweifellos mehrere vor der Abreise ihre etwaigen Rückstände beglichen haben. Trotzdem haben wir zu Gunsten der Verwaltung diese Mitglieder vollständig von der Berechnung ausgeschieden, da wir nur auf Grund der von den protestirenden Verwaltungsstellen festgestellten Rechnungswweise deren innerliche Richtigkeit nachweisen wollten.

Rum noch ein paar Worte zu dem angeführten Beispiel von Berlin.

Es wird da zunächst ausgerechnet, daß nach der Abrechnung vom 4. Quartal keine Wahlberechtigten in Berlin vorhanden wären. Die Abrechnung vom 4. Quartal ist aber, wie die Kollegen in Frankfurt wissen, weder bei ihnen, noch bei irgend einer andern Verwaltung in Betracht gezogen werden. Warum sollte es also bei Berlin geschehen?

Warum aber die Berliner „so gut“ wegkommen sind, liegt daran, daß sie im Laufe des 2. Quartals sich reorganisiert haben und dem Vorstand zur Zeit der Aufstellung der Wahlabtheilungen nicht die Abrechnungen vom 3. sondern nur vom 2. Quartal zur Verfügung standen. Außerdem aber konnte von diesen beiden Abrechnungen nur in der vom 3. Quartal ein Stammbuch von Mitgliedern angenommen werden, da die Überritte von den aufgelösten Verwaltungen erst im 2. Quartal erfolgten und die Überrreibenden mithin nicht als Bestand, sondern genau wie bei anderen Verwaltungen als Zugang zu betrachten waren. Trotz dieser für die Verwaltungsstelle Berlin günstigen Lage der Verhältnisse hat der Vorstand ihr doch nur 5 Delegirte gegeben, obgleich sie 3496 Mitglieder hat. Der Vorstand glaubte sich auch den Berliner Kollegen gegenüber dazu verpflichtet, weil die Beitragsreste im 3. Quartal, durch 13 getheilt, über 1100 Rückstände ergeben hätte, so daß die effektive Mitgliederzahl zu 2300 betragen würde, die unter Hinzunahme der in den noch zu Berlin zählenden Ortschaften vorhandenen Verwaltungsstellen nicht mehr wie 5 Abgeordnete zu wählen haben.

Besonders imponirt uns übrigens an dem Beispiel mit Berlin, daß die protestirenden Verwaltungen erst den Vorstand wegen seiner Rechnungswweise, als einer unrichtigen, anstreben, am Schlusse aber Vorwürfe erheben, daß er sie auf Berlin nicht angewendet haben soll.

Inzwischen hat auch die von den protestirenden Verwaltungen angerufene Instanz, der Ausschuß, in dieser Sache gesprochen und die Beschwerdeführer abgewiesen, weil sich aus den Sammelbüchern ergeben hat, daß die Rechnung des Vorstandes im Großen und Ganzen zutrifft.

Wenn nun die Protestler zum Schlusse meinen, „daß sie die Generalversammlung kennen lernen möchten, die ihnen nicht beipflichten müßt“, so wird ihnen zur Probe darauf bald Gelegenheit gegeben sein. Wir bezweilen jedoch, daß die Generalversammlung anders als den Thatsachen gemäß entscheiden wird.

Stuttgart, 19. Februar 1897.

Der Vorstand des D. M.-V.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um verschiedenen Mitgliedern in Bezug auf die Arbeitsergebnisse in unserem Verbandsorgan zu begegnen, erfüllen wir die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten etc., die in unserem Organ annoncirenden Firmen einen genauen Preisung zu unterziehen und der Redaktion sofort irgend welche Anstände gegen dieselben zu unterbreiten. Es soll in letzter Zeit mehrfach vorgekommen sein, daß einige Firmen weniger den Zweck hatten, Arbeitskräfte zu erlangen, sondern mehr der Reklame dienten. Die Redaktion ist nie in der Lage, dies festzustellen, wenn sie nicht von den Mitgliedern davon unterrichtet wird. Darum ist es Pflicht jedes Mitgliedes, diese Firmen genau zu überwachen und etwaige Anstände und Rückstände den zuständigen Ortsverwaltungen mitzuteilen. Es ist dies schon im Interesse des Verbandes notwendig, weil dadurch Steigelder für Touren, die auf irgend welche Reklame-Annoncen und Engagements hin seitens der Mitglieder gemacht werden, bei ausreichender Kontrolle dem Verband erspart bleiben können.

* * *

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr. 70060 des Gürlers Martin Jäger, geb. zu Weizkirchen am 3. Juli 1845.
- 78171 des Gimbüchlers Ferdinand Pache, geb. zu Hohennau am 20. Januar 1861.
- 91505 des Karl Tauchert, geb. zu Berlin am 29. März 1848.
- 94649 des Spenglers Joh. Wagner, geb. zu Hersbruck am 26. Oktober 1869.
- 133809 des ? (Inhaber hat sich das Buch ausstellen lassen, es aber nicht bezahlt).
- 134599 des Gelbgießers Wilhelm Kühl, geb. zu Dresden am 15. Juli 1870.
- 135568 des ? G. R. Semmler, geb. in Nella-Hausland am 14. März 1863.
- 148958 des ? Otto Waller, geb. zu Charlottenburg am 1. November 1874.

* * *

Gewarnt wird hierdurch vor:

1) Dem Schmied J. Siebold, früher Verbandsmitglied unter Nr. 81310, weil er für die Waggonfabrik in Güstrow reist, um ihre Arbeitskräfte zu bejorgen und solche unter Versprechungen, die aber nachher nicht gehalten werden, nach Güstrow lohnt.

2) Dem Klempner Albert Heinrich aus Groß-Glaub, der, nachdem er in Breslau Verbandskollegen ungepumpt hat, ohne Abmeldung abgereist ist.

Der bisherige Beitragsammler und Zeitungsaussträger in Greiz ist mit 4140 Verbandsgeldern durchgegangen und im Begehungsfalle anzuhalten. Seine Personalien sind:

Otto Möhrle, geb. zu Halle a. d. S. am 10. April 1875,
S. Nr. 93778.

All für den Verband bestimmten Geldsendungen sind
nur an
Theodor Werner, Stuttgart, Gedächtnisstraße 160ff,
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken,
wofür das Geld vereinahmt ist.
Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Alemannia.

Dresden. Eine öffentliche Alemannierversammlung fand am 7. Februar im "Trianon" statt. Trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse war sie sehr stark besucht. Genoisse Reichard hielt zunächst einen Vortrag über das Thema: "Warum müssen wir uns organisieren?" Der Referent entliefte sich seiner Aufgabe in beider Weise. Eine Resolution, die sich für den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband ausspricht, wurde angenommen. In der Debatte unterzogen einige Kollegen die Verhältnisse in Dresden einer treffenden Kritik, sie gezielten aber auch die Laune der Kollegen in gehöriger Weise. Im Gewerkschaftlichen wurde besont, daß die Vorteile des 1890er Streits schon lange wieder verloren seien: Stundenlöhne von 18 und 20 M. seien in Dresden zu verzeichnen. In den Gedebütschen Werken gehen Arbeiter sogar mit 7 und 8 M. Wochenverdienst nach Pause. Von der Kommission wurde nochmals auf die Fragebögen aufmerksam gemacht und aufgefordert, dieselben gewissenhaft auszufüllen, wo noch keiner in der Werftfahrt ausgefüllt worden ist, soll das sobald als möglich gethan werden. Die Kommission tagt jeden Dienstag Abend von 9—10 Uhr im Morgensterns Gasthaus, Grünestraße.

Giebel. Am 9. Februar hielt die hiesige Sektion der Alemannier eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Kollege Friemann über die Kämpfe der Gewerkschaften im verflohenen Jahr referierte. In der Hand von Zahlen z. nach dem Handelskammerbericht wies Redner nach, in welchen Umfang sich besonders die Metall- und Textilindustrie gehoben hat. Dass die Streiks im verflohenen Jahre ziemlich rezesslos verlaufen sind, führte Redner auf die mangelnde Organisation zurück und ermahnte die Kollegen, die Sehre zu beherzigen und jeder Zeit für Stärkung der Organisation einzutreten. Zweiter Punkt war: "Wie stellen wir uns zu einer Lohnforderung in diesem Jahre?" Zu dieser Frage waren bereits im vorigen Jahre Erhebungen angelegt und war versucht worden, die indifferenteren Kollegen zur Organisation heranzuziehen, leider mit wenig Erfolg. Die Versammlung zeigte, daß viele Kollegen eine Verbesserung ihrer Lage nicht nötig zu haben scheinen, indem die Hälfte derselben durch Abwesenheit glänzte. Nach eingehender Debatte über die Notwendigkeit einer entsprechenden Forderung und nachdem die meisten Redner betont hatten, daß es an der Flauheit der Kollegen selbst liegt, wenn sie nicht bereits einen höheren Lohn erhalten, wurde mit 31 gegen 3 Stimmen beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten und die Ortsverwaltung beauftragt, die nördlichen Schritte einzuleiten. Nachdem der Versammlung noch ein Schreiben von Faber verlesen, verpflichteten sich die Kollegen, kommenden Sonnabend mindestens je 50 M. zu zeitigen.

Metall-Arbeiter.

Hamburg. Mitgliederversammlung des D. M. A. am 6. Februar. Bei "Hafenarbeiterstreit" berichtet der Vorsitzende, daß die Mitglieder Berger, Siege und Hemm den Versammlungskreis vom 5. Dezember, 1 M. vor Woche Extrasteuer zu zahlen, nicht nachgekommen wären. Hierauf erläuterte der Vorsitzende den Antrag des Hauptvorstandes betr. Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Von Redner wurde empfohlen, den Beitrag auf um 5 M. um 10 M. zu erhöhen, was angenommen wurde. Zu Delegierten zur Generalversammlung wurden Junge und Redler vorgeeschlagen. Als Zeitungsvorsteher für Elberfeld wurde Kollege Wilhelm gewählt. Zum Sommervergnügen wurde von Redler der Antrag gestellt, auf das kombinierte Bergungsamt zu verzichten, da die anderen Sektionen Hamburgs nicht daran teilnehmen wollten. Darauf wurde beschlossen, daßselbe hierbei in Hamburg abzuhalten. Junge, Redler und Berger wurden beauftragt, ein Protokoll zu führen. Ein Antrag des Vorsitzenden, Einladungskarten zu Versammlungen draußen zu lassen, wurde angenommen.

Braunschweig. In der letzten Mitgliederversammlung des D. M. A. wurde der Antrag des Vorsitzenden, betreffend die Erhöhung der Wochenbeiträge, wodurch die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung bewirkt werden soll, abgelehnt, weil unter den heutigen Verhältnissen es eben jeder genug hölt, neue Mitglieder zu gewinnen. — Stattdessen wurde zum Delegierten gewählt.

Düsseldorf. In der kombinierten Mitgliederversammlung am 31. Jan. wurde die Diskussion über eine weitere Versammlung über die Arbeitslosenunterstützung fortgesetzt. Kollege Herren schrie u. l. aus, daß er einziger der Gegner der Unterstützung sei, aber aus sozialen Gründen würde dieselbe für den Verband obligatorisch eingeführt werden, weil sie ein gutes Aggregationsmittel ist. Er fragt nur dem Zusammentreffen des Kollegen Redler, daß die Unterstützung um 25 M. Wochenbeitrag durchführbar sei. Es wäre nicht mehr nötig, den verfeindeten Kollegen etwas zu bieten, indem die jüngeren Mitglieder durch Unterstützung besteuert mehr vom Verband hätten. Wenn ein Kollege in Wohl gerückt und gesplungen ist, auf niedrige Unterstützung Lustdruck zu machen, geht er eines Rechts verfeindig und wird ihm dadurch das Recht an der Unterstützung des Verteilung entzogen. Die sozialistische Erfüllung hat für den Arbeitnehmer noch nichts geleistet. Der Bonner, wir würden an das Prinzip der Sozial-Demokratie festhalten, und zwar zugehörig, indem dieselben keine Sozialversicherungen wie unser Verband sind. Redner nimmt an, daß mit 2% Prozent, somit bei 40 000 Mitgliedern 3000 Arbeitslose jährlich hätten. Wenn man zentralisch 15 M. mehr Beitrags bezahlt wird, so gibt das bei zur 50 Beitragsmehrten ein Mehr von 900 000 M. gegen 3000 Arbeitslose à 30 M. pro

Unterstützung macht 180 000 M. Es bleibt noch ein Überschuss von 120 000 M. Die Heiseunterstützung würde sich auf die Hälfte reduzieren und somit noch mindestens 25 000 M. zu der Arbeitslosenunterstützung verwendet werden können. Es darf die Zahl der Arbeitslosen also noch höher sein. Redner sieht voraus, daß ev. 1 Jahr Karentzeit angezeigt wird. Die Mitglieder hätten durch Urlaubsnennung zu beschließen, ob die Unterstützung eingeführt werde oder nicht. Redner stellte deshalb den Antrag: "Die heute stattfindende kombinierte Versammlung sämtlicher Sektionen Düsseldorfs stellt folgenden Antrag an die Generalversammlung: Zu Erwähnung, daß die statistischen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit innerhalb unserer Organisation noch nicht als abgeschlossen zu betrachten sind, so beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, die Erhebungen über die Arbeitslosenunterstützung bis zum 1. April 1898 anzudehnen und nach dem Resultat der Erhebung eine Urabstimmung herbeizuführen, ob die Unterstützung eingeführt wird oder nicht. Zu diesem Zwecke hat der Vorstand an die Mitglieder ein Blatt nebst Stimmbilanz zu übermitteln. Ob dem Blatt ist einmal das statische Material mitzuteilen, andernfalls ganz kurz der Entwurf der Arbeitslosenversicherung darzulegen. Die Urabstimmung muß bis zum 1. Oktober 1898 abgeschlossen werden." — Redner hält die Unterhaltung nach dem Vorstoss des Vorstandes sowie des Kollegen Herren für undurchführbar und meint, daß die Kontrollierung, ob Selbstverbildung vorliegt oder nicht, sehr viel Zwierdracht hervorrufen würde. Der Mehrbeitrag für die Unterhaltung würde im Falle der Roth schließlich doch anderweitig, zu Streits z. verwendet werden müssen. Sodann müßten bei Einführung der Unterstützung noch viele beflockte Beamte angestellt werden. Red., durch welche dem Verband auch wieder viele Unkosten erwachsen würden. Mit den 7½ Proz. ginge es auch nicht so glatt ab, in den Jahren der Krise würden schließlich 12—20 Proz. Arbeitslosigkeit vorhanden sein. Auch Gorthausen, Spiegel, Baldrian und Grütian würden sich gegen die Arbeitslosenunterstützung aus und bemerken, daß unser Verband keine Unterstützungs- sondern eine Kampforganisation sei; unsere Aufgabe wäre, höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie Vertretung der Arbeiterzeit zu erkämpfen, somit sei die Unterhaltung überflüssig. Der Antrag Herren wurde hierauf abgelehnt.

Eilenburg. Zu dem vom Kollegen Breder zur Diskussion gestellten Vorstoss, den Beitrag auf 40 M. zu erhöhen, hat die hiesige Verwaltungsstelle einstimmig beschlossen, die Beiträge auf der alten Höhe zu belassen. Wir schließen uns den von verschiedenen Seiten gemachten Ausführungen an, daß der Verband seinen Höhepunkt in der Mitgliederzahl erreicht hätte, wenn die Generalversammlung dem Vorstoss auf Erhöhung der Beiträge zuzunehmen würde. — In Bezug auf die Auflösung des Vertragsverhältnisses mit der Generalkommunikation, die wir beantragen, und wir der Meinung, daß das, was die Generalkommunikation für den Metallarbeiterverband geleistet, der Null sehr nahe kommt. Daß die Generalkommunikation für größere Industrieverbände nur wiederlich sein kann, beweisen uns die Ausführungen unseres Fachblattes vor dem letzten Gewerkschaftskongress. — Was die Arbeitslosenunterstützung anbetrifft, so und wir im Prinzip nicht dagegen, es sei die gleiche zum Staat oder reinen Verbraucher wirtschaftlichen Interessen in's Leben gerufen wird. Aber der Metallarbeiterverband, dessen Zweck es ist, seine Mitglieder im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen thätigst zur Seite zu stehen, darf nicht mit Arbeitslosenunterstützung nicht befaßt werden. Der Verwaltungsausschuss würde ein fairer Verhandlungspartner werden, um die Arbeitslosenunterstützung nicht befaßt werden. Bei den regelmäßig wiederaufzuhenden Neuwahlwahlen der Betriebsräte wurde in Zukunft weniger das Klassenebenenziel der zu Wahlenden in Betracht gezogen werden, als vielmehr der Umwandl. daß diejenigen tüchtige Verwaltungsmänner sind. In was für ein Fahrwasser wir dadurch geraten müßten, beweist der Verband der Buchdrucker zur Genüge. Wird die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, so wird jede Generalversammlung eine Erhöhung der Beiträge vorschreiben gezwungen; haben wir A. gelagt, so müssen wir auch B. sagen. Die Folge wird ein ironisches Schwärmen des Mitgliederstandes sein. Der Vorstand rügt seinen Antrag damit zu begründen, daß er meint, dem beständigen Bedarf unserer Mitgliedern sei dadurch abzuhelfen, den Vertriebenen wäre mehr geboten werden als tägliche Unterstützung im Lohnkampfe. Der Vorgeklagte zwischen Arbeit und Arbeit vertröstet sich mit der formidablen militärischen Garantie, Subventionen, Sicherstellungen, Verkürzung der Arbeitzeit und sonstige Maßnahmen der Unternehmer werden an der Tagesordnung sein. Durch die Uniformität im Arbeitsverhältnis wird auch im indifferenten Arbeiters des Bedürfnis reger Ansturm an eine Sammlungsorganisation, um solcher Unternehmenswillkür gewahrter geprägt sein zu können. Die Aktionierung wird aber aus dem vorliegenden Angestalten verschwinden und ein Steigen der Mitgliedszahl wird sich bemerkbar machen. Unsere Lehre ist: sonst mit dem ganzen Unterstützungsballast.

Erfurt. Am 13. Februar fand eine kombinierte Metallarbeiterversammlung statt. Beim ersten Punkt spricht W. Bierig gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus, er hält die obligatorische Einführung der "Metallarbeiter-Zeitung" für zweckmäßiger. Da ja bereits eingeführt ist, habe nichts auszutun. Daß bei einem Mehrbeitrag von nur 5 M. die Arbeitslosenunterstützung bestehen kann. — Bei der Wahl des Delegirten wurden 48 Stimmen abgegeben: 46 für Bierig, 2 für Grätzke. — W. Bierig stellte den Antrag, eine dreigliedrige Kommunikation zu wählen, welche die Unterstände einer hiesigen Plakatwand zu erhalten habe. Es wurden Rauti, Ziegmann und Grätzke gewählt. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß am 6. März eine Tübinger Versammlung zur Generalversammlung stattfindet. Als Delegirte dazu wurden Rauti und Grätzke gewählt. Der Dreigliedrigkeit gab noch keinen, daß sie gegenwärtig in Erfurt ein Metallarbeiter-Klasse-Rat bestünde, welcher die Wahlen führt. Das Wohlbehagen darüber wurde von Rauti am 6. Februar eingeholt. Rauti ist über 30 Jahre jung, groß und breit und sonst für den ersten Angriff einen guten Gegenstand. Es aber ein ganz arbeitsfähiger Redakteur.

Berlin. Am 1. Februar die hiesigen Metallarbeiter: Es treten hier die Stimmen Delegirten, welche eine zeitgemäße Organisation der regelmäßigen Arbeitern unter Zuständigkeits einer ausreichenden Summe verlangen. Und zwar aus dem Grunde, weil es das Bestreben und das

Recht eines Jeden ist, menschlich zu leben und nicht nur von gnädig zugeworfenen Brocken das Leben zu fristen. Wir wollen nicht vom Storgengrauen bis in die finstere Nacht uns abschinden, um schon in unseren ersten Mannesjahren der Schwindsucht aufzugehen. Kollegen vereinigt Euch, damit wir gleichmäsig auftreten und unser gutes Recht erringen, tretet ein in unsere Reihen, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Dann ist die Zeit der Bejierung nicht mehr fern. Kommt zunächst in unsere Versammlungen. Dieselben finden jeden Sonnabend Abends halb 9 Uhr im Lokal des Herrn Fritz Gau, Stortzstrasse 48, statt, wobei auch Neuaufnahmen erfolgen.

Hannover. Von Herrn J. Berliner, Telefonfabrik, erhalten wir unter Bezugnahme auf die Korrespondenz in Nr. 8 eine Zuschrift, d. d. 20. Februar, in der es heißt:

"... Außerdem fest angestellten Beamten waren im Jahre 1896 ausweislich der geführten Lohnnachweissung für die Unfallversicherung 141 Personen in meinem Hannoverischen Fabrikbetriebe beschäftigt. Davon haben durchschnittlich pro Tag verdient: 11 Personen M 4,50—6, 45 Personen M 3,50—4,50, 28 Personen M 3—3,50, 24 Personen M 2,50 bis 3, 12 Personen M 2—2,50, 10 Personen M 1,50—2, (Landsberger), 11 Gehrlinge ... Also die Behauptung von 10—12 M für Schlosser und 13,50 für Mechaniker beruht auf einer Unwahrheit, soweit sie meine Fabrik betrifft. Von meinen Leuten sind bei mir beschäftigt: bis 2 Jahre 116, 2—4 J. 10, 4—5 J. 2, 5—7 J. 4, 7—8 J. 4, 10—12 J. 5. Die Behandlung der Leute ist eine anerkannt liberale und gerechte, wie dies der Stamm von alten Leuten beweist, welche bei eingesetzter Behandlung sicher nicht bei mir geblieben wären. Wenn der Werkmeister sich in dem zitierten Falle dazu hinreichen ließ, den Schreiber? (Red.) des Artikels mit "Großmaul", "Waschweib", "Halten Sie Ihr großes Maul" zu titulieren, so hatte er jedenfalls Grund zur Entrüstung, wenn er sich auch etwas weniger deutlich ausdrücken könnte. Im übrigen ist der Werkmeister ein Mann von 49 Jahren, der sich nicht leicht zu Redensarten hinreichen läßt. Es sind nicht nur drei Klosets vorhanden, sondern drei Klosets in der Fabrik für Männer, ein Kloset in der Fabrik für die weiblichen Angestellten und ein Kloset bei der Tischlerei, welche bei durchschnittlich 60—70 Personen vollständig ausreichen. Die Bedürfnisanstalten werden mindestens wöchentlich gereinigt und sind mit neuerer, sehr reichlicher Wasserpülzung versehen. Die Fenster und Überdächer werden nach Bedarf gereinigt, wenn dies nicht der Fall wäre, so würden die Fabrikräume bald dunkel sein, wie dies wohl jedem einleuchtet. Die Wärme im Sommer ist bekanntlich eine Folge der schlechten Stellung der Erdäschje, an der ich nichts ändern kann. Jedenfalls ist die Wärme in meinem 8 Meter hohen mit Ventilation versehenen Sälen entschieden viel geringer als in andern Fabriken. Die Hundekäfige im Winter kann auch so schlimm nicht sein, in Folge der vorhandenen Dampfheizung beträgt die Temperatur im Minimum 14 Gr. R. Eine Ausnahme kann nur bei strenger Kälte Montags früh eintreten und kommt es dann vor, jährlich 3—6 Montage, daß die Normaltemperatur in den ersten 2—3 Arbeitsstunden nicht erreicht wird. Die Einsicht in die Bücher der Strafanstalt steht dem Arbeiterschutz jederzeit zu. Die Strafgelder werden getrennt verwaltet, mit 4 Prozent verzinst und über die Verwaltung am Schlüsse eines jeden Geschäftsjahres 1. Juli Rechnung gelegt. — Die Bücher der Firma werden von einem gerichtlich beeidigten Bucherrevisor jedes Jahr geprüft. Die Firma besteht seit 1880, jedoch ist die Errichtung erst Oktober 1895 errichtet, es konnte also erst einmal Rechnung gelegt werden. Die Strafgelder sind zur Unterstützung hilfsbedürftiger Arbeiter bestimmt, während im Juli vorheriges Jahr dafür agiert wurde, mit dem damaligen Bestande von 88 M. ein Sommervergnügen zu veranstalten, was ich verweigerte und damit beantwortete, daß ich 450 M. aus meinen Mitteln zur Abdankung eines Ausflugs herabgab. Ich erüchte Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um vortrefflichen Absatz des vorliegenden Schreibens und mir binnen drei Tagen den Namen des Verfassers des Artikels mitzuteilen, andernfalls id gegen Sie Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung stellen werde. J. Berliner."

To Herr Berliner. Man vergleiche nun mit seiner "Berichtigung" die Korrespondenz in Nr. 8; Jeder wird sich darüber fragen, was Herr Berliner jetzt denn eigentlich bestätigt hat. Ueber die Lohnverhältnisse seiner Fabrik wurde in Wort geagt, sondern über die Wahrheit in Hannover; daß 10—12 M für Schlosser und 13,50 M für Feinmechaniker nichts Seltenes seien, sogar ältere und verhältnisweise Kollegen bekämen nur 18 M und darunter. Was sagt uns Herr B. unaufgefordert? Das bei ihm 24 Männer 2,50—3 M und 12 Männer 2—2,50 M pro Tag verdienen. Die Strafgelder sind zur Unterstützung hilfsbedürftiger Arbeiter bestimmt, während im Juli vorheriges Jahr dafür agiert wurde, mit dem damaligen Bestande von 88 M ein Sommervergnügen zu veranstalten, was ich verweigerte und damit beantwortete, daß ich 450 M aus meinen Mitteln zur Abdankung eines Ausflugs herabgab. Ich erüchte Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um vortrefflichen Absatz des vorliegenden Schreibens und mir binnen drei Tagen den Namen des Verfassers des Artikels mitzuteilen, andernfalls id gegen Sie Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung stellen werde. J. Berliner. Man vergleiche nun mit seiner "Berichtigung" die Korrespondenz in Nr. 8; Jeder wird sich darüber fragen, was Herr Berliner jetzt denn eigentlich bestätigt hat. Ueber die Lohnverhältnisse seiner Fabrik wurde in Wort geagt, sondern über die Wahrheit in Hannover; daß 10—12 M für Schlosser und 13,50 M für Feinmechaniker nichts Seltenes seien, sogar ältere und verhältnisweise Kollegen bekämen nur 18 M und darunter. Was sagt uns Herr B. unaufgefordert? Das bei ihm 24 Männer 2,50—3 M und 12 Männer 2—2,50 M pro Tag verdienen. Die Strafgelder sind zur Unterstützung hilfsbedürftiger Arbeiter bestimmt, während im Juli vorheriges Jahr dafür agiert wurde, mit dem damaligen Bestande von 88 M ein Sommervergnügen zu veranstalten, was ich verweigerte und damit beantwortete, daß ich 450 M aus meinen Mitteln zur Abdankung eines Ausflugs herabgab. Ich erüchte Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um vortrefflichen Absatz des vorliegenden Schreibens und mir binnen drei Tagen den Namen des Verfassers des Artikels mitzuteilen, andernfalls id gegen Sie Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung stellen werde. J. Berliner.

So vergleiche nun mit seiner "Berichtigung" die Korrespondenz in Nr. 8; Jeder wird sich darüber fragen, was Herr Berliner jetzt denn eigentlich bestätigt hat.

sein, daß diese Sache in Nr. 8 erwähnt wurde, weil er so mit seiner "Berichtigung" der Welt auch die Spende von 450,- mittheilen konnte. Und wir sind so "liberal", daß wir für diese Bekanntmachung nicht einmal Insertionsgebühren verlangen! — Schließlich bedauern wir, die Regierung des Herrn B. nach dem Einenden nicht befriedigen zu können.

Die Redaktion.

Hohenstein-Ernstthal. Am 7. Februar fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Krause-Chemnitz über Zweck und Nutzen des D. M.-B. referierte. Redner schilderte zunächst die Entwicklung der Industrie bis zu den heutigen Produktionsformen und erläuterte hierauf die einzelnen Paragraphen des Statuts des D. M.-B., dabei nachweisend, wie notwendig es sei, sich den bestehenden Arbeiterorganisationen anzuschließen. Redner erläuterte hierauf den Unterschied zwischen den Hirsch-Düncker'schen Gewerkvereinen und den modernen Gewerkschaften. Als Beispiel wurde vom Referenten auch die "Liebknecht'sche Werkstätte" angeführt, die eine "Stammburg" der Hirsch-Düncker'schen sei, gleichzeitig aber wären dort nicht die besten Löhne zu finden. Die Kollegen sollen dafür sorgen, daß bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreungen werden. In der darauffolgenden Diskussion sprach Kollege Ullendorf-Chemnitz in scharfen Worten über das Rauhitterthum in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Als Redner im Weiteren auf den so oft vorherrschenden Kasernenhostos in den Werkstätten zu sprechen kam, wurde ihm von einem überwachenden Gendarm das Wort entzogen und zugleich die Versammlung aufgelöst. Es ist bereits Beschwerde bei der kgl. Amtshauptmannschaft eingereicht.

Hamburg-St. Georg u. Umg. Versammlung vom 2. Februar. Zunächst wurden die Artikel aus der "Metallarbeiter-Zeitung" über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vom Vorsitzenden verlesen. Hierzu stellte Kollege Beier den Antrag, dem Antrage des Hauptvorstandes beizustimmen, jedoch, um das Unternehmen von vornherein zu sichern, den Beitrag auf 30,- festzusetzen. Dieser Antrag wurde angenommen. Als Delegiertenkandidat wurde Diedrich einstimmig gewählt. Zum Arbeitsnachweis sprach Heber; er verlas die Paragraphen und machte bekannt, daß die arbeitslosen Kollegen sich besser am Arbeitsnachweis beteiligen sollten. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, in der nächsten kombinierten Vorstandssitzung den Antrag zu stellen, daß Regulativ des Arbeitsnachweises und die Statuten der Bibliothek als Anhang in die Mitgliedsbücher zu kleben.

Höchst a. M. In der am 17. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung des D. M.-B. wurden in die Ortsverwaltung gewählt: F. Horn, Königsteinerstr. 64, als Bevollmächtigter, Math. Käfer in Nied. Tannusstraße 17, als Kassier, B. Bohrmann, W. Bühl und O. Hartmann als Revisoren. Bei Beratung des Kartellantrages auf 50,- Wochenbeitrag für die streikenden Hafenarbeiter wurde beschlossen, es jedem Mitgliede aufheim zu stellen, wie hoch es sich für jede Woche verpflichten wolle. — Die Versammlung war schlecht besucht und wäre es an der Zeit, daß die Kollegen sich in Zukunft zahlreicher einfinden.

Kalk. In der letzten kombinierten Versammlung sämtlicher Zahlstellen Kölns und Umgegend, welche sich hauptsächlich mit der Frage der Neugründung des Verbandes beschäftigte, war die Meinung vorherrschend, daß die vom Vorstande vorgelegte Einführung einer Arbeitslosenunterstützung für diejenigen Mitglieder, welche nicht auf die Reise gehen können, zu begrüßen sei. Dadurch würde das Interesse der ortsaufsässigen, verheiratheten Kollegen an dem Verband gestärkt und könnten dieselben dadurch eher als Mitglieder gewonnen werden. Auch scheint zu erwarten, daß in Folge dessen der große Wechsel des Mitgliederstandes aufhören werde und ebenso durch Erhaltung und Gewinnung der älteren, ortsaufsässigen Arbeiter die Aktionsfähigkeit der einzelnen Filialen sowohl wie des Verbandes überhaupt gestärkt werde. — Anträge zur Generalversammlung wurden nicht gestellt. Aus der Reise der Vorgelegten erhielt Kollege Jakob Giesen-Köln die meisten Stimmen. Erwähnt wurde noch der Arbeitsnachweis in Köln und die einzelnen Filialen er sucht, denselben etwas mehr zu berücksichtigen.

Mühlhausen i. Th. Wir haben nur seit langem nichts mehr von uns hören lassen, so daß es an der Zeit ist, den Kollegen einmal einen kleinen Situationsbericht über unsere Verhältnisse zu geben. Insbesondere veranlaßt uns hierzu die Fahrradfabrik von Gustav Walter u. So., welche in allen Industriestädten per Inserat "tüchtige Schlosser und Dreher bei den höchsten Löhnen" sucht. Die Firma unterschreibt diese Inserate als "Thüringer Maschinenfabrik". Wenn nun unsere Kollegen das Inserat lesen und in dem Glauben, guten Lohn zu verdienen, hieher kommen, so müssen sie die Erfahrung machen, daß diese "Maschinenfabrik" Fahrräder und Strickmaschinen baut, und daß die höchsten Löhne in 10 bis höchstens 15,- pro Woche bezeichnen. Bei dem in dieser Fabrik bestehenden Kolonument mehr zu verdienen ist nämlich nur dem möglich, welcher auf den Fahrradbau eingeschult ist und sich dazu hergeben will, als Kolonumentführer den Ausbeuter seiner eigenen Kollegen zu machen. Da das nun nicht Sache unserer organisierten Kollegen ist, warnen wir alle davor, darauf hereinzufallen. Wir konnten in Erfahrung bringen, daß diese Firma bis jetzt in Halle, Könnig, Chemnitz, Leipzig, Hannover und Berlin und Umgegend inserirt. Auf dieses Inserat sind bis jetzt bereits ein paar Chemnitzer, ein Kollege von Halle und zwei von Leuna-Walde hereingefallen. Nach unserem Reichsstrafgesetze ist eine Vergreifung faulster Thatzache n, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen, als Bezug zu bestrafen; ob hier ein solcher Fall vorliegt, werden wohl in nächster Zeit die hiesigen Berichte zu entscheiden haben. — Auch in der zweiten ist noch hier befindlichen größeren Fabrik sind die Verhältnisse nicht viel besser, so daß wir den Kollegen nur empfehlen können, Mühlhausen so viel wie möglich zu meiden. Den hier befindlichen aber rufen wir zu: Kollegen, kommt zu uns, ergänzt Euch! Ihr habt es jetzt nicht wichtig wie jemals. Es wird in nächster Zeit eine öffentliche Metallarbeiterversammlung stattfinden, welche sich mit diesen Verhältnissen beschäftigt, kommt alle her und zeigt, daß Ihr Euch in Zukunft nicht mehr mit 14 und 12,- als mit "hohem Lohn" abpeisen lassen wollt.

Mühlhausen i. Eis. Am 9. Februar irrte hier in einer gut besuchten öffentlichen Metallarbeiterversammlung

Genoß Mohrle - Berlin über wirtschaftliche Sitten zu. Redner besprach den günstigen Geschäftsgang der Metallindustrie, den die Arbeiter auszunützen suchen müssten. Die Voraussetzung dazu sei eine starke Organisation. — Es ließen sich 15 Kollegen aufnehmen. — Zu Elsäß-Lothringen ist die Agitation sehr erlichwert, meistens wiegt der Nutzen derselben die Kosten nicht auf. Z. B. mußte der Einberufer der Versammlung dreimal nach der Polizeidirektion, um eine Genehmigung zu erwirken. Trotzdem die Versammlung 5 Tage vorher angemeldet war und die Polizei verständigt ist, binnen 3 Tagen Bescheid zu ertheilen, wurde die Genehmigung erst einige Stunden vor angekündigtem Beginn ertheilt.

Plauen'scher Grund. Am 14. Februar fand in der "Rothen Schänke" in Döhlen eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt; dieselbe beschäftigte sich mit der Teilnahme zur Generalversammlung. Kollege Haak-Dresden refeierte über den vom Hauptvorstand gestellten Antrag, betreffend Arbeitslosenunterstützung. Er befürwortete den Antrag aufs Entschiedenste. In der Debatte sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Auch wurde die Meinung laut, die Reiseunterstützung nicht abzuschaffen. Sodann wurde Kollege Otto Bärbel-Niederhäslich bei Dresden einstimmig als Delegierter zur Generalversammlung vorgeschlagen. Im "Gewerkschaftlichen" gab der Bevollmächtigte Bericht über das Jahr 1496, ebenso die Delegierten des Gewerkschaftskartells. Bei der Neuwahl der Delegierten zum Kartell wurden Hanke, Dettel, Siegel und Hartmann gewählt, als Grossmänner Fleischer, Lohse, Schumacher und Rothe. Zum Schluß wollte Kollege Haak noch das Verhalten des Überwachenden kritisieren, weil derselbe nicht gestattete, die Versammlung am Anfang 1/4 Stunde zu vertagen. Der Beante ließ das nicht zu und löste die Versammlung nach kurzem Wortwechsel auf.

Schweinfurt. Die hiesigen Verbandsmitglieder erklärten sich in der letzten Mitgliederversammlung für Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Schwenningen. Unser Mitgliederstand ist in letzter Zeit derart zurückgegangen, daß wir es endlich für angezeigt erachten, an die hiesigen Kollegen zu appelliren, wieder mehr Interesse für den Verband zu entwickeln, nicht allen möglichen Vergnügungsvereinen nachzulaufen und es einer kleinen Anzahl Mitglieder zu überlassen, die Agitation zu besorgen. Es bedarf, um eine erfolgreiche Thätigkeit auszuüben, des Zusammenvirks aller Kollegen. Deshalb, Ihr Saumeligen, rafft Euch auf, erscheint in den nächsten Versammlungen, zeigt, daß Ihr wisst, was uns Allen noth thut.

Wolfenbüttel. In der Versammlung des D. M.-B. am 14. Februar wurde als Bevollmächtigter Max Höbbel, Löperstr. 9/11, als Kassier Wilh. Heuer, Hauptstraße 4/11, als Revisoren Richter, Küster und Langehahn, als Bibliothekar Hirte gewählt. — Als der Delegiertenwahl zur Generalversammlung ging Heuer als gewählt hervor. — Es wurde dann beschlossen, die Versammlungen fortan jeden Samstagabend vor dem 15. eines Monats abzuhalten. — Werthe Kollegen, es wäre angefichts der traurigen Verhältnisse, die hier herrschen, sehr nötig, daß sich die hiesigen Metallarbeiter besser vereinigen, die Versammlungen zahlreicher besuchen, um Mittel und Wege zu suchen, wie man die überlange Arbeitszeit, die Akkord- und Überarbeitung energisch bekämpft. Darum auf Kollegen, agitirt, tretet ein in den Verband. Anmeldungen nehmen außer in den Versammlungen jeden Abend der Bevollmächtigte und der Kassirer von 7-8 Uhr Abends in ihrer Wohnung (siehe oben) entgegen.

Zittau. Am 13. Februar hielten die Einzelmitglieder des D. M.-B. eine Versammlung. Anwesend waren 25 Männer. Müller machte auf die in unserem Verbandsorgan stattfindende Diskussion über den Antrag des Vorstandes bezüglich Arbeitslosenunterstützung aufmerksam. Fritzsche befürwortete die Arbeitslosenunterstützung, doch nur für Verheirathete und solche, welche unverhüllter Weise außer Arbeit kommen. Müller ist entschieden gegen Arbeitslosenunterstützung. Es sprachen noch zwei Kollegen für Arbeitslosenunterstützung. Das Resultat der Abstimmung war: Für Arbeitslosenunterstützung und Beitragserhöhung um 5,- 14, dagegen 10 Stimmen. Als Delegierte wurden Schulz-Baum mit 18 und Otto Bärbel in Potschappel mit 7 Stimmen vorgeschlagen.

Zürich. Der Kongress des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes, welcher zu Ostern in Basel stattfindet, hat durch die bereits aufgestellte Traktandenliste ein großes Stück Arbeit vor sich. So wird sich unter Anderem der Kongress auch mit der Gründung eines eigenen Organs beschäftigen. Die Wanderunterstützung, welche schon des Letzteren die Delegiertenversammlungen beschäftigte, wird, nachdem seitens des Auslands eine Verständigung bezüglich der Ausgleichung der Differenzen erzielt worden ist, den statutarischen Bestimmungen der angrenzenden Nachbarländer angepaßt und geregt werden. Die Pflege der internationalen Interessen, welche sich von Tag zu Tag immer mehr als Nothwendigkeit erweist, hat, um einen besseren Verkehr mit unseren ausländischen Genossen und Verbänden zu erhalten, eine vollständige Revision der Verbandsstatuten notwendig gemacht und wird auch diese am Kongress erledigt werden. Alles in Allem: an Arbeit ist kein Mangel und ist mir zu hoffen, daß die Delegierten die Verbandsinteressen fördern, um den Verband zu dem zu machen, was er sein soll — ein sicherer Wall gegen die anstürmenden Gewalten, welche uns das Kapital entgegenstellt.

Teilenhauer.

Berlin. Die Teilenhauer und Berufsgenossen hielten am 14. Februar ihre Monatsversammlung ab. Herr Dr. Sommerfeld hielt einen sehr lehrreichen, mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Berufskrankheiten. Derselbe erklärte die hiesige Arbeitsweise und das Blei als die Ursachen, welche die Teilenhauer frühzeitig zu Grunde richten: nach der Statistik der Berufskrankheiten sind die Teilenhauer am drittgefährdeten gestellt von allen Metallarbeitern, da von 100 Mann Dreiviertel an der Schwundkrankheit sterben. Um eine genaue Statistik über unser Gewerk ausarbeiten zu können, wird Herr Dr. Sommerfeld mehrere Kollegen untersuchen. Folgende Resolution wurde angenommen: "Die Teilenhauer und Berufsgenossen halten es für eine Pflicht, daß eine Enquête über die Gesundheitsverhältnisse ihres Gewerks veranstaltet wird."

Hohenstein-Ernstthal. Der Zugang ist fernzuhalten, da über die Werkstatt von Rich. Bergner die Sperrre verhängt ist. Bericht folgt.

An die Arbeiterschaft Deutschlands.

Im Oktober vorigen Jahres gründeten die Lübecker Metallindustriellen eine Vereinigung nebst Arbeitsnachweis nach berühmtem Muster. Den Zweck und die Schädlichkeit eines solchen Instituts einschend, traten die Lübecker Metallarbeiter sofort in den Kampf für Beseitigung solcher Maßregeln. Durch die Ungunst der Jahrzeit, sowie der schlechten Konjunktur war bis jetzt ein Erfolg nicht zu verzeichnen, wohl aber traten die Bestrebungen der hiesigen Metallindustriellen klar zu Tage. Man beabsichtigt eine Sichtung der Arbeiter, eine "Aussetzung" aller missliebigen Elementen. Eben tritt zu Tage, daß alle in irgend einer Bewegung beteiligten und deshalb ausgeschlossenen Arbeiter in Lübeck keine Arbeit mehr bekommen sollen. Mehrmals ist dies auch von jener Seite ausgesprochen worden und die Praxis liefert die deutlichsten Beweise. Obwohl Arbeitskräfte am Orte genügend vorhanden sind, ist man beirebt, heute von Auswärts heranzuziehen. Wir glauben nun, wenn der Zugang von fremden Arbeitskräften ferngehalten wird, den Herren wirksam entgegentreten zu können.

Also, Genossen und Kollegen, halten den Zugang von Metall- und Hilfsarbeitern gänzlich fern, dann werden die Unternehmer genötigt sein, ihre alten Arbeiter wieder einzustellen. Lasse ich Niemand durch verlockende Lurenen oder Versprechungen verleiten, nach Lübeck zu kommen, da die Arbeitsbedingungen keine rönen sind und fast überall Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern vorhanden sind.

Das Lübecker Gewerkschaftskartell.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg).

Berlin. Am 16. Januar fand eine außergewöhnlich starke Mitgliederversammlung der Filiale IX statt, in welcher die Verlegung der Zahlstelle beschlossen wurde. Dieselbe befindet sich bis auf Weiteres bei: Liebe, Golzkom. str. 25. Die Ortsverwaltung wurde autorisiert betreffs der Lokalfrage Erträgungen in Beraad zu ziehen. Hierauf wurde die Nr. 2 der "Metallarbeiter-Zeitung" verlesen und die Handlungswise des Vorstandes und des Ausschusses kritisiert und außerdem Deisinger's Polemisik den Mitgliedern gegenüber gerügt, weil dieses nicht im Interesse der Mitglieder bzw. der Kasse ist.

Es wurde folgende Resolution angenommen: "Die Versammlung nimmt zu ihrem Bedauern Kenntnis von der persönlichen Polemisik des Vorstandes Deisinger gegen alte langbewährte Ortsbeamte, der an Mitgliedern stärksten Filialen Deutschlands und wird trotz der Animosität einer uns nicht wohlwollenden Rezension unentwegt fortfahren, von dem Rechte ihrer Meinungäußerung im Interesse der Kasse als auch deren Mitglieder ausgiebigen Gebrauch machen, festhalten an dem Prinzip, daß die Kassenverhältnisse sich nicht auf der Höhe der Zeit bewegen und der Ausbau der Kasse nur durch sachliches und ruhiges Friedensarbeiten geklärt werden kann, um die schroffen Missstände und Gegenübere, welche uns durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse aufgezwungen sind, etwas zu lindern. Im Weiteren folgen wir Deisinger auf das Gebiet der persönlichen Geschäftigkeiten nicht, verurtheilen seine privaten Anschaunungen und appelliren an das Klaffenbewußtsein der Mitglieder, die Ausrührungen in Nr. 2 der "Metallarbeiter-Zeitung" zu verurtheilen."

Ratingen. Die 25. und 26. Wahlabteilung hielt am 24. Januar hier eine Wanderversammlung. Vertreten waren 13 Filialen durch 82 Mitglieder. Im "Beschiedenen" kam die Hamburger Angelegenheit, betreffend Brand, zur Sprache. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung verurtheilt ganz entschieden das Vorgehen des Vorstandes in Sachen der Wahl des 2. Vorsitzenden Brand zum Bevollmächtigten der Filiale Hamburg und hofft, daß hier ebenso schneidig vorgegangen wird, wie in allen anderen Sachen und dem Beschluß der Generalversammlung volle Achtung verschafft wird."

Kirdorf. In der am 16. Januar hier abgehaltenen Mitgliederversammlung fanden auch die Veröffentlichungen des Vorstandes aus der "Metallarbeiter-Zeitung" zur Verlehung. Voigt bemerkte dazu, so harmlos wie der Vorstand die Sache hinzustellen verucht, sei sie denn doch nicht. Es könnte für jeden Generalversammlungsbesucher, auch für den Vorstand, kein Zweifel bestehen, daß der Antrag Brose angenommen ist, und denoch ist von dem Vorstand dagegen gehandelt worden. Wenn nun die Berliner Mitglieder dagegen Stellung nehmen, so ist es nicht nur ihr gutes Recht, sondern ihre Pflicht. Ganz besonders verantwortlich sei die Sammelweise, für Handlungen früherer Berliner Mitglieder die jetzigen verantwortlich zu machen.

Litterarisches.

Bezüglich der seither in zwanglosen Bänden erschienenen Internationalen Bibliothek (1. Serie) hat die Verlagsbuchhandlung von Dies in Stuttgart informiert eine Rendierung getroffen, als diese Bibliothek nunmehr im regelmäßigen wöchentlichen Heften à 20,- zur Ausgabe gelangt. Abonnementpreis pro Quartal 2,- 2.60. Der 1. Jahrgang begann mit den Werken: *Der Glaube an die Menschheit*. Naturwissenschaftlich, psychologisch und geistlich begründet von Rudolf Peters, Dr. phil. Dieses Werk ist mit dem sieben erschienenen 2. Hefte komplett geworden und als 25. Band in die Serie I der Internationalen Bibliothek eingereiht worden.

Die nächsten Hefte enthalten: *Städte-Verwaltung und Municipal-Sozialismus in England*. Von E. Hugo. In diesem Werk wird eine erstaunliche Darstellung gegeben von der Entwicklung des Gemeinde Sozialismus in den großen englischen Städten, der Zari für Sitz die privaten Unternehmungen verdrängt. Eine Reihe weiterer

interessanter Werke liegt fertig vor, — anderes befindet sich in Vorbereitung. — Der Ausstritt aus dem Abonnementsverhältnis ist jedem Abonnement zu jeder Zeit gestattet. Alle Kolporteurs und Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Von Paul Kampfmeier's Geschichte der modernen Polizei, die im Verlage von Hans Bantke, Berlin S., in 25 Heften à 20 P. erscheint, liegen nunmehr die ersten drei Lieferungen vor. Was das erste Heft versprochen, haben die folgenden gehalten. Der Verfasser gibt eine farbige, außerordentlich interessante Geschichte der Polizei, die gerade in der jetzigen Zeit besonders willkommen sein wird, wo die Entwickelungen über das Treiben des Herrn v. Tausch im Prozeß Leckert-Lützow die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Polizei und ihre Hintermannen gerichtet haben.

Ein Beitrag zur Geschichte der baugewerblichen Arbeiterschutzgesetzgebung in Deutschland. Von G. Heinte. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Hamburg. 30 P. Die Schrift behandelt eine der wichtigsten und doch noch wenig besprochenen Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung, den Bauarbeiter-Schutz. Sie beschäftigt sich hauptsächlich mit den Gefahren, welche für Bauarbeiter im Fünenbau vorhanden sind und durch offene Feuer und nichtverglaste Fenster im Winterbau hervorgerufen werden. — In einer demnächst im gleichen Verlage erscheinenden umfangreichen Schrift wird in eingehender Weise die Unfallgefahr auf Bauten behandelt und die Möglichkeit ihrer Einschränkung nachgewiesen werden.

An alle Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

richten wir die Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsverkauf angeben zu wollen, welche nicht so vielen Renditionen unterworfen sind, als dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der stets größer werdenden Auflage würden ja billige Adressen den Zeitungsverkauf wesentlich erleichtern. — Ferner eruchen wir, alle Renditionen so zeitig abzusenden, daß wir sie noch am Dienstag erhalten.

Die Expedition der „D. Met.-Arb.-Ztg.“

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Gesammelungen.

Altenburg. Sonnabend, 27. Febr., Abends, halb 9 Uhr, im „Waldschlößchen“. Vortrag über: Wann, wie und für was soll der Staat Schulden machen. Referent: Genosse Wiesenthal-Peipzig.

Apolda. Sonnabend, 27. Februar, im „Borndörts“. Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung.

Jügsberg. Samstag, 27. Febr., Abends, 8 Uhr, im „Blauen Bod“. — Die für den 13. März bestimmte Versammlung muß wegen der am 18. März stattfindenden Volksversammlung bereits Samstag, 6. März, Abends, 8 Uhr, im „Blauen Bod“ abgehalten werden. Wahl eines Vorsitzenden.

Garmen. Am 27. Febr., Abends, halb 9 Uhr, bei Horn, Fähnrichstr. 19. Unsere Agitation. Berichterstattung von der niederrheinischen Metallarbeiterkonferenz.

Bergedorf. Sonnabend, 6. März, Abends, halb 9 Uhr, in „Stadt Schwerin“.

Berlin. Bezirks-Gesammelungen: **Biedorf**. Dienstag, 2. März, Abends, halb 9 Uhr, in den „Vittoriajälen“, Hermannstr. 49. Vortrag des Kollegen Faber über: Der Staat und die Arbeiter. — **S.-G., Görlicher Viertel**. Mittwoch, 3. März, Abends halb 9 Uhr, bei Rautenberg, Oranienstr. 180. Vortrag — **Wedding und Oranienburger Vorstadt**. Mittwoch, 3. März, Abends, halb 9 Uhr, bei Raabe, Colbergerstr. 23. Vortrag des Kollegen Strömstedt über: Elektrizität. — In allen Versammelungen Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Brandenburg a. H. Montag, 1. März, Abends, halb 9 Uhr, bei Bönsel, Hauptstr. 34. Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung.

Crefeld. Samstag, 27. Febr. Vortrag: Die Gewerkschaften und ihre Zukunft. Stellungnahme zur Generalversammlung.

Darmstadt. Unsere Mitgliederversammlungen finden am 1. und 3. Samstag jeden Monats im Gaffhaus „Kaisers Friedreich“, Schloßgasse 12.

Düsseldorf. (Sektion der Dreher.) Sonntag, 28. Febr., Form. 10 Uhr, bei Hodes. Vortrag.

Erkanger. Sonntag, 28. Febr., Früh 10 Uhr, bei Schnorr („Deutscher Hof“). Delegiertenwahl. Wahl eines Bevollmächtigten.

Flensburg. (Sektion der Clemmner.) Dienstag, den 2. März, Abends, halb 9 Uhr, im Gaffhaus „Hohe Straße“.

Frankenthal. Samstag, 27. Febr., Abends, halb 9 Uhr, bei Griener. Bekanntgabe des Gesamtvereinsbestands. Diskussion der Anträge zur Generalversammlung.

Fürstenwalde. Sonnabend, 6. März, Vortrag.

Furtwangen. Samstag, 27. Februar, im Gaffhaus zum „Bod“.

Gassen. Freitag, 5. März, Abends, 9 Uhr.

Gotha. Montag, 1. März, Abends, halb 9 Uhr, in der „Schule“. Vortrag: Gewerbeverein und moderne Gewerkschaft.

Hamburg. (Sektion der Gießgieber. Gründer u. J. m. Mittwoch, 3. März, bei v. Salzen, Kaufmannsstraße 6-7.

Hamburg. (Sektion der Clemmner u. v. B.) Dienstag, 2. März, Abends, halb 9 Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt. Vortrag Lohntarif.

Hannover. (Sektion d. Clemmner.) Montag, 8. März, Abends, halb 9 Uhr im „Ballhof“.

Hannover. (Sektion der Mechaniker.) Dienstag, den 2. März, in „Pompejus-Theaterum“. Elektro-mechanischer Vortrag.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 27. Febr., Abends, halb 9 Uhr, bei Gründling, Langenhäuser 2. Vortrag.

Kaiserslautern. (Allg.) Samstag, 6. März, Abends, halb 9 Uhr, im „Gesellschaftshaus“, Steinstr. 26.

Karlsruhe. (Allg.) Samstag, 6. März, Abends, halb 9 Uhr, bei Kalmbach. Vortrag.

Karlsruhe. (Sektion der Blechner u. Installateure.) Samstag, 27. Febr., Abends, halb 9 Uhr, im „Gold. Grenz“, Ludwigplatz.

Karlsruhe-Mühlburg. Samstag, 27. Febr., Abends, halb 9 Uhr, im Gasthaus zum „Ritter“.

Kiel. Mittwoch, 3. März, Abends, 8 Uhr, bei Ahrends, Alte Reihe 8.

König a. Rh. (Allg.) Jeden Dienstag, Abends 9 Uhr, bei J. Imhof, Perlengrabenstr. 36.

Lippstadt. Unsere Mitgliederversammlungen finden regelmäßig jeden 1. und 3. Sonntag im Monat im Verbandslokal: Mattenloft, Soeststraße, statt. Nächste am 7. März, Nachm. 2 Uhr.

Luckenwalde. Montag, 1. März, bei Otto Schulz, Beelitzerstr. 34.

Meuseimis. Sonnabend, 27. Febr.. Wahl des Delegierten. Wahl eines Bevollmächtigten.

Möeldorf. (Sektion der Metallzainer.) Sonntag, 7. März, Nachm. 3 Uhr.

München. (Sektion der Siebmacher.) Sonntag, den 28. Februar, Form. 10 Uhr, im „Eichthalgarten“, Buttermeisterstr. 5.

Nürnberg. (Allg.) Samstag, 6. März, Abends, halb 6 Uhr, bei Herzog, Reuthstr. 1.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 6. März, Abends, halb 9 Uhr, im „Wilden Mann“ in Wöhrl. Vortrag. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Rathenow. (Alle Sektionen.) Sonntag, 4. März, Nachm. halb 4 Uhr. Vortrag von Dr. Joel-Berlin: Die Erhebung des Nordvols. Bericht des Bibliothekars. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell.

Reutlingen. (Sektion der Drahtarbeiter.) Samstag, 6. März, Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“.

Rostock. Sonnabend, 6. März, Abends, 8 Uhr, in der „Friedrichs-Reuterhalle.“

Schramberg. Samstag, 27. Febr., Abends, 8 Uhr, im „Nübel“.

Schwelm. Sonntag, 28. Februar, Nachm. 5 Uhr, bei Eisinghaus. Diejenigen Kolleginnen, die die Mitgliedsbücher erhalten haben, werden aufgefordert, sie an den Bevollmächtigten abzuliefern.

Stettin-Zentrum. Sonnabend, 27. Febr., Abends, 8 Uhr, bei Buhrow, Roßengarten 6. — Die Mitglieder werden erucht, ihre Wohnung anzugeben, damit ihnen die Zeitung zugestellt werden kann.

Stuttgart. (Sektion der Glaschner.) Samstag, den 27. Febr., im „Hirsch“. Saal V.

Stuttgart. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 27. Febr., Abends, 8 Uhr, im „Hirsch“. Bibliotheksbericht. Abrechnung über das Hartnacktfestzähnen.

Witten. Sonntag, 28. Februar, Form. 9 Uhr bei Weizenfeld, Hauptstr. 12.

Altenburg. Sonntag, 28. Febr., Formittags, 10 Uhr, Bücherausgabe im „Löwen“.

Garmen. Adresse des Bevollmächtigten: Carl Wilms, Alleestraße 139.

Bergedorf. Das Wintervergnügen findet am 13. März in „Stadt Schwerin“ statt.

Iserlohn. Sonntag, 28. Febr., Abends, 7 Uhr, Gastnachtzähnen bei Herrn Lange. Eintritt 25 P.

Kalk a. Köln. Samstag, 27. Febr., Abends, 9 Uhr, im Verkehrslokal Leh, Landstr.. Zahlgelegenheit. Gemütliches Beisammensein.

Kiel. Der Heilenhauer Hermann Richter aus Leipzig, B. Nr. 88 688, hat für hier seinen Kollegen gegenüber sehr unfollegialisch benommen und ist trotz Aufforderung seiner Verpflichtungen nicht nachgekommen.

Köln. Der Bevollmächtigte Jacob Gielen wähnt jetzt: St. Apernstr. 24 III.

Landshut i. B. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, Form. 10 Uhr, Beitragszahlung im „Frühlingsgarten“. — Adresse des Vereins: Bruno Käsig. — Bericht und Herberge: „Frühlingsgarten“.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Montag, 1. März, Abends, 8 Uhr, Verwaltungssitzung im „Zimmerthal“, zu welcher die gewählte Kommission zu erscheinen hat. — Die Mitglieder werden erucht, etwaige Unregelmäßigkeiten im Einfließen der Verwaltung mitzuteilen.

Bönnick. Die Ortsverwaltungen und Reisegeldauszahler werden erucht, den Schlossern Richard Salomon, geb. am 27. Febr. 1878 zu Meuselwitz, einget. in Meuselwitz am 2. Juni 1894, B. Nr. 80 625, und Fritz Hellmuth, geb. Greifen am 12. März 1878, eingetreten in Stuttgart am 25. März 1895, B. Nr. 122 685, die Bücher abzurichten und Unterzeichneter zu benachrichtigen.

Gustav Riedel, Fried. Heiderstr. 57 II.

Öffentliche Versammlungen.

Bitterfeld. Mittwoch, 10. März, Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Gaffhaus zur „Stadt Berlin“. Die Notwendigkeit und die Aufgaben der Organisation. Referent: Rohlfing-Berlin.

Carlsbad-Pilsen. Sonntag, 7. März, Nachmittags, 3 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Saal.

Gießen. Dienstag, 1. März, Abends, 7 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung bei Oetig. Wie können die Metallarbeiter den gegenwärtigen guten Geschäftszug zur Verbesserung ihrer Lage ausnutzen? Referent: Kollege Mühlfeld-Berlin. Die Lohnsituation in der Gießener Metallindustrie. Referent: Kollege Dahmer.

Privat-Anzeigen.

Die Verwaltungen des D. M.-V. werden erucht, uns etwaige Anstände bei den in unserem Blatte Arbeit suchenden Firmen sofort unter Angabe der Gründe zu melden.

Nachruf.

Am 7. Februar starb unser Mitglied, der Schlosser Hugo Schulteck [52] im Alter von 22 Jahren. Es rufen ihm ein „Ruhe sanft nach“

Die Einzelmitgl. des D. M.-V. in Chemniz.

Nachruf.

Am 6. Februar starb unser Mitglied, der Metalldrucker

Johann Preu,

plötzlich und unerwartet im Alter von 26 Jahren.

Chre seinem Andenken.

Sektion der Metalldrucker Fürth.

Nachruf.

Am 13. Februar starb nach schwerem Leiden an Magenkrebs unser Kollege

Karl Petermann

im Alter von 52 Jahren. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Ortsverwaltung Görlitz.

Nachruf.

Am 12. Februar starb nach langem schweren Leiden unser Mitglied

Marie Schneider.

Wir rufen ihr ein „Ruhe sanft“ nach.

Sektion der Schläger Fürth.

Ein im Feilenjäschlein tüchtiger Feilenjäschlein findet bei Unterzeichnetem bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. Verheiratheter nicht ausgeschlossen.

Joh. Schönleber, Schleifermeister,

61, Augsburg.

Suche sofort mehrere tüchtige Feilenhäuser.

Germ. Buck, Gevelsberg i. W.

2 tüchtige Feilenhäuser gesucht.

G. Sand, Delitzsch.

Einen tücht. Feilenh. sucht sofort auf große Arbeit bei gutem Lohn. **Rob. Hellmuth**, Feilenhauermeister, Eiselen.

1 tüchtiger Feilenhauer kann sofort eintreten bei

Dos. Pläßl, Feilenhauermeister, Ursbach.

1 Feilenhauer auf mittl. Sorte gesucht.

C. Grün, Welbert, Rnld.

Schliffsteine, beide Sorte, für Feilenhauer, Maschinenwerkstätten und Schmiede etc. lieferst.

J. Fink, Feilenjäschlein und Schleifergeschäft in Bamberg.

2 Feilenhauer, welche alle Sorten gut hänen können, für dauernde Arbeit sofort gesucht von

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 M.
Zu bezahlen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 27. Februar 1897.

Inserate die dreigeklammerte Petitzelle oder deren Raum 30 M
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie. II. — Die Verbands-Arbeitslosenstatistik und die Arbeitslosenunterstützung. — Zum Ausbau des Metallarbeiter-Verbandes. ... Konferenz der niederrheinischen Verwaltungsstellen des D. M.-V. am 7. Februar zu Köln. — Zum Protest der Frankfurter Verwaltungen. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Arbeiterschaft Deutschlands. — Allg. Kr. u. St.-K. d. Metallarb.: Korrespondenzen aus Berlin, Ratingen und Nixdorf. — Bitterarisches.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten: von Formern und Gießereiarbeitern nach **München** (Landes) St. und **Schwelm** (Firma Behn) St.; nach **Dinglingen** in Baden und **Stuttgart** (C. Häusler) St.; von Gießgießern, Drehern und Gürtlern nach **Hamburg** (Flech Söhne); von Klempnern nach **Glenzburg** (Blechwarenfabrik Chr. J. Möller); von Arbeitern der Fahrradbranche nach **Bielefeld** (Koch & Co.), **Stege** (Waffenfabrik St.), **Frankfurt am Main** (Klever); Arbeitern der Gasbeleuchtungs- und Apparatebranche nach **Frankfurt-Bockenheim** (Gebrüder Witsch); von Klempnern, Emailarbeiten, Schlossern, Maschinenbauern, Metallarbeitern alter Ber. nach **Gübeck** St.; von Klempnern nach **Offenburg** i. Baden (Schmiedemeister und Installateur Adolf Burg); von Arbeitern der Lampenbranche nach **Neustadt** a. d. Orla (Carl Beckhold); von Feilenhauern nach **Bamberg** (Merz); von Schlossern und Drehern nach **Halle** a. d. S. (Maschinenfabrik Krebs).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht.)

Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie.

II.

Im ersten Artikel wurde angeführt, daß von mehr als 2 Milliarden Mark emittierter Aktien ein großer Theil auf die Industrieunternehmungen entfällt; speziell partizipiert daran nicht unbedeutend die Metall- und Maschinenindustrie, worüber nur einige wenige Details mitgetheilt seien. Die Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürrkopp & Cie. erhöhte ihr Aktienkapital von 2 $\frac{1}{4}$ auf 3 Millionen Mark zwecks Erwerbung der Norddeutschen Fahrradwerke in Oldesloe und Beteiligung bei den Steyrer Fahrradwerken in Graz. Die Bielefelder Gesellschaft zahlte für 1894 eine Dividende von 12 Proz., für 1895 von 18 Proz., für 1896 soll sie 20 Proz. betragen. Die Sächsische Gußstahlfabrik in Döhlen hat eine Kuliéhe von 750 000 M aufgenommen. Auf ihr Aktienkapital von 1,8 Millionen Mark verteilt sie in den letzten 5 Jahren zweimal 9, zweimal 10, für das letzte Jahr 12 Proz. Dividenden. Das Gußstahlwerk Witten a. d. Ruhr erhöhte sein Aktienkapital von 3 Millionen auf 3,75 Millionen Mark. Das Unternehmen zahlte seinen Aktionären seit 1890 Dividenden von 10, 5 $\frac{1}{2}$, 6 $\frac{1}{2}$ und 7 $\frac{1}{2}$ Proz. Von 960 000 auf 1 200 000 M erhöhte ihr Aktienkapital die Beizer Eisenegießerei und Maschinenfabrik und zwar zur Vermehrung der Betriebsmittel, da die Gesellschaft über 3 Millionen Mark Aufträge zu erledigen hat. Von 3 Millionen auf 3,6 Millionen Mark erhöhte die Maschinenbauanstalt Humboldt, Kalk bei Köln, ihr Aktienkapital und zwar zur Einführung des Lokomotivbaues.

Eine ganze Anzahl vorheriger Einzelunternehmungen ist in Aktiengesellschaften umgewandelt worden. So ist die Waffenfabrik von Beyersberg, Kirschbaum & Cie. in Solingen mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark in eine Aktiengesellschaft umgesetzter worden; ferner die Unilum-Fahrradwerke und Maschinenfabrik von Lütz in Darmstadt; die Cyriess-Fahrradwerke von Goldschmidt in Neumarkt (Oberpfalz) mit 650 000 M Aktienkapital; die Fahrzeugfabrik von Ehrhardt in Eisenach mit 1,25 Millionen Aktienkapital; die Wagen- und Waggonfabrik von Busch in Hamburg-Gimmlbüttel sowie die Maschinenfabrik Melzer & Cie. in Bautzen mit 1 Million Grundkapital usw. Die „Brennabor“-Fahrradwerke von Gebr. Reichstein in Brandenburg

werden auf eine Jahresproduktion von 35 000 Stück erweitert. Die Maschinenfabrik Augsburg hatte vor einiger Zeit für 8 Millionen Aufträge, zu deren Erfüllung bedeutende Vergrößerungen des Etablissements nothwendig wurden.

Bei so glänzender Geschäftslage sind natürlich auch die Gewinne der Unternehmer recht fette. So machte die Augsburger Maschinenfabrik bei einem Aktienkapital von 4 114 290 M einen Gewinn von 951 998 M, die einzelne Aktie erhielt 350 M Dividende, fast die Hälfte des Jahresverdienstes der schlecht entlohnten Metallarbeiter. 30 Proz. Dividende gegen 20 Proz. im Vorjahr zahlt ihren Aktionären der Waghener Hütten-Aktienverein Rothe Erde bei Nachen. Das Werk ist bis Ende 1897 mit Aufträgen versehen. Auf ein Aktienkapital von 27 Millionen machte die Vereinigte Königs- und Laurahütte einen Gewinn von 5 499 650 M, woraus die Aktionäre 4 Proz. oder 48 M pro Aktie erhalten.

16 Proz. erhielten gegen 13 Proz. im Vorjahr die Theilhaber der Berliner Aktiengesellschaft für Eisenegießerei und Maschinenfabrikation in Charlottenburg. Die Bismarckhütte bei Schwientochlowitz zahlt 15 Proz. Dividenden, ebenso die Vittoria-Fahrradwerke vorm. Frankenburger und Ottenstein, Aktiengesellschaft in Nürnberg. Das letzte Unternehmen ist derart mit Aufträgen überhäuft, daß es seine Anlagen erweitern mußte. 13 Proz. Dividenden aus einem Neugewinn von 197 133 M zahlen die Wanderer-Fahrradwerke vorm. Windhofer-Jänicke, Schönau-Chemnitz. Die Vereinigten Metallwarenfabriken vorm. Haller & Cie. in Altona zahlen aus 367 685 M Gewinn auf 1,15 Millionen Aktienkapital eine Dividende von 12 $\frac{1}{2}$ Proz. gleich 125 M per Aktie. Je 12 Prozent zahlen das Eisenwerk Libsitz und die Düsseldorfer Aktiengesellschaft für Eisenbahnbedarf vorm. Weier & Cie. Je 10 Proz. zahlen die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf (Aktienkapital 3,45 Mill., Neugewinn 404 264 M); das Eschweiler Eisenwalzwerk; die Siegener Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Döchelhäuser in Siegen (1895 betrug die Dividende 8 Proz.); „Phoenix“, Bergbau- und Hütten-Aktiengesellschaft Laar bei Ruhrtort (1895 Gew. 2 862 700 M, 1896: 2 940 000 M); die Fahrrad- und Maschinenfabrik vorm. Schladitz in Dresden; Sächsische Maschinenfabrik vorm. Hartmann, Chemnitz, aus einem Gewinn von 1 654 465 M (1895: 1 131 037 M); Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Hengstenberg & Cie.; Gasmotorenfabrik Neuz bei Köln. Die Rheinischen Stahlwerke, Wiedenich-Ruhrtort, zahlten 11 Proz. (1895: 10 Proz.). Je 9 Proz. zahlen die Waggonfabrik vorm. Herbrand, Köln-Ehrenfeld (1895: 7 Proz.) und Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert & Cie., Aktiengesellschaft (1895: 8 Proz.). Je 8 Proz. Dividenden erhalten die Aktionäre der Kothenuer Maschinenbauanstalt und Eisenegießerei; Westfälische Drahtindustrie Hamm; Radebeuler Guß- und Emailwarenfabrik vorm. Gebr. Gabler in Radebeul bei Dresden; Blech- und Emailwarenfabrik Kirchweiler und die Hanbacher Hüttenwerke in Hanbach (Lothringen) (1895: 7 Proz.). Je 7 $\frac{1}{2}$ Proz. Dividenden wurden ausbezahlt von der Aktiengesellschaft Seedorf für Schiffbau in Geestemündebremerhaven und Eisen- und Stahlwerk Hoech in Dortmund. Die Gesellschaft erhöhte das Aktienkapital von 2,5 Millionen auf 6 Millionen Mark. An dieser Gesellschaft hat die Aktiengesellschaft für Montan-Industrie in Berlin beim Verkaufe von Aktien im Betrage von 1,7 Millionen gerade die Hälfte, nämlich 850 000 M Gewinn gemacht. Je 7 Proz. erhielten die Aktionäre des Oschatzbrüder Kupfer- und Drahtwerkes (Steingewinn 102 225 M, 1895: 67 959 M); Maschinen- und Armaturenfabrik vormals Klein, Schanzli & Becker in Frankenthal (1895: 5 Proz.); Hamburg-Americanische Uhrenfabrik Schramberg-Hamburg (Gewinn 472 575, 1895: 410 551 M); Maschinenbau-Aktiengesellschaft

Nürnberg (Gewinn 604 722 M, 1895: 6 Proz., Gew. 313 074 M). 6 Proz. zahlt die Maschinenbaufabrik Deutschland in Dortmund (1895: 3 Proz.) usw. Vor uns liegen noch Abschlüsse von mehr als 30 Aktiengesellschaften, die alle wie die erwähnten im vorigen Jahre mehr oder weniger bedeutende Gewinne als 1895 erzielten und denigenfalls auch höhere Dividenden an ihre Aktionäre vertheilten; es sind vereinzelt Wenige, deren Ergebnisse geringer waren als 1895. Dagegen betonen ausnahmslos alle diese Geschäftsbücher, welche ja wohl die Urquellen zur Information über die Verhältnisse der einzelnen Unternehmungen und damit der gesamten Industrie sind, daß sie 1896 voll beschäftigt waren und für 1897 mit reichlichen Aufträgen versehen sind. Die Errichtung ganz neuer Industrieanlagen sowie die Vergrößerung und Ausdehnung bestehender dürfte kaum in einem früheren Prosperitätsjahre so allgemein gewesen sein, wie in dem abgelaufenen.

Damit harmoniert nun leineswegs die im Allgemeinen verbliebene Unveränderlichkeit der Arbeiterverhältnisse, trotzdem mehrfach sogar über Mangel an Arbeitern geklagt und auch in einigen Geschäftsschlüssen von höheren Löhnern gesprochen wird. Nach unserer Darstellung der sozialen Kämpfe der Metallarbeiter im Jahre 1896 haben sich die organisierten Kollegen wohl an manchen Orten gerührt und auch manche Verbesserungen errungen; allein die große Masse der unorganisierten Arbeiter ist offenbar schon davon befriedigt, bei der guten Geschäftslage eine etwas größere Sicherheit der Existenz und reichlichere Arbeit zu haben, wobei sich auch bei unveränderten Arbeitslöhnen, namentlich mit Zuhilfenahme zahlreicher Nebenstunden, mehr verbieten läßt als sonst, und es denken daher wohl die meisten von ihnen gar nicht daran, unter den so überaus günstigen Umständen auf eine Erhöhung der Arbeitslöhne und Verkürzung der Arbeitszeit hinzutreten. Es spielt in der That die Zufriedenheit, die Genügsamkeit mit armeligen Verhältnissen bei zahlreichen Arbeitern noch eine sehr große, aber unheilvolle Rolle. Hier ist die Weckung von Unzufriedenheit ein Stück wahrer Kulturarbeit, der Kampf gegen die Zufriedenheit ein wahrer Kulturmampf. Derselbe kann aber in geordneter und planmäßiger Weise nur geführt werden durch die Organisation und darum sollte gerade die jetzige „neue gute Zeit“ zur Ausdehnung der gewerkschaftlichen Vereinigungen in ausgiebigem Maße benutzt werden. Dies sollte um so wirkungsvoller geschehen, als die Organisationen der Unternehmer, wenn die Dinge sich so fortentwickeln, der Arbeiterklasse über den Kopf wachsen und sie nicht mehr aufzuhören lassen.

Darum besonders auf das Frühjahr hin hineingesetzt — selbstverständlich früh und besonnen — in den frischfröhlichen Kampf für Organisation der Metallarbeiter zur Verdopplung unserer Stärke und für Ausweitung der wirtschaftlichen Blühpériode zur Erhöhung der Arbeitsverhältnisse. Im Reichstage haben bereits die sozialdemokratischen Abgeordneten den Kampf für den Arbeitstag eröffnet; an den Gewerkschaften liegt es, den Gedanken unmittelbar zur That zu machen. Auf den Arbeitstag zu ist stets der Blick gerichtet sein; faust er im Ringen mit den Unternehmern nicht sofort herbeigeführt werden, so nehme man den Neunstundentag als Abschlagszahlung, er ist immer noch besser als der Elf- und Zwölfstundentag, der ja noch bei den Metallarbeitern vorkommt. Auf jeden Fall aber muß uns das Jahr 1897 weitere Fortschritte in der Verkürzung der Arbeitszeit, in der Erhöhung der Arbeitslöhne und in der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse bringen. Die Bilanz des Jahres 1897 sollte für die gesamte deutsche Arbeiterklasse und im Besonderen für die Metallarbeiter eine günstigere werden als die von 1896. Darum an's Werk der Agitation, Organisation und des Kampfes auf der ganzen Linie!

Die Verbands-Arbeitslosenstatistik und die Arbeitslosenunterstützung.

Die zur Ermittlung des Aufwandes für die geplante Arbeitslosenunterstützung veranstaltete Arbeitslosenstatistik des D. M. V. ist leider in Folge der Nachlässigkeit zahlreicher Mitglieder verunglückt, und wir bezweifeln auch, ob nach ihrem bisherigen Ergebnis die Fortsetzung für das Jahr 1897 zu besseren Resultaten führen wird. Aber wir sind dem Vorstand dennoch dankbar dafür, daß er auch bei dem Misserfolg seiner Aufnahme die Mühe der Veröffentlichung nicht geschenkt hat, denn selbst das Wenige, das die in Nr. 7 veröffentlichten Ergebnisse bieten, gestaltet einen äußerst interessanten Einblick in die Arbeitslosigkeitschwankungen des Vorjahrs und es ist darnach nicht so unmöglich, Berechnungen über die voraussichtliche Höhe der Mittel anzustellen, die der Metallarbeiter-Verband bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung flüssig halten müßte.

Gehen wir der Einfachheit halber von derjenigen Summe aus, die der Vorstand für Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung vorschlägt, nämlich ein Beitragssatz von 5 Pf. pro Mitglied und Woche oder 2,60 M. pro Jahr für 40 000 Mitglieder = 104 000 M., wovon 10 Prozent für Beitragsverluste gerechnet werden sollen, verbleiben 93 600 M. pro Jahr, und untersuchen wir, ob diese Summe für normale Jahre ausreichen würde. Wir unterstellen, daß das Vorjahr zwar nicht als normales Durchschnittsjahr, wohl aber für die nächsten 3—4 Jahre als Norm erachtet werden kann, daß also die gegenwärtige Prosperität bis gegen Ende dieses Jahrhunderts in Folge der Handelsverträge und der großindustriellen Kartellierung anhalten könnte. Nach der Verbandsstatistik meldeten sich nur 2212 arbeitslose Mitglieder, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß für das letzte Quartal noch einige Hundert ausstehen und daß sich an den Meldungen höchstens die Hälfte der Arbeitslosen beheimatet habe. Rechnen wir die noch eingehenden Meldungen daran, daß die Zahl von 2500 erreicht wird, und nehmen weit über die Schätzung des Vorstandes hinausgehend an, daß die Zahl der wirklich arbeitslosen Verbandsmitglieder drei Mal so hoch gewesen sei, also 7500 betragen habe, welche Zahl jedoch die Neisenden sowohl, als auch die Gewahrgelten z. umschlössse. Da die Neisunterstützung nicht abgeschafft werden soll, so sind die Neisenden vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung auszuschließen. Die Zahl der Neisunterstützten betrug 1891: 1432, 1892: 3950, 1893: 4606, 1894: 5238, 1895: 5108. Für 1896 wird zweifellos ein weiterer Rückgang eingetreten sein und unter dem Bestand der höher dotirten Ortsunterstützung ist eine weitere Verschiebung gewiß. Nehmen wir für 1896 4500 Neisende an, welche Zahl sich unter der Konkurrenz der Arbeitslosenunterstützung zu Ungunsten letzterer auf 3000 ermäßigte, so daß 4500 Ortsunterstützte zurückblieben. Man mag einwenden, daß diese Annahme zweifellos für die Ortsunterstützung zu ungünstig geprägt sei; doch es kommt uns nicht darauf an, für letztere die günstigsten Ergebnisse herauszurechnen, sondern eine halbwegs sichere Grundlage für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu erlangen. Darnach ist ein Verhältnis zwischen Neise- und Ortsunterstützung wie 2 : 3 durchaus normal zu nennen.

Für die Höhe der aufzubringenden Mittel ist neben der Zahl der Unterstützten die Dauer der Arbeitslosigkeit in Betracht zu ziehen. Leider haben nur 1167 Mitglieder Angaben über diese Dauer gemacht, die eine Gesamtarbeitslosigkeit von 26 744 Tagen aufweisen. Nehmen wir an, daß diese in Tabelle II (Nr. 7) erschichtliche Bertheilung der Arbeitslosen auf die einzelnen Dauerkategorien der gesammelten Arbeitslosen ähnlich wäre, daß also die 1167 Mitglieder, die von der unserer Schätzung nach 7500 beträgenden Gesamtzahl ca. 15 Prozent darstellen, ungefähr dieselben Verhältnisse hätten, wie die übrigen 85 Prozent. In Wirklichkeit liegt die Annahme weit näher, daß gerade die Mitglieder mit kürzerer Arbeitslosigkeit die Meldungen am meisten versäumt haben.

Diese 1167 Mitglieder mit 26 744 arbeitslosen Tagen sollen uns als Vergleichsmöglichkeit für die gesamte Arbeitslosigkeit dienen. Als Unterstützungsatz ist 1 M. pro Tag für männliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder bei 7-tägiger Kürze vorgesehen, von denen wir aber der Einfachheit halber nur die höher unterstützten Mitglieder in Berechnung ziehen. Wenn jedes der 1167 Mitglieder 7 arbeitslose Tage nicht untersucht wird, so verbleiben zunächst 18 575 Unterstützungstage.

Aber auch diese Zahl ist noch zu hoch, denn sie schließt die Arbeitslosigkeit bis zu 70-tägiger Dauer und darüber hinaus in sich, während der Verband nur

für 42 Tage, also für 6 Wochen und 1 Kärenzwoche = 7 arbeitslose Wochen Unterstützung leistet. Es sind sonach die beiden letzten Rubriken in Tabelle II, die zusammen 122 Personen umfassen, auf die 7-wöchentliche Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Leider fehlen uns die genauen Zahlenangaben für deren die 49 Tage überschreitende Gesamtarbeitslosigkeit; bei 72 Personen beträgt sie mindestens 3 Wochen und darüber hinaus, bei 50 Personen bis zu 3 Wochen. Nehmen wir als Durchschnitt für jeden der 50 ein Mehr von 14 Tagen und für jeden der 72 ein Mehr von 28 Tagen an, die also über die unterstützungsberechtigte Zeit hinausgehen, so wären genau 2016 nichtunterstützungsberechtigte Tage in Abzug zu bringen, wonach 16 559 Unterstützungstage verblieben.

Auch diese Zahl ist nur annähernd richtig, denn es können Mitglieder mehr als einmal arbeitslos geworden sein, und dann müßte auch die 7-tägige Kärenz mehr als einmal abgerechnet werden, und dann kann es Fälle geben, wo diese Kärenz aus naheliegenden Gründen nicht eingehalten werden kann. Doch würde die erstere Annahme blos die Verbandskasse begünstigen, und so lassen wir sie außer Betracht. Es wären also 1167 Mitglieder für 16 559 Tage statutarisch mit 16 559 M. — pro Kopf mit 14,20 M. zu unterstützen. Auch diese 1167 sind nicht lauter Ortsunterstützte, sondern es sind zweifellos zahlreiche Reisende (nach unserer Annahme mindestens 40 Proz.) darunter, die der Verbandskasse wesentlich billiger zu stehen kommen. Aber selbst ihre Annahme als Ortsunterstützte beweist, daß der Gesamtlaufwand für Arbeitslosenunterstützung noch weit hinter den Erwartungen des Vorstandes zurückbleibt, denn für 4500 Ortsarbeitslose beträgt der Aufwand (pro Kopf 14,20 M.) nur 63 900 M. und bliebe um ca. 30 000 M. hinter dem zur Verfügung stehenden Fonds zurück; mit den vorhandenen 93 600 M. könnten aber 6592 Ortsarbeitslose unterstützt werden. Bleiben wir aber bei unserer Annahme von 4500 Ortsarbeitslosen, so können dieselben statt 14,2 Tage durchschnittlich bis zu 20,8 Tage unterstützt werden, womit aber auch den höchsten Ansprüchen, die für die nächsten Jahre an die Arbeitslosenunterstützung gestellt werden, vollauf genügt ist.

Damit ist erwiesen, soweit sich aus dem wenigen Material eben erweisen läßt, daß die Beitragserhöhung von 5 Pf. pro Mitglied und Woche für die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung ausreicht, ja, daß sie für die nächsten günstigen Jahre noch einen Mohrsaub übrig läßt, der für die ungünstigeren Jahre gute Dienste leistet, vorausgesetzt, daß er nicht zu anderen, nothwendigeren Zwecken verbreucht wird.

Und wegen dieser winzigen Beitragserhöhung, die doch gänzlich den Mitgliedern wieder zugute kommt, überflügeln sich pessimistische Kollegen mit Drohungen und Sturzdräuzen von „Mitgliederflucht“, „Versumpfung“ und „allgemeiner Desorganisation“. Dieser Uebereifer in der Bekämpfung einer an sich legitimen Einrichtung kann nur auf die weitverbreitete Unkenntnis der Anforderungen, die diese an die Organisation stellt, zurückgeführt werden, und diese totale Unkenntnis kam in zahlreichen Versammlungsberichten und Eingangsbriefen deutlich genug zum Ausdruck. Wir hoffen daher, daß unsere zahlreichen Darlegungen, bei denen wir geschildertlich auch nur den Schein einer rosigsten Auffassung vermieden haben, einer sachlicheren und freimütigeren Würdigung des Problems den Weg ebnen werden.

Zum Ausbau des Metallarbeiterverbandes.

I.
Arbeitslosen-Unterstützung und kein Ende! — wird Freund Scherm sagen,^{*)} wenn ich ihm auch noch einen Artikel über diese Frage auf die Brust lese. Gerade! Alles nimmt ein Ende und diese Diskussion wird auch aufhören. Eigentlich wollte ich gar nicht über Arbeitslosenunterstützung schreiben: „viele Köpfe verderben den Frei“, das scheint bei dieser Frage durchaus anzutreffen.

Zunächst möchte ich auf eine Erörterung aufmerksam machen, die geeignet ist, die Bedeutung unserer Verbandsgeneralversammlungen sehr herabzubringen; ich meine die Ausstellung von imperativem Mandaten. Bei den Wahlen für die nächste Generalversammlung scheint diese Geplogenheit besonders häufig geübt zu werden. Von einem Drie lese ich, daß der Delegierte gebunden wurde, für Arbeitslosenunterstützung zu stimmen, von anderem, der Kandidat habe sich verpflichtet, gegen Arbeitslosenunterstützung seine Stimme abzugeben. Folgerent wäre es, daß imperative Ma-

dat nicht nur auf diese oder jene Frage zu beschränken, sondern auf alle Verhandlungen der Generalversammlung auszudehnen, dann hätten wir wenigstens vollendete Abstimmungsmaschinen, man würde den Verlauf einer Generalversammlung schon ehe sie begonnen hat. Wie nett wäre das! Die Mandatgeber beachten häufig gar nicht, in welcher mitschlichen Lage sie einen Genossen bringen können, wenn sie ihn mit einem gebundenen Mandat zur Generalversammlung schicken. Der Mann kommt mit dem festen Vorsatz, im Sinne seiner Auftraggeber zu wirken. Der fragliche Gegenstand kommt zur Verhandlung, Rede und Gegenrede ergeben ein ganz anderes Bild, wie sich der Genosse es vorstellte hat, er wird in seiner Ansicht wanken, vielleicht vom Gegenthell überzeugt, und nun kommt er mit seinem Gewissen in Konflikt. Er muß entweder sein den Mandatgebern verpfändetes Wort brechen oder gegen seine Überzeugung stimmen und treten, zum Henckler werden. Diese Absicht verfolgen natürlich die Genossen, welche imperative Mandate aussstellen, nicht, aber thatsächlich treten diese Folgen ein; auf dem Breslauer Parteikongreß habe ich mich, gelegentlich der Abstimmung über die Agrarfrage, davon überzeugt. Wollen sich die Verbandsmitglieder auf die Beschlüsse der Generalversammlungen einen weiterreichenden Einfluß sichern als jetzt das Statut ermöglicht, so greife man zur Urabstimmung, die man natürlich auf bestimmte Punkte — z. B. Beitragsveränderung etc. — beschränken müßte. Die Beweglichkeit der Organisation würde zwar dadurch erschwert, die Urabstimmung kostet Geld und macht Arbeit, sie ist aber unter den derzeitigen Verhältnissen die beste Form für die Mitglieder, ihren Einfluß geltend zu machen, sie würde die Delegirten vor Allem von der Zwangsjacke des imperativen Mandates befreien. Ich befürworte also, die Frage der Beitragserhöhung und Arbeitslosenunterstützung — gleichviel ob sich die Generalversammlung dafür oder dagegen erklärt — einer Urabstimmung zu unterbreiten und hoffe, daß die Genossen ihre Delegirten nicht zu Marionetten herabdrücken, sondern ihnen die Freiheit der Entscheidung zurückgeben. —

In der Diskussion über die Frage der Arbeitslosenunterstützung tritt unverkennbar das Bestreben zu Tage, „prinzipielle Bedenken“ in den Vordergrund zu stellen. Theoretiker und Praktiker erheben dabei funkelnagelneue Einwände wie: „Hirsch-Dunderei“, „Verwirrung des Klassenkampfes“, „Versumpfung“, und was sonst noch zum eisernen Bestand vieler pessimistisch angelegter Genossen gehört. Ich gestehe kaltblütig, daß mich diese „Schlager“ nicht im Geringsten beeinflussen, umso weniger, als Theorie und Praxis, wie uns der Vorstand an einem Beispiel so drastisch gezeigt hat, bei unseren heißblütigen Klassenkämpfern nicht immer im Einklang stehen. Klassenkampf! — aber Kosten darf er nicht viel. Worte allein thun's aber nicht.

Es wäre schön um die gewerkschaftliche Bewegung bestellt, wenn die prinzipiellen Einwendungen der Gegner der Arbeitslosenunterstützung begründet wären. Die Zahl der Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung gewähren, vermehrt sich, auch der letzte allgemeine Gewerkschaftskongreß hat sich dafür ausgesprochen.

Welche vernünftigen Gründe können auch gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung geltend gemacht werden? Bürgerliche Sozialpolitiker hoffen ja allerdings, daß die Gewerkschaften, je mehr sie sich praktischen Fragen zuwenden, sich desto weiter von der Sozialdemokratie entfernen, sie erwarten von Einführung der Arbeitslosenunterstützung, daß sie breite Arbeiterkreise mit der kapitalistischen Produktionsweise versöhnen bzw. die Arbeiter zufrieden machen werde. Für diese naive Auffassung fehlt aber doch jede Grundlage. Die Erfahrung hat in Deutschland gelehrt, daß Staat, Gemeinde oder Privatvereinigungen, wenn sie sich mit der sozialen Frage beschäftigen, nur den Beweis liefern, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft Reformen, welche geeignet wären, die Arbeiterklasse zu befriedigen, nicht möglich sind. Die Sozialgesetze durch die Bank haben der Arbeiterklassenbewegung nicht den geringsten Abbruch gehabt, im Gegenteil, sie sind ein Hebel für die Fortbildung der sozialen Bewegung geworden. Wenn diese inimerhin nicht unbedeutenden Reformen nicht im Stande waren, den „Klassenkampf zu verwischen“, eine Angliederung an die bürgerliche Gesellschaft zu erreichen, dann soll diese Gefahr bestehen, wenn wir eine minimale Arbeitslosenunterstützung einführen? Der Einwand ist unverständlich von Genossen, welche in der zweckmäßigsten Organisation der Arbeiter den sichersten Schutz des Einzelnen und die Hebung der Arbeiter als Klasse erstreben.

Wer letzteres will, muß dahin wirken, den einzelnen Arbeiter vor Betreibung, vor „Versumpfung“ zu bewahren, den einzelnen Arbeiter der Arbeiterklasse

^{*)} Siehe, wie halten die Freunde für so wichtig, daß wir uns auch noch an der Diskussion beteiligen werden. Red.

als politischen und gewerkschaftlichen Kämpfer zu erhalten, den unseren Bestrebungen gleichgültig gegenüberstehenden Arbeiter für unsere Organisationen zu gewinnen. Niemand wird bestreiten wollen, daß die Arbeitslosigkeit für den Lohnarbeiter das größte Übel ist, welches ihn in der bürgerlichen Gesellschaft erreichen kann, daß die Arbeitslosigkeit so häufig ist, daß sie mehr oder weniger jeden Arbeiter trifft, daß die Arbeitslosigkeit mit der kapitalistischen Produktionsweise unzertrennlich verbunden ist und weder durch Privathilfe noch durch Staatshilfe beseitigt werden kann, daß nur eine Milderung des Notstandes innerhalb sehr bescheidener Grenzen möglich ist. Und ebenso wenig ist zu bestreiten, daß eine auch nur minimale Arbeitslosenunterstützung eine sehr wertvolle Ergänzung unserer Kampfmittel bildet. Die Arbeitslosigkeit bringt dem Arbeiter nicht nur die Gefahr des materiellen, sondern auch des moralischen Ruins. Es wirkt auf dem Arbeiter schon demoralisierend, wenn er Armenhilfe in Anspruch nehmen muß. Durch verliert er seine politischen Rechte, geht der Partei als Wähler verloren. Der Almosenempfänger verirrt sich in seinem Wollen und Wirken, er betrachtet die Gesellschaft, von welcher er Unterstützung erhält, als seinen Wohlthäter, an dessen Erhaltung er interessiert ist.

Wer in der politischen Bewegung thätig ist, weiß, daß diese Almosenempfänger nicht nur häufig sich völlig gleichgültig gegen die Arbeiterbewegung verhalten, sondern nicht selten bei Wahlen für die gegnerischen Parteien agitieren, aus den oben angeführten Gründen. Das ist die „erzieherische Wirkung“ der Arbeitslosigkeit. Wer widerstandsfähig genug ist, sich mit allen Kräften gegen die moralische Verjüngung zu wehren, verstärkt die Zahl der Lohndrücker. Von Fabrik zu Fabrik läuft er, bietet um jeden Preis seine Arbeitskraft aus, bis er schließlich Unterkunft findet und einen anderen Kollegen freilegt, wenn der Unternehmer es nicht vorzieht, seinen alten Arbeiter gnädigst weiter zu beschäftigen, aber — unter Hinweis auf den vor dem Thore stehenden Konkurrenten den Lohn herabsetzt.

Verheirathete Genossen, die ein Mal längere Zeit arbeitslos waren, halten sich in jeder Richtung zurück, weigern sich, öffentlich oder auch nur privatim für die gewerkschaftliche oder politische Organisation thätig zu sein, weil sie die Geisel der Arbeitslosigkeit fürchten. Auch eine „erzieherische Wirkung“ der Arbeitslosigkeit. Tausende von Mitgliedern sind dem Verband schon verloren gegangen, weil wir nicht im Stande waren, den verheiratheten Mitgliedern im Falle der Arbeitslosigkeit nur einigermaßen unter die Arme zu greifen. Was wir bis jetzt dem verheiratheten arbeitslosen Mitgliede bieten konnten, bestand im Erläß der Beiträge für die Dauer der Arbeitslosigkeit. Ein billiges Vergnügen, von Einem nichts zu nehmen, der nichts hat.

„Das sind Binsenwahrheiten“, wird man mir entgegnen, wer aber diese Wahrheiten erkannt hat, kann über Arbeitslosenunterstützung nicht in so wegwerfender, oberflächlicher Weise urtheilen, als es vielfach in dieser Diskussion geschieht, er kann nicht behaupten, daß Arbeitslosenunterstützung die Arbeiter versumpft, er muß logischer Weise zu entgegen gesetzten Schlüssen kommen, muß die Arbeitslosenunterstützung als eine nicht zu unterschätzende Ergänzung unserer Kampfmittel begründen.

Freilich, wer in der Arbeitslosigkeit eine „erzieherische Wirkung“ erblickt, wird anders urtheilen. Was erzieht uns aber die Arbeitslosigkeit: Lumpenproletarier. Die Konsequenz von der „erzieherischen Wirkung“ der Arbeitslosigkeit ist, daß die Arbeiter eigentlich am Besten daran wären, wenn sie Alle arbeitslos wären. Diese Auffassung führt zu dem absurdsten Standpunkt: es muß immer noch schlechter werden, die Arbeiter kommen nicht eher zur Einsicht, als bis sie nichts mehr zu essen haben. Die Praxis aber lehrt uns das Gegenteil. Nicht diese tiefschenden Proletarier, die sich nicht mehr salt essen können, bilden das Rückgrat der Arbeiterbewegung, sondern die besser bezahlten Arbeiter, die höhere Ansprüche an das Leben stellen als der schlesische Weber, der Kleinhändler in Schmalkalben, der ländliche Tagelöhner.

„Aber wichtiger als die Arbeitslosenunterstützung ist doch die Arbeitszeitverkürzung, darauf müssen wir unsere ganze Kraft verwenden“, wird weiter gesagt. Schließt denn die Arbeitslosenunterstützung die Verkürzung der Arbeitszeit aus? Oder erhöht sie nur die Verkürzung der Arbeitszeit? Die kürzeste Arbeitszeit in Deutschland haben durchschnittlich die Buchdrucker und Hutmacher, deren gewerkschaftliche Organisationen seit vielen Jahren Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Ein Beweis, daß die Arbeitslosenunterstützung kein Hinderniß für die Verkürzung der Arbeitszeit bildet.

„Durch die Arbeitslosenunterstützung wälzen wir das Risiko, welches von Rechts wegen die Unternehmerklasse, bzw. der Staat zu tragen hat, auf den Arbeiter ab; es ist Aufgabe des Staates, der Gemeinde, für die Arbeitslosen zu sorgen“, wird weiter eingewendet. Wenn wir Arbeitslosenunterstützung gewähren, thun wir nichts Anderes, als wenn wir uns gegen Krankheit versichern, unseren in Noth gerathenen Mitgliedern beistehen, Rechtsschutz bewilligen, Reiseunterstützung leisten usw. Für alle diese Fälle verlaugen wir auch vom Staat, von der Gemeinde, Hilfe. Staat und Gemeinde können sich dieser Verpflichtung auch nicht entziehen, aber wie sie sich ihrer Aufgabe entledigen, das genügt uns nicht, deshalb ergänzen wir diese Hilfe oder verzichten ganz darauf. Hunderttausende von Arbeitern verzichten auf den Theil des Beitrages, welchen der Unternehmer zur Krankenversicherung zu leisten hat, indem sie Hilfskassen angehören, welche von der Zwangsversicherung entbinden, der größte Theil der Arbeiter findet die Ortskrankenkasse, die Gemeindeversicherung nicht ausreichend und ergänzt diese durch Beitreitt zu sogenannten Zusatzklassen, zu Sterbekassen. Können wir in der gewerkschaftlichen, in der politischen Bewegung, auf diese „Kassenmenschen“ verzichten? Bilden nicht gerade diese Arbeiter das Rückgrat unserer politischen und gewerkschaftlichen Bewegung, sind sie ein „Hinderniß im Klassenkampf“?

Wir gewähren jetzt schon im Verband Reiseunterstützung, was doch im Grund genommen nichts Anderes ist als Arbeitslosenunterstützung. Obern vermögen Demand einen prinzipiellen Unterschied zwischen Reiseunterstützung und Ortsunterstützung zu konstruiren? Wir gewähren Unterstützung in besonderen Nothfällen: ist die Arbeitslosigkeit kein besonderer Nothfall? Konsequent handelt jene Gegner der Arbeitslosenunterstützung, welche das Unterstüzungswesen überhaupt abschaffen wollen. Freilich, die Konsequenz dieser Konsequenz ist: Beseitigung der Gewerkschaften. Die in § 2a des Verbandsstatuts gestellte Aufgabe kann gar nicht versucht werden, ohne kräftige Unterstützung der Verbandsmitglieder. Das wollen ja augenscheinlich, besser gesagt, selbstverständlich, auch die Gegner der Arbeitslosenunterstützung; in diesem Sinne darf der Verband „Unterstützungsbereit“ sein. Arbeitslosigkeit, aus diesen Ursachen hervorgegangen, darf unterstützt werden, nur der unverschuldeten Arbeitslosigkeit, der das Mitglied unter keinen Umständen entgehen kann, soll die Unterstützung versagt werden.

Zu welchen Ungerechtigkeiten führt das mitunter Verbandsmitglied X. gehört seit Jahren der Organisation an, zahlt regelmäßig seine Beiträge, hat im Stillen unter seinen Kollegen in wirksamster Weise, in und außerhalb der Fabrik für den Verband gewirkt. Dem Unternehmer ist das hinterbracht worden. Deshalb erhält X. bei der ersten Gelegenheit in unauffälligster Weise seine Entlassung. Er liegt vielleicht Wochenlang auf der Straße, die Organisation kümmert sich nicht um ihn, er kann ruhig zu Grunde gehen, wenn er nicht schließlich auf Grund des § 2c einige Mark herausschlägt. X. hat recht wohl gewußt, weshalb er entlassen wurde, er wird sich in Zukunft hüten. Verbandsmitglied U., ein heizblütiger, vor kurzer Zeit angereister Genosse, der schon das Dreifache seiner Einnahme an Reiseunterstützung bezogen hat, wirkt auch für den Verband in geräuschvollster ungeschicktester Weise, ist vielleicht auch kein Künstler in seinem Fach, vorlaut gegen Vorarbeiter etc.; gegen ihn nimmt der Unternehmer nicht die mindeste Rücksicht, er wird entlassen mit der Bemerkung, daß keine Agitatoren in der Fabrik gebuldet werden. Zu ihm haben wir einen „Gemaßregelten“. Der Verband tritt sofort mit allen Mitteln für den letzteren Genossen ein, er erhält womöglich seinen vollen Wochenlohn, die Genossen am Orte erklären sich mit ihm solidarisch, verlangen dessen Wiedereinstellung. Es kommt zum Ausschluß, welcher der Organisation Tausende von Mark kostet, resultatlös verläuft und die Organisation am Orte auf Jahre hinaus lähmlegt.

Welcher Unterschied in der Behandlung der beiden Genossen! Ich gönne dem Gemaßregelten seine Unterstützung, wenn er dem Verband auch einen schlechten Dienst erwiesen hat, aber ich meine, der ruhig auftretende Genosse, der zweifellos auch gemäßregelt ist, nur konnte er es nicht nachweisen, der dem Verband lange Zeit wertvolle Dienste geleistet hatte, er hätte auch unterstützt werden sollen. Und er wäre unterstützt worden, wäre dem Verband erhalten geblieben, wenn wir Arbeitslosenunterstützung gewähren würden.

Diese beiden Fälle sind kein Traumgebilde, sie kommen öfter vor als uns lieb ist. Beide, X. und U., sind nach meiner Auffassung gemäßregelt, für den einen hatte der Verband nichts als eine dürftige Notstandsunterstützung, für den Andern ist er mit seinen ganzen

Machtmitteln eingetreten, durch ihn hat er Tausende von Mark aufwenden müssen. Kommentar überflüssig. Wie ich mir auch die Sache überlege, prinzipielle Bedenken kann ich gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht finden, wohl aber drängt mich mein Gerechtigkeitsgefühl dazu, entschieden für Arbeitslosenunterstützung einzutreten, gleichviel aus welcher Ursache die Arbeitslosigkeit hervorgegangen ist. Entscheidend ist für mich nur die Frage, ob eine Erhöhung der Beiträge möglich ist und ob sich die Arbeitslosenunterstützung vom Standpunkt der Taktik rechtfertigt. Darüber im nächsten Artikel.

Fürth.

M. Segitz.

* * *

Es gehört wahrlich eine große Portion Selbstverleugnung dazu, mit einem solchen Vorschlag zu kommen, wie er von Seiten der Vorstandswaft in Stuttgart den Mitgliedern unterbreitet wird. Glaubt denn der Vorstand, die Mitglieder können nicht rechnen oder sie sehen Alles, was von Stuttgart kommt, als absolute Wahrheit an? Meine Ansicht von der Hauptvorstandswaft ist die, daß sie die Interessen des Verbandes in jeder Hinsicht so gut wie möglich zu wahren hat; meine Überzeugung ist aber, daß es diesmal nicht geschehen ist. Wäre der Hauptvorstand wenigstens ehrlich, so müßte er sich mindestens mit Breiter auf eine Stufe stellen, aber nicht wie er es thut, in's Blaue hinein zu spekuliren. Man geht bei dieser Ausbildung von der Jesuitenmoral: „Der Zweck heiligt die Mittel“ aus; aber bedenkt der Vorstand nicht, daß Leute, die durch berlei Äquivalente geködert werden, sofort wieder abfallen, ja unsere erbittertesten Gegner werden, sobald sie sehen, daß persönliche Opfer von ihnen gefordert werden, oder die Unterstützung nicht in dem Maße erhältlich ist, daß sie der Sorge, wenigstens der bringendsten um des Leibes Notdurft, enthoben sind. Zugegeben, daß der Verband mehr Mitglieder erhält, obwohl ich es bezweifle, ich verwiese auf die Arbeitslosenunterstützung in St. Gallen, resp. deren Ausgang, weiterzugeben, daß 52 volle Wochenbeiträge, nicht 39 eingehen, obwohl ich das erst recht bezweifle, so frage ich jeden ehrlichen Kollegen, ob er glaubt, daß in dem Jahr Karenzzelt diese neuen sowie verschiedene alte Kollegen so „aufgeklärt“ (ich will kein anderes Wort gebrauchen) werden können, daß sie bei der nächsten Generalversammlung freiwillig den Beitrag von 25 auf 40 bis 50 Pf erhöhen würden? Ich sage offen und ehrlich, und die größte Mehrzahl meiner Kollegen ist damit einverstanden, daß dieser Vorschlag des Hauptvorstandes uns ruiniren würde. Der Hauptvorstand rechnet glatt ab, seine Rechnung stimmt bis auf die Hälfte, nämlich, daß die 104 000 Pf, mit der Reiseunterstützung za. 170 000 Pf, im günstigen Geschäftsjahr bei za. 7500 Unterstützungsberechtigten laufen würde, was jedoch nicht Thatzache ist. Denn nach der deutschen Reichsstatistik von 1895, also ein sehr günstiges Jahr, wären za. 250 000 Pf erforderlich. Dabei ist aber zu berücksichtigen: 1) daß eine Statistik auch vom Deiche aus noch Ungenauigkeit aufweist; 2) gewöhnlich mehr organisierte Kollegen auf dem Pflaster liegen wie andere; 3) daß die Zahl der notorischen Bummler sich ebenfalls anschließen würde und 4) daß die Schwächung des Vorstandes von 2500 Arbeitslosen pro Jahr absolut zu gering ist. Mindestens nochmal so viel würde eher stimmen. Also mit 25 Pf Beitrag geht es nicht. Aber wer kann mehr zahlen? Denkt der Vorstand gar nicht an die Kollegen in Schlesien, Thüringen, Brandenburg, an die Kollegen der kleinen Provinzorte, sind die Löhne der Metallarbeiter auf einmal so glänzend, um solche Beiträge zu erschwingen, fallen die Hilfsarbeiter, deren Zahl sehr groß ist, ausgeschlossen sein? Da möchte ich doch schon fragen, welche Absichten haben die Herren in Stuttgart und Nürnberg geleitet, als sie diese Vorschläge machten. Dann betrachten wir einmal diese Sache als entwickelt, günstig prosperirend sogar; die Arbeitslosen erhalten 6 Pf die Woche, was wird die Folge sein? Alle Diejenigen, wenigstens 80 Prozent Derer, die im Winter, der Not gehorrend, nicht am Orte blieben, sondern einfach fortstreifen, werden unfreiwillig da bleiben; da jedoch der Jüngere leichter Arbeit erhält, der ältere Kollege mit 6 Pf nicht auskommt, wird er unbedingt zum Lohndrücker, wenn auch unfreiwillig. Man kommt nicht und sage, dann wird er es jetzt erst recht; mit nichts, der Arbeitslose jetzt ist der zielbewußte eifrige Gewerkschafter. Der aber, der es nächstes Jahr ist (ich spreche selbstverständlich von den örtlichen Organisirten), ist der durch die Unterstützung herbeizogene Indifferente, der sich nur aus egoistischen eigennützigen Trieben der Organisation angeschlossen hat. Wenn dieser aber 50, ja 60 Tage, vielleicht sogar zweimal innerhalb eines Jahres arbeitslos ist, und das ist leicht möglich, dann wird er sofort wieder abräumen, wenn die Unterstützung aufhört.

Ja, ich stehe nicht auf dem Standpunkt, keine

Arbeitslosenunterstützung, aber ich sage mir, nicht wir sind es, welche die Schäden der Gesellschaft zu heilen haben. Staat und die Kommune die Sache in die Hand nehmen, dann bin ich dabei, sie zu unterstützen, aber selbst den Entwicklungsgang der Panopelistierung durch solche Palliativmittelchen, die obendrein noch unser Nutzen sind, aufzuhalten, da biete ich niemals die Hand. Mögen die Kollegen allerorts thätiger sein wie bisher, mit den Beiträgen nicht so lange im Rückstande bleiben, mögen sie die Agitation von Mund zu Mund tragen, mag der Vorstand darauf sehen, daß wir einen gehörigen finanziellen Rückhalt in der Kasse haben, um die baldige Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Sonntagsarbeit etc. durchzuführen zu können, dann, und nur erst dann, haben wir die beste Arbeitslosenunterstützung, den Mitgliedern sowohl wie dem Verband zum Nutzen. Dem Vorschlag des Hauptvorstandes zuzustimmen, hieße aber zugleich unser Testament besiegen, wie aber wollen kämpfen und siegen können.

München.

Karl Vorhölzer.

Verschiedene Vorschläge sind in letzter Zeit gemacht: u. A. spielt die Arbeitslosenunterstützung die Hauptrolle. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß es sich weniger um Einführung der Arbeitslosenunterstützung handelt, als um eine fühlbare Erhöhung der Beiträge. Erstes ist kostspielig, um die Erhöhung der Beiträge leichter durchdrücken zu können. In Frankfurt wurde ein Beitrag von 15 Pf. beschlossen, in Altenburg war schon dieselbe Strömung wie heute für Erhöhung der Beiträge vorhanden. Es gelang dies damals ebenfalls durch Einführung der Extrasteuer. In Magdeburg dieselbe Strömung, es gelang den Beitrag auf 20 Pf. zu erhöhen, um das Extrasteuerweisen zu befechten. Damals konnte man schon Stimmen hören: „Nun, es ist doch wenigstens etwas, auf der nächsten Generalversammlung muß es besser werden.“ Und warum? Weil wir uns in Frankfurt an unsere Kampforganisation einen Ballast, die Reiseunterstützung, angehangt haben. Anstatt, daß man nun bewußt ist, diesen Ballast allmählich los zu werden, soll jetzt noch einer angehängt werden. Vielleicht kommen bald noch Umzugs- und Begräbnisgelder hinzu, und dann werden die Hirsch-Dunkerianer recht haben, wenn sie sagen: „Ihr kommt noch zu uns.“ Also, fort mit dem ganzen Ballast, und den Verband nach der Seite des Kampfes ausgebaut. Gerade die Kämpfe im letzten Jahre sollten uns doch zeigen, wie wir zu arbeiten haben.

Wenn nun geagt wird, die ansässigen Kollegen treten dem Verband nicht bei, darum brauchen wir Arbeitslosenunterstützung als ein Zugmittel, so bin ich entgegen gesetzter Meinung. Dass viele ältere, ansässige Kollegen unsern Verband nicht beitreten, ist richtig, indem in unserem Verband als Reiseunterstützungsverband betrachtet und nicht als das, was er ist, wenigstens kein Jolte, eine Vereinigung zur Erlangung besserer Arbeitsverhältnisse. Es hört sich nun freilich schön an, wenn man der Hirsch gegenüber sagt: Ihr sollt unterstützt werden, wenn Ihr arbeitslos seid, wenn Ihr auf die Seite geht um. Noch weit besser wird es aber sein, wenn wir sagen können: Da und dort haben wir einen Sieg errungen, die Arbeiter haben an den Orten bedeutend bessere Verhältnisse bekommen durch die Unterstützung des gesammelten Verbandes im Kampf. Also, fort mit der Arbeitslosenunterstützung, und dazu gehört selbstredend auch die Reiseunterstützung. Dennoch kann nach meiner Meinung den Verbandsmitgliedern, welche auf die Seite gehen, mehr geboten werden als jetzt, nämlich, wenn alle Verbände diesen Ballast würden abgeschafft haben, so könnten die verschiedenen Verbände an einem Orte zusammen treten und Zentralverbergen errichten, welche aus örtlichen Mitteln unterhalten werden, nicht vom Verband. Jeder durchfahrende Organisator erhält unentgeltlich Logis usw. Als für den Kampf Zentralisierung und für die Unterstützung Lokalisierung.

Hier noch ein Wort zur Erhöhung der Beiträge. Sofern wir die Beiträge wie sie sind, sonst können wir erleben, daß die Lokalorganisation Platz greift; verschiedene Orte werden mit der Erhöhung nicht mitmachen, sondern sich einfach einen Lokalverein gründen. Nehmen wir nicht zu hohe Beiträge und suchen wir auf diese Art mehr Mitglieder zu gewinnen und stärken wir das Solidaritätsgefühl, dann lohnt sich auch in der Zeit des Kampfes ohne hohe Beiträge viel zusammenhängen. Beweis: Der Hessenarbeitsratstand. Sollte wider Erwarten aber die Mehrheit im Verband für das Unterstützungsweisen sein, dann mache ich den Vorschlag, daß neben dem Verband eine Unterstützungsstake gegründet wird, welche vom Verbandsvorstand eingeleitet wird, möglicherweise jedem Verbandsmitglied freiwillig beizutreten. Unterstützung und Kampf wird dann getrennt werden, dann ist Allen leicht gefallen und die Anhänger des Unterstützungsweisen werden freien wo sie kommen.

Quedlinburg.

August Trautwein.

Nach ein Wort zur Arbeitslosen-Unterstützung. Sicher ist es, so lange die Metallarbeiterbewegung existiert, eine Frage von so grundverschiedenen Standpunkten aus behandelt werden, wie die jetzt schwierige Frage einer Arbeitslosenunterstützung. Um die ganze Angelegenheit richtig bearbeiten zu können, ist es notwendig, alle dabei in Betracht kommenden Faktoren einer Unterstützung zu unterscheiden, in welchem Zusammenhang dieselben zu einander stehen. So einfach wie diese Forderung erscheint, so wenig wird sie berücksichtigt. Es wäre ironisch möglich gewesen, daß sich so grundverschiedene Männer hätten einstimmen können. Wenn man auf dem Zweck der Arbeitslosenunterstützung fragt, so heißt es, der „Ausßen unserer Organisation“ soll bedient werden. Diese nächste Pragmatik bleibt das am Schlaglicht ohne wirklichen Zuhalt. Unterstellen wir also den Begriff etwas genauer und fragen zuerst, was besonders denn unter Organisation, der Verband überhaupt? Als Antwort wird man auf das Zitat § 1, meinen. Mit dieser Antwort ist aber sehr wenig geagt. Ich kann mich hier nicht auf eine ganz engeren Standpunkt einlassen, aber auf eine ausgesuchte Unklarheit muss ich hindeuten, die

in dem Statut ihren Ausdruck gefunden hat. Nämlich auf die absolut falsche Ausprägung derselben Mittel, durch welche der in § 1,2 bezeichnete Zweck unseres Verbandes erreicht werden soll. Ohne diese Unklarheit als solche erkannt zu haben, ist es unmöglich, vom Zweck des Verbandes, vom Aufbau unserer Organisation und daran anschließend von einer Arbeitslosenunterstützung ein richtiges Bild zu gewinnen.

Der Verband soll nach § 1,2 die Ehre, sowie die materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder fördern und wahren. Dieser Zweck soll erreicht werden § 2 a-g) sowie die jeweiligen Staatenverhältnisse es gestatten, durch die unter a-g genannten Bestrebungen, die dennoch als Mittel zum Zweck betrachtet werden sollen. Nun ist von vornherein wohl zu unterscheiden zwischen Zweck und zwischen Mittel. Nur durch die scharfe Unterscheidung dieser beiden, vollständig verschiedenen Begriffe ist es möglich, organisatorische Bestrebungen auf ihre Bedeutung prüfen zu können. Präzisiert wie nun zuerst den unter § 1,2 genannten Zweck des Verbandes genauer und fassen wir die Ehre als zu den geistigen Interessen gehörend auf, so kann man unter materiellen und geistigen Interessen zunächst nur verstehen:

Mögliche Beschädigung der Arbeitszeit, Beseitigung der Sonntagsarbeit, der Nebenkunden und der Akkordarbeit unter Grundelegung eines Lohnes, welcher für die Bedürfnisse der Arbeiter und der Familien ausreichend ist.

Wenn ich die Aufgabe hätte über Zweck und Mitteln, Ziele und Mittel der Organisation zu schreiben, so müßte ich den vorerwähnten Forderungen eine viel eingehendere Wiedergabe wahrnehmen lassen, liegt doch in den wenigen Worten und den daraus abzuleitenden Beziehungen gewissermaßen die Grundlage der sozialen Bestrebungen. Daß kann mich jetzt jedoch hierauf nicht einlaufen, sondern muß mich auf das beschränken, was zum Verständnis der schwieidernden Frage notwendig ist.

Der vorliegend genauer bezeichnete Zweck soll durch die unter § 2 a-g genannten Mittel erreicht werden, sofern die jeweiligen Staatenverhältnisse es gestatten. Ohne hier weiter zu betonen, daß die Staatenverhältnisse nicht den Einfluß haben, der denselben im Statut zugestrichen wird, so müssen wir doch von den als Mittel bezeichneten Bestrebungen zunächst die unter Abs. a bezeichneten abschließen. Denn was dort als Mittel hingestellt ist, ist tatsächlich der Zweck, das Ziel der Organisation.

Schließt man also den Abs. a von den unter § 2 a-g genannten Mitteln aus und verlegt ihn dahin, wohin er gehört, in den § 1,2, so bleiben nur übrig als Mittel zum Zweck: b. Gewährung von Reiseunterstützung, c. Unterstützung von in Vorgerathenem usw., d. freier Nachschub usw., e. Pflege der Berufsschärfit, f. Regelung des Arbeitsnachweises usw., g. Pflege gemeinnütziger und wissenschaftlicher Vorträge.

Auf die Bedeutung dieser Bestrebungen näher einzugehen, kann ich mir scheinen, denn es wird sich wohl jeder klar darüber sein, daß der so weitgehende, eine vollständige Ummälzung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, der gemeinsamen Lebensverhältnisse überlaut, bedingende Zweck der Organisation, durch die unter b-g genannten Mittel nicht erreicht werden kann. Einschließlich, weil sie selbst nur wieder Mittel zum Mittel sind, wie z. B. die Reiseunterstützung, andertheils, weil sie selbst im Rahmen einer großen gewerkschaftlichen Organisation nicht zweckentwährend durchzuführen sind, z. B. Regelung des Arbeitsnachweises. Pflege der Berufsschärfit.

Es soll hier durchaus nicht die Frage erörtert werden,

ob Gewerkschaft oder politische Organisation, aber es muß festgestellt werden, daß zur Errichtung des an dieser Stelle entworfenes Zweckes der Organisation, kein anderes Mittel zur Verfügung steht als die Unterstützung einer politischen Partei. Das die Behauptung richtig ist, beweisen die geschilderten größeren Arbeiterbewegungen, mögen sie nun in Europa oder Amerika oder Australien stattgefunden haben. Überall wo entsprechende Erfolge zu verzeichnen sind, überall in der politische Einfluss nachweisbar, dort wo keine Erfolge errungen sind, dort läßt sich nichts nachweisen, daß die geschilderten Bestrebungen auf das Konzept des fehlenden politischen Einflusses zu richten sind. Es nicht die Frage des Verhandlungsberechts, des Vereinstechts, der Koalitionsfreiheit eine Frage hochpolitischer Natur? Wie hätten sich die gewerkschaftlichen Organisationen entwickeln können, wenn diese Frage nicht auf politischem, d. h. gesetzgeberischem Wege hätte werden wäre?

Es entsteht nun die Frage: Können die gewerkschaftlichen Organisationen den erforderlichen politischen Einfluss ohne Gewalt ausüben? Nein! Abgesehen von äußerst wenigen Gründen, die mit dem inneren Leben der Gewerkschaften, als Hochorganisationen, unvereinbar wären, so doch schon aus Gründen, die mit den bestehenden Gesetzen und der Anwendung derselben in Verbindung stehen.

Wenn die gewerkschaftlichen Organisationen also direkt auch keine Politik treiben können und sollen, so können sie aber trotzdem in politischer Hinsicht einen Einfluss ausüben, den man gar nicht doch genug ansiegen kann. Die gewerkschaftlichen Organisationen sollen die Parteileute der sozialen Organisation sein. Sie sollen die Industriestandorte aufsuchen, sie sollen auf den unzertrennlichen Zusammenhang der gewerkschaftlichen Kräfte mit den politischen hinweisen, sie sollen das Klassenbewusstsein heraustragen und stärken. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind hierzu vorausgängig geeignet, weil sie Hochorganisationen sind. Hier wirken dann auch die Mittel, die unter § 2 b-g anzuführen sind, in entsprechender Weise.

Die Fortbildungsfähigkeit der politischen Organisationen zu sein, dazu sind die Gewerkschaften berechtigt. Dieses Mittel müssen die Gewerkschaften anwenden und können sie anwenden. In diesem Mittel liegt die Gewalt für den endgültigen Sieg. Diesem Mittel müssen alle vorhandenen Kräfte, insbesondere als gewölbiger Kante, zur Verfügung gestellt werden. Alle Bestrebungen, die hierauf nicht Bezug nehmen, sind gegen die Bewegung verkehrt, die Entscheidung. Nach dieser Richtung hin muss der Ausbau der Organisation fortgesetzt werden. Niemand möchte alle Bestrebungen gestoppt werden, ob sie auf das Mittel förderlich wirken. Die Arbeitslosen-Unterstützung würde die größten Kräfte der Organisation verbrauchen, ohne die Organisation zu unterstützen. Sie würde im Gegenteil verzögern, erfordert zuviel: Berufsschärfit, Berufsförderung, Berufsförderung des

Klassenkampfes wäre die Folge. Durch die Arbeitslosenunterstützung gelockt, würden jedenfalls eine erhebliche Anzahl neuer Mitglieder in den Verband eintreten. Aber welchen Nutzen hätte der Verband davon? In peinlicher Hinsicht nicht viel. Denn in ungefähr denselben Maßen als die Mitgliederzahl steigt, werden auch die Ausgaben steigen. Was die Qualität der neuen Mitglieder anbelangt; diese Frage kann sich Feder selbst beantworten. Denn, wenn jemand nicht aus Überzeugung für eine Sache eintritt, sondern zur Tätigkeit für eine Idee nur durch ein Mittel nach Art. 3 B. der Arbeitslosenunterstützung für die Sache zu gewinnen ist, dann lieber nicht. Durch Elemente solcher Art verleiht der Verband ein Ungewicht an seine Kräfte, gehängt, welches bei wichtigen Entscheidungen die Möglichkeit des Verbandes vollständig unmöglich machen könnte. Auch hierfür bietet die Arbeiterbewegung Beweise genug. Wer würde überhaupt den Nutzen der Arbeitslosenunterstützung haben? Der Staat und die herrschenden Klassen, indem die Arbeiter sich selbst das aufbürden würden, was der Staat rejt, die Gesellschaft als Verpflichtung übernehmen müste. Was man bei Einführung der Krankenversicherung, der Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung mit allen Kräften von Seiten der politischen Arbeiterpartei zu verhindern suchte, nämlich die Kosten dieser Versicherung auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, das würden die Verbände im Falle der Arbeitslosenunterstützung freiwillig thun. Außerdem würde die Arbeitslosenunterstützung die aufklärende Wirkung der Arbeitslosigkeit erheblich schwächen, ohne diejer selbst auch nur den geringsten Abruch zu thun.

Auf die technische Seite dieser Arbeitslosenunterstützung eingehend, so könnte von den beiden, einer Versicherung zur Verfügung stehenden Verfahren, dem Kapitaldeckungsverfahren und dem Umlageverfahren, nur das letztere in Betracht kommen können. Ungefähr in der Weise, wie es bei den Krankenkassen, Knapphauskassen usw. in Anwendung kommt. Dieses Verfahren verlangt aber obligatorische Beitragsverpflichtung und daraus folgend, die Möglichkeit die zu leistenden Beiträge erhöhen zu können. Diese beiden Voraussetzungen sind absolut erforderlich, um sowohl bei günstiger Konjunktur als auch bei deutlich schlechterer, die Verpflichtungen erfüllen zu können. Und diese beiden Voraussetzungen sind bei den gewerkschaftlichen Organisationen nicht vorhanden. Wo diese Voraussetzungen nicht zutreffen, wird durch eine einzige Krise jede derartige Versicherung fiasko machen. Und die Wirkung eines solchen Fiascos? Das Vertrauen zu der Organisation würde auf das Schwert gestört werden. Das Misstrauen würde sich auf die ganze Bewegung übertragen, die Organisation würde auf lange Zeit hinaus läbni gelegt. In verschiedenen Kreisen wurde als Grund für die Arbeitslosenunterstützung angeführt, daß man den älteren, verheiratheten ortsanständigen Mitgliedern doch auch etwas bieten müsse, indem die Reiseunterstützung vorzugsweise den jüngeren, nicht an den Ort gebundenen Kollegen zu Gute komme. Sonderbare Aufsicht! Dann müßten die Versicherungsgeellschaften auch Demjenigen, der wohl verfügt, aber noch keinen Schaden erlitten hat, die Versicherungssumme auszahlen. Davor würden sich dieelben aber höchstens bedanken, und mit Recht.

Man muß bedenken, daß auf die Reiseunterstützung sämtliche Mitglieder Anspruch haben, und daß die Reiseunterstützung, deren Bezugsvorrecht durch die Beitragsleistung erworben wird, gar nichts anderes darstellt, als bei Versicherungsgeellschaften die Versicherungssumme, die durch Bränezahlungen sicher gestellt wird.

Also, die Generalversammlung wird entscheiden, ob unsere Organisation Kampforganisation sein soll oder Hirsch-Dunkerischer Gewerkschein. Entscheider sie sich für das letztere, indem sie die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung beabsichtigt, dann werden sich viele Mitglieder die Frage vorlegen müssen, ob sie nach länger einer Organisation ihre Zeit und ihr Geld opfern können, einer Organisation, die sich nach rückwärts statt vorwärts entwickelet. Die erste Wirkung würde sein, ehe die Arbeitslosenunterstützung überhaupt eingeführt ist, daß sie in die Organisation einen Teil einstreben würde, uns zum Schaden, den Gegenern zur Freude.

Hannover.

G. Dude.

Konferenz der Verwaltungsstellen des D. M.-V. des Niederrheinischen Bezirks am 7. Februar in Köln, im Lokale des Herrn Möbus.

Um 11 Uhr Morgens eröffnete Kollege Giesen-Höhn die Konferenz mit einer herzlichen Begrüßung der Delegierten. Das Bureau wurde aus Venner-Düsseldorf und Ziller-Lüdens als Vorsitzende, Inger-Solingen und Goethen-Düsseldorf als Schriftführer gebildet. Vertreten waren 23 Verwaltungsstellen durch 34 Delegierte. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Bericht der Delegierten. 3. Wie haben wir unseren Verwaltungsbezirk. 4. Arbeitslosenunterstützung. 5. Anträge zur General-Versammlung. 6. Verschiedenes.

Der Vertrauensmann Leyser führt in seinem Bericht aus: Die günstige Geschäftskonjunktur in der Metallindustrie habe für unsere Organisation nicht die Resultate gebracht, die er gewünscht. Dieses sei auf die Fauligkeit der Kollegen und auf die mangelnde Agitation resp. Verfehligung an der selben seitens der Kollegen zurückzuführen. Auch sei es durch Vokalmangel an verdiebenden Orten unmöglich vorwärts zu kommen. Er kritisiert dann das Verhalten der einzelnen Verwaltungsstellen und stellt fest, daß viel geändert wurde durch persönliche Streitigkeiten. Mit einem warmen Appell an die Delegierten, die heute empfangenen Lebzeiten im Interesse unserer Organisation zu beherzigen und in Zukunft intensiver zu wirken, schloß er seine Ausführungen.

Bei Punkt 2 verteidigten sich die Delegierten gegen die Arbeit des Vertrauensmannes und wurde von vielen Seiten der Mangel an lokalen, der Druck der Unternehmer und der Gesellschaft gegen unsere Organisationen als Hemmnis der Entwicklung bezeichnet. Das Verhalten des Vorstandes gegenüber dem Genossen Großberndt-Chligrus wurde kritisiert, durch dieses Verhalten ist ohne Schuld des Vorstandes die Agitation in jenem für uns vom günstigen Bezirk kaum gelegt worden. Die Kölner Kollegen verwahren sich

entschieden dagegen, daß Streitigkeiten aus ihrer Mitte hervorgingen, dieselben seien vom Kartell hineingetragen, heute aber erledigt. Düsseldorf hat im Anfang des Jahres viel Schaden durch den früheren Kassirer Luther erlitten, welcher eine Summe von 252,89 M. unterschlagen. Durch den gütigen Verlauf einer Lohnverhandlung der Klempner der Firma Werner haben sich, ebenso wie durch die Agitation zur Ortskrankenkassenwahl, die Verwaltungsstellen gehoben. In dem Artikel "Die sozialen Kämpfe der Metallarbeiter" in Nr. 5 der "M.-A.-Z." sei ein Fehler enthalten, die Klempner wären weder gemäßregelt, noch seien die bewilligten Forderungen zurückgezogen worden. Wir bemerken hierzu, daß sich die betr. Aussführungen in Nr. 5 auf die Korrespondenz unter "Klempner" in Nr. 38 v. J. [Firma Neumann u. Reichenbach, nicht Werner] beziehen. Red. Kreisfeld ist nicht vertreten und wird das Verhalten der dortigen Kollegen abfällig beurtheilt. Alle Delegirten sprechen sich dahin aus, ihr Möglichstes gethan zu haben und auch in Zukunft thun zu wollen.

Der Kassenbericht des Vertrauensmannes sei nun kurz wiedergegeben. Bestand am 1. April 1896 65,99 M., Einnahme 419,61, Ausgabe 352,93, Bestand am 1. Januar 1897 66,88 M.

Punkt 3 und 4 werden verschmolzen. Spiegel führt zu Punkt 3 aus: Wir haben durch Einrichtung von Werkstattdelegationen nach vielen Mühen und altheriger Thätigkeit Erfolg zu verzeihen. In der Ortskrankenkassenwahl haben wir die dreifache Majorität erzielt. Redner empfiehlt die Einführung der Beiträge durch die Werkstattdelegirten, dieselben haben die Werkstätten zu überwachen und in den Sitzungen Bericht zu erläutern. Die Diskussion in letzteren sei ja lehrreich, daß die Kollegen dadurch immer geschult und widerstandsfähiger würden, somit ein fester Stamm geschaffen wird, welcher für die Entwicklung einer Verwaltungsstelle unumgänglich nötig sei.

Zu Punkt 4 führt Herbst-Düsseldorf aus, es habe ihm ungemein überrascht, im hiesigen Bezirk die Gewerkschaftsbewegung so schwach anzutreffen. Er bespricht dann den Artikel von Hück-Giesen im Verbandsorgan und verspricht sich eine größere Stabilität des Verbandes durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Führt den Büdinger-Verband an, dessen festen Bestand er auf die Verdünnung von Arbeitslosenunterstützung zurückführt. Bei 40,000 Mitgliedern empfiehlt er obligatorische Einführung der Unterstützung. Redner erläutert den Vorstandsentwurf, hält aber den Mehrbetrag von 5 M. für nötig, sondern hält ein Mehr von 15 M. für nötig. Mit Idealen sei den Mitgliedern nicht allein gedient, deshalb empfiehlt er aus tatsächlichen Gründen die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung. Er verließ eine demgemäß abgefaßte Resolution. Als Referent führt Schaal-Wald aus, daß ihn die Resultate, welche verschiedene Institute für Arbeitslosenunterstützung erzielt hätten, skeptisch gemacht hätten, geht dann auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit des Nahen ein und stellt an der Hand einer Statistik englischer Gewerkschaften fest, daß bei Einführung einer solchen Unterstützung die Beiträge zu hoch werden müßten. Es sei jetzt schon ein großer Nebenstand, daß die Mitglieder immer um ein Viertel mit den Beiträgen sich im Rückstand befinden. Freilich quantitativ möge unser Verband wohl gewinnen, aber qualitativ Vieles verlieren. Redner empfiehlt folgende Resolution: "Die Konferenz erklärt sich gegen die beabsichtigte Einführung der Arbeitslosenunterstützung, weil sie, ohne besondere Vortheile zu bieten, geeigneter erscheint, den Kampfscharakter unserer Organisation zu Gunsten des Unterstützungsweises zu schwächen und uns Verpflichtungen für die Zukunft aufzuerlegen, welche den Bestand des Verbandes in Frage stellen könnten." Die Resolution wurde nur 19 gegen 13 Stimmen angenommen.

Dann wurden Anträge zur Generalversammlung diskutiert und angenommen. Da dieselben schon in voriger Nummer abgedruckt sind, streichen wir dieselben aus dem Bericht. Red. Punkt 6: Als Vorort wird wieder einstimmig Düsseldorf gewählt. Die nächste Konferenz findet zu Düsseldorf 1898 statt, die Beurteilung des Ortes bleibt dem Vertrauensmann überlassen. — Dann wurde folgende Resolution angenommen: "Die Konferenz erklärt hiermit nach Anhörung der informierten Kollegen das Vorgehen des Vorstandes in der Angelegenheit des Kollegen Großberndt-Lohgs für unrichtig und fordert vom Vorstand die öffentliche Erklärung im Fachorgan, daß v. v. Großberndt wieder in den Verband eintreten kann, im Interesse unserer Agitation unter den vorrigen Metallarbeitern der Schmirnindustrie."

Nachdem der Antrag der Kollegen Giesen und Klein-Cöln: "Eine Agitationstour des Kollegen Ziegler durch das Rheinkand vom Vertrauensmann veranstalten zu lassen", angenommen war, schloß Ziegler mit einem begeistert aufgezogenen Hoch auf den D. M.-B. um 8 Uhr Abends die Konferenz.

Zum Protest der Frankfurter Verwaltungen.

In Nr. 8 der "Metallarbeiter-Zeitung" ist eine von den Bevollmächtigten der Verwaltungen Frankfurt a. M.-Bodenheim ausgehende Erwidierung auf den in Nr. 6 von uns geführten Nachweis, daß die protestirenden Verwaltungen in Folge der hohen Beitragsschlüsse vieler noch als Mitglieder bezeichneten Personen in der That nicht mehr als einen Delegirten zu beanspruchen haben, enthalten.

Die protestirenden Verwaltungen halten mit einer Zähligkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, an der Unterstellung fest, daß „der Geist der Arbeitslosenunterstützung über der Wahlkreiseinteilung“ — oder wie man sich jetzt etwas vorsichtiger ausdrückt — über der Generalversammlung schwebte. In unserer Antwort in Nr. 8 wiesen wir diese Unterstellung als völlig hastlos zurück. Wir betonen, daß nicht Interessenpolitik, sondern der Grundatz „gleiche Blicke — gleiche Rechte“ bei allen Maßnahmen des Vorstandes bestimmend ist.

Durch den Umstand, daß eine große Anzahl unserer Verwaltungsstellen einen hohen Mitgliederstand auf der Abrechnung aufweisen, der zu den geleisteten Beiträgen in gar keinem Verhältnis steht, sah sich der Vorstand veranlaßt, nach einer gewissen Regel durchschnittlich 10 Beiträge pro Quartal und Quartal die Zahl der Delegirten zu bestimmen.

Die protestirenden Verwaltungen rücken nun durch eine

für sie allerdings sehr günstige, aber keineswegs richtige und „vernünftige“ Rechnungsmethode den Beweis zu liefern, daß von den Mitgliedern der allgemeinen Verwaltungsstelle Frankfurt, prozentual ausgerechnet, nicht ein einziges S. beziehungswise über 8 Wochen reift. Zu diesem Resultat konnten die protestirenden Verwaltungen nur gelangen, indem sie erstens von denjenigen Mitgliedern, die während des Quartals ausstraten, gestrichen werden müssen oder abreisen, „annahmen“, daß dieselben gar keine Beiträge an den Verband innerhalb des betreffenden Quartals entrichten. Diese den Abgang darstellenden Mitglieder wurden von den Protestirern mit $13 \times 13 = 169$ Beiträgen im Quartal angefeist und die sich hieraus ergebende Summe an dem Gesamtausfall der Beiträge abgezogen. Zweitens ist von den im Quartal neugetretenen angenommen worden, daß diese im Durchschnitt pro Quartal nur 3 Wochenbeiträge entrichten. Diese beispielweise im 1. Quartal $96 \times 3 = 288$ betragenden Wochenbeiträge sind nun zu den vom Stamme der Mitglieder vor 1. Quartal aufzuhbringenden Beiträgen hinzugerechnet worden. Von der hieraus sich ergebenden Gesamtsumme der zu leistenden Beiträge ist dann durch Abzug der wirklich geleisteten der Ausfall an Beiträgen berechnet worden. Dieser durch vorstehende Rechnungsmethode ermittelte Ausfall an Beiträgen wurde nun mit der Mitgliederzahl $293 - 17 = 276$ und 96 neugetretene gleich 372 dividirt, und so für alle Quartale nach derselben Methode der Beitragsschlüssel von $7,3$ Wochen für jedes Mitglied der genannten Zahlstelle ermittelt.

Der rohnerische Trythum, der den protestirenden Verwaltungen unterlaufen ist, besteht nun darin, daß sie die Neugetretenden mit nur 3 Beiträgen im Quartal ansetzen, diese aber trotzdem bei der Ermittlung der Rückstände pro Mitglied und Quartal in Rechnung ziehen, wodurch es ihnen gelingt, einen weit niedrigeren Beitragsschlüssel pro Mitglied herauszurechnen. Es bedarf hier von uns nicht der Wiederholung der Worte vom „künstlichen Rechnungsaufbau“; wir können dies hier unterlassen, da die Frankfurter Verwaltungen in Nr. 8 das für sie selbst Zutreffende nachlesen können.

Indem wir hierdurch im Allgemeinen die Rechnungsmethode der protestirenden Verwaltungen gekennzeichnet haben, gestatten wir uns, die aufgestellten Berechnungen im Einzelnen zu widerlegen.

Nach unserer Rechnung sollte festgestellt werden, wieviel geleistete Beiträge auf diejenigen Mitglieder entfallen, die das ganze Quartal hindurch zahlen. Deshalb nahmen wir überall den auf den Abrechnungen angegebenen niedrigsten Mitgliederbestand, und zwar bei der allgemeinen Verwaltungsstelle in Frankfurt a. M. zu deren Gunsten an, daß die im 1. Quartal von 372 Mitgliedern geleisteten 2475 Beiträge nur von der niedrigsten Mitgliederzahl (293) geleistet worden wären.

Die Ortsverwaltung behauptet nun, daß diese 372 Mitglieder zerfallen in 96, die hinzutreten, 17, die abgegangen, und 293, die als Bestand aufgeführt sind. Nach unserer Rechnung hätten zu zahlen 293 Mitglieder je 13 Beiträge, zusammen 3809 Beiträge. Nach Annahme der Ortsverwaltung reduzierte sich die Mitgliederzahl um 17, die je 13 Wochen rückständig sein sollen. Es wären also zur Zahlung das ganze Quartal hindurch verpflichtet gewesen $293 - 17 = 276$, welche 3809 - 221 gleich 3588 Beiträge zu entrichten hatten.

Es haben aber tatsächlich im 1. Quartal 372 Mitglieder, wie die Abrechnung ergibt, 2475 Beiträge entrichtet. Nach den neuerlichen Angaben der Ortsverwaltung (s. v. Nr.) haben von diesen 372 Mitgliedern 96 zusammen 288 Beiträge geleistet, mithin müssen von $372 - 96 = 276$ Mitgliedern zusammen $2475 - 288$ gleich 2187 Beiträge geleistet werden. Oder mit anderen Worten: die 276 das ganze Quartal hindurch steuernden Mitglieder haben nicht 2475, sondern nur 2187, also 288 Beiträge weniger gezahlt.

Dies bei der Rechnung berücksichtigt, ergibt für die drei Quartale:

Quart. niedrigste Mitgli.-Zahl

I.	293	-	17 = 276	Mitgl. die im Quartal
II.	372	-	56 = 316	13 Wochenbeiträge
III.	504	-	140 = 364	entrichten müssen.

Die von diesen im Quartal zu leistenden Beiträge stellen sich im

I. Quart.	$3809 - 17 \times 13$ also	$221 = 3588$
II.	$4393 - 56 \times 13$	$728 = 4108$
III.	$6552 - 140 \times 13$	$1820 = 4.32$

An erläuterten Beiträgen sind in Abzug zu bringen und waren hierdurch zu zählen:

erläuterte Beitr. zu leistende Beitr.

I. Quart.	3588	v. 276 Mitgl.
II.	$4108 - 55 = 4053$	316 "
III.	$4732 - 9 = 4721$	364 "

Es zahlten aber im

I. Quart.	372	Mitgl. 2475 Beitr., davon	96 Mitgl. 288
II.	504	3821	188 564
III.	515	3677	150 450

mithin bezahlten die das ganze Quartal hindurch neugetretenen Mitglieder im

Zahl d.	Mitgl.	Beitr.	
I. Quart.	276	2475	$- 288 = 2187$ Beitr.
II.	316	3821	$- 364 = 3257$ "
III.	364	3677	$- 450 = 3127$ "

Hieraus ergibt sich für den Stamme der Mitglieder folgendes Resultat:

Quart.	niedrigste	zu leistende	geleistete	Beitragsschlüssel
	Mitgl.-Zahl	Beiträge	Beiträge	Rückstand
I.	276	3588	2187	1401
II.	316	4053	3257	796 2,5 "
III.	364	4721	3127	1594 4,3 "

Es reichten mithin am Ende des III. Quartals 1896: 276 Mitglieder in Frankfurt (M.) 11,8 Wochen

40 " " " $6,5$ "

48 " " " $4,3$ "

Also nur einen geringen Bruchteil weniger als wir in unserer ersten Rechnung festgestellt haben.

An den Aufstellungen der Frankfurter allgeg. Zahlstelle ist fernet zu berichten, ob laut Abrechnung im 1. Quartal

nicht 17 Mitglieder ausgetreten, sondern 14 abgereist und nur 3 ausgetreten sind. Für das 2. Quartal besitzen wir hierüber Angaben nicht. Im 3. Quartal sind von den als ausgetreten angegebenen 140 Mitgliedern allein 114 abgereist und nur 26 ausgetreten. Es ist also auch hier die Beobachtung, daß von diesen 140 Mitgliedern gar keine Beiträge im Quartal entrichtet worden sind, hinsichtlich da zweifellos mehrere vor der Abreise ihre etwaigen Rückstände beglichen haben. Trotzdem haben wir zu Gunsten der Verwaltung diese Mitglieder vollständig von der Berechnung ausgeschlossen, da wir nur auf Grund der von den protestirenden Verwaltungen aufgestellten Rechnungsweise deren innerliche Gültigkeit nachweisen wollten.

Nun noch ein paar Worte zu dem angerührten Beispiel von Berlin.

Es wird zu zunächst ausgesetzt, daß nach der Abrechnung vom 4. Quartal keine Wahlberechtigten in Berlin vorhanden waren. Die Abrechnung vom 4. Quartal ist aber, wie die Kollegen in Frankfurt wissen, weder bei Ihnen, noch bei irgend einer andern Verwaltung in Betracht gezogen werden. Warum sollte es also bei Berlin geschehen?

Warum aber die Berliner „so gut“ wegkommen sind, liegt daran, daß sie im Laufe des 2. Quartals sich reorganisiert haben und dem Vorstand zur Zeit der Aufstellung der Wahlberechtigten nicht die Abrechnungen vom 3. sondern nur vom 2. Quartal zur Verfügung standen. Außerdem konnte von diesen beiden Abrechnungen nur in der vom 3. Quartal ein Stamme von Mitgliedern angenommen werden, da die Leberritte von den aufgelösten Verwaltungen erst im 2. Quartal erfolgten und die Leberritte mithin nicht als Bestand, sondern genau wie bei anderen Verwaltungen als Zugang zu betrachten waren. Trotz dieser für die Verwaltungsstelle Berlin günstigen Lage der Verhältnisse hat der Vorstand ihr doch nur 5 Delegirte gegeben, obgleich sie 3496 Mitglieder hat. Der Vorstand glaubte sich auch den Berliner Kollegen gegenüber dazu verpflichtet, weil die Beitragsreste im 3. Quartal, durch 13 getheilt, über 1100 Rückstände ergeben hätte, so daß die effektive Mitgliederzahl zu 2800 betragen würde, die unter Annahme der in den noch zu Berlin zählenden Ortschaften vorhandenen Verwaltungsstellen nicht mehr wie 5 Abgeordnete zu wählen haben.

Besonders imponiert uns übrigens an dem Beispiel mit Berlin, daß die protestirenden Verwaltungen erst den Vorstand wegen seiner Rechnungsweise, als einer unrichtigen, angreifen, am Schlusse aber Vorwürfe erheben, daß er sie auf Berlin nicht angewendet haben soll.

Inzwischen hat auch die von den protestirenden Verwaltungen angerufene Instanz, der Ausschuß, in dieser Tache gepröft und die Beiforderung abgewiesen, weil sich aus den Sammelbüchern ergeben hat, daß die Rechnung des Vorstandes im Großen und Ganzen zutrifft.

Wenn nun die Protestler zum Schluß meinen, daß sie die Generalversammlung kennen möchten, die ihnen nicht beipflichten muß, so wird ihnen zur Probe darauf ja bald Gelegenheit gegeben sein. Wir bezweilen jedoch, daß die Generalversammlung anders als den Tharsacher gemäß entscheiden wird.

Stuttgart, 19. Februar 1897.

Otto Möhrcke, geb. zu Halle a. d. S. am 10. April 1875, S. Nr. 93778.

All für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an
Theodor Werner, Stuttgart, Niedarstraße 160ff,
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genan zu bemerken,
wofür das Geld vereinahmt ist.
Mit kollegalem Gruß
Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Klemperer.

Dresden. Eine öffentliche Klempererversammlung fand am 7. Februar im "Trianon" statt. Trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse war sie sehr stark besucht. Genoß Richard hielte zunächst einen Vortrag über das Thema: "Warum müssen wir uns organisieren?" Der Referent erledigte sich seiner Aufgabe in bester Weise. Eine Resolution, die sich für den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband ausspricht, wurde angenommen. In der Debatte unterzogen einige Kollegen die Verhältnisse in Dresden einer trennenden Kritik, sie gezielten aber auch die Lanthit der Kollegen in gehöriger Weise. Im Gewerkschaftlichen wurde betont, daß die Vortheile des 1890er Streiks schon lange wieder verloren seien: Stundenlöhne von 18 und 20 s seien in Dresden zu verzögern. In den Geschäftsjahren Werten gehen Arbeiter sogar mit 7 und 8 s Wochenverdienst nach Hause. Von der Kommission wurde nochmals auf die Frage hingewiesen, aufmerksam gemacht und aufgefordert, dieselben gewißhaft auszufüllen, wo noch keiner in der Werkstatt ausgefüllt worden ist, voll das jedoch als möglich gehalten werden. Die Kommission tagt jeden Dienstag Abend von 9—10 Uhr in Morgensterne's Gaithaus, Grünerstraße.

Giebel. Am 9. Februar hielt die hiesige Sektion der Klemperer eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Kollege Ziemiann über die Kämpfe der Gewerkschaften im vergangenen Jahr referierte. An der Hand von Zahlen u. a. nach dem Handelskammerbericht wies Redner nach, in welchem Umfang sich besonders die Metall- und Textilindustrie gehoben hat. Daß die Streiks im vergangenen Jahre ziemlich resultlos verlaufen sind, führte Redner auf die mangelnde Organisation zurück und ermahnte die Kollegen, die Lehre zu beherzigen und jeder Zeit für Stärkung der Organisation einzutreten. Zweiter Punkt war: "Wie stellen wir uns zu einer Lohnforderung in diesem Jahre?" Zu dieser Sache waren bereits im vorigen Jahre Erhebungen angestellt und war versucht worden, die indifferenten Kollegen zur Organisation heranzuziehen, leider mit wenig Erfolg. Die Versammlung zeigte, daß viele Kollegen eine Verbesserung ihrer Lage nicht nötig zu haben scheinen, indem die Hälfte derselben durch Abwesenheit glänzte. Nach eingehender Debatte über die Notwendigkeit einer entsprechenden Forderung und nachdem die meisten Redner betont hatten, daß es an der Glorie der Kollegen selbst liegt, wenn sie nicht bereits einen höheren Lohn erhalten, wurde mit 31 gegen 8 Stimmen beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten und die Ortsverwaltung beauftragt, die nördlichen Schritte einzuleiten. Nachdem der Versammlung noch ein Schreiben von Giebel verlesen, verpflichteten sich die Kollegen, kommenden Sonnabend mindestens je 50 s zu zeichnen.

Metall-Arbeiter.

Barmbek. Mitgliederversammlung des D. M. B. am 6. Februar. Bei "Hafenarbeiterstreit" berichtete der Vorsitzende, daß die Mitglieder Berger, Stege und Heins den Versammlungsbeschluß vom 5. Dezember, 1 s pro Woche Erbssteuer zu zahlen, nicht nachkommen würden. Hierauf erläuterte der Vorsitzende den Antrag des Hauptvorstandes betr. Einführung der Arbeitslohnunterstützung. Von Fiedler wurde empfohlen, den Beitrag auf 5 s um 10 s zu erhöhen, was angenommen wurde. — Zu Delegierten zur Generalversammlung wurden Junge und Fiedler vorgeschlagen. Als Zeitungstolporter für Barmbek wurde Kollege Wilhelm gewählt. Zum Sommervergnügen wurde von Fiedler der Antrag gestellt, auf das kombinierte Vergnügen zu verzichten, da die anderen Sektionen Hamburgs sich nicht daran beteiligen wollten. Darauf wurde beschlossen, dasselbe hierbei in Barmbek abzuholen. Junge, Fiedler und Wagner wurden beauftragt, ein Fests zu suchen. Ein Antrag des Vorsitzenden, Einladungskarten zu Versammlungen drucken zu lassen, wurde angenommen.

Brackwede. In der letzten Mitgliederversammlung des D. M. B. wurde der Antrag des Vorsitzenden, bestehend in die Erhöhung der Wochenbeiträge, wodurch die Einführung einer Arbeitslohnunterstützung bewirkt werden soll, abgelehnt, weil unter den heutigen Verhältnissen es schon fast genug hätte, neue Mitglieder zu gewinnen. — Soebel wurde zum Delegierten gewählt.

Düsseldorf. In der kombinierten Mitgliederversammlung am 31. Jan. wurde die Diskussion aus einer früheren Versammlung über die Arbeitslohnunterstützung fortgesetzt. Kollege Herbst räte u. a. aus, daß er vorsichtiger gegenüber der Unterstützung sei, aber aus eigenen Gründen würde dieselbe für den Verband obligatorisch eingeführt werden, weil sie ein gutes Agitationssmittel ist. Er räte auf den Zusammenschluß des Kollegen Herbst, daß die Unterhaltung mit 3 s Wochenbeitrag durchführbar sei. Es wäre nicht mehr wie richtig und billig, den verarbeitenden Kollegen etwas zu kosten, indem die jüngeren Mitglieder durch Arbeitserfüllung bedeutend mehr zum Verband hätten. Wenn ein Schlag in Stoff gerät und zerstört ist, darf wiederein Unterstützung Anspruch zu machen, genauso wie Wahlrechtsverlust und wird ihm dadurch das Recht an der Wiederherstellung der Wahlgebung entzogen. Die sozialpolitische Verweisung der jungen Arbeiter vorwiegend noch nichts geleistet. Der Sommer wird wieder auf das Prinzip der sozial-Demokratischen Partei nicht zurückfallen, indem dieselben sozialdemokratischen Organisationen wie unser Verband sind. Redner räumt an, das mit 1% Prozent, somit bei 40 000 Mitgliedern 3000 Arbeitslose jährlich hätten. Wenn nun tatsächlich 15% mehr Beiträge bezahlt wird, so gibt das bei nur 50 Beitragszuschüssen ein Mehr von 200 000 s. Sireen 3000 Arbeitslose à Berlin 60 s

Unterstützung macht 180 000 s. Es bleibt noch ein Überfluss von 120 000 s. Die Reiseunterstützung würde sich auf die Hälfte reduzieren und somit noch mindestens 25 000 s zu der Arbeitslohnunterstützung verwendet werden können. Es dürfte die Zahl der Arbeitslosen also noch höher sein. Redner sieht voraus, daß ev. 1 Jahr Räzenzeit angezeigt wird. Die Mitglieder hätten durch Urabstimmung zu beschließen, ob die Unterhaltung eingeführt werde oder nicht. Redner stellt deshalb den Antrag: "Die heute stattfindende kombinierte Versammlung sämtlicher Sektionen Düsseldorf stellt folgenden Antrag an die Generalversammlung: Zu Erwägung, daß die statistischen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit innerhalb unserer Organisation noch nicht als abgeschlossen zu betrachten sind, so beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, die Erhebungen über die Arbeitslohnunterstützung bis zum 1. April 1898 auszudehnen und nach dem Resultat der Erhebung eine Urabstimmung herbeizuführen, ob die Unterhaltung eingeführt wird oder nicht. Zu diesem Zweck hat der Vorstand an die Mitglieder ein Flugblatt nebst Stimmtarte zu übermitteln. In dem Flugblatt ist einmal das natürliche Material mitzunehmen, anderthalb ganz für den Entwurf der Arbeitslohnunterstützung darzulegen. Die Urabstimmung muß bis zum 1. Oktober 1898 abgeschlossen werden." — Lerner hält die Unterhaltung nach dem Vorstellung des Vorstandes sowie des Kollegen Herbst für unzureichbar und meint, daß die Kontrollierung, ob Selbstverhaldung vorliegt oder nicht, sehr viel Zeitverbrauch hervorrufen würde. Der Beitrag für die Unterhaltung würde im Hause der Not schließlich doch anderweitig, zu Streit u. c. verwendet werden müssen. Dadurch müßten bei Einführung der Unterhaltung noch viele befahrene Beamte angestellt werden? Red., durch welche dem Verband auch wieder viele Kosten entstanden würden. Mit den 7½ Proz. ginge es auch nicht so glatt ab, in den Jahren der Krisis würden sicherlich 12—20 Proz. Arbeitslose vorhanden sein. Auch Gorthausen, Twiegel, Bardenau und Christian wachen sich gegen die Arbeitslohnunterhaltung aus und bemerkten, daß unser Verband keine Unterstützungs- sondern eine Kampforganisation sei: unsere Aufgabe wäre, höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie Verkürzung der Arbeitzeit zu erkämpfen, sonst sei die Unterhaltung überflüssig. Der Antrag Herbst wurde hierauf abgelehnt.

Cilenburg. Zu dem vom Kollegen Breder zur Diskussion gestellten Vorstellung, den Beitrag auf 10 s zu erhöhen, hat die hiesige Verwaltungsstelle einstimmig befohlen, die Beiträge auf der alten Höhe zu belassen. Wir schließen uns den von verschiedenen Seiten gemachten Ausführungen an, daß der Verband keinen Höhepunkt in der Mitgliederzahl erreicht hätte, wenn die Generalversammlung den Vorstellung auf Erhöhung der Beiträge zugestimmt würde. — In Bezug auf die Auslösung des Beitragsverhältnisses mit der Generalversammlung, die wir beantragen, und wir der Meinung, daß das, was die Generalversammlung für den Metallarbeiterverband geleistet, der Art sehr nahe kommt. Das die Generalversammlung für größere Industrieverbände nur hinderlich sein kann, beweisen uns die Ausführungen unseres Flugblattes vor dem letzten Gewerkschaftskongress. — Was die Arbeitslohnunterstützung anbetrifft, so sind wir im Prinzip nicht dagegen, so weit dieartige vom Staat oder zentraler Gewerkschaftsgesellschaften in's Leben gerufen wird. Aber der Metallarbeiterverband, dessen Zweck es ist, seine Mitglieder im Staat um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen starkfähig zu Seite zu stehen, darf nicht mit Arbeitslohnunterstützung nicht befasst werden. Bei den regelmäßigen wiedereinbrechenden Wahlen der Vertrauensvertreter würde in Zukunft weniger das Altersverhältnis der zu Wahlenden in Betracht gezogen werden, als vielmehr der Umstand, daß die älteren traktige Verwaltungsmethoden sind. In was für ein Fahrwasser wir dadurch geraten müssen, beweist der Bericht der Buchdrucker zur Genüge. Wird die Arbeitslohnunterstützung eingeführt, so wird jede Generalversammlung eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen gespannen: haben wir z. B. gesagt, so müssen wir auch z. sagen. Die Folge wird ein ziemliches Schwanken des Mitgliedsstandes sein. Der Vorstand bringt seinen Antrag damit zu begründen, daß er nicht, dem beständigen Bedarf unter den Mitgliedern sei dadurch abghalten, den Verkehrshandel müsse mehr geboten werden als kostspielige Unterhaltung an Kaufhäusern. Der Gegenzug zwischen Kapital und Arbeit verhindert es, mit der fortwährenden wirtschaftlichen Entwicklung, Fabrikationen, Verlängerung der Arbeitzeit und sonstige Übergriffe der Unternehmer werden an der Lagesordnung teil. Durch die Unmöglichkeit im Arbeitsverhältnis wird auch im indifferenteren Arbeiter das Bedürfnis sehr stark an eine Kampforganisation, um solcher Unternehmertreitsche genauer geprägt haben zu können. Die Situation wird aber aus dem vorliegenden Ausführungen verständlich und ein Zeichen der Mitgliederzahl wird sich leichter machen. Unsere Lösung ist: vorz. mit dem ganzen Unterhaltungsbalken.

Erfurt. Am 13. Februar fand eine kommittierte Metallarbeiterversammlung statt. Beim ersten Punkt sprach sich Biegond gegen die Einführung der Arbeitslohnunterstützung aus, er hält die stolzartige Führung der Metallarbeiter-Zeitung für zweckmäßiger. — Da ja bereits eingehabt ist, kann dies bestreitbar, daß bei einem Vierbeutelzoll von mir z. A. die Arbeitslohnunterstützung befehlen kann. — Bei der Wahl des Delegierten wurden 25 Stimmen abgegeben, 4 s für Biegond, 2 für Stromerath. — Herr Biegond stellte den Antrag, eine dreigliedrige Kommission zu wählen, welche die Wahlkündigung einer breiten Plakatmauer zu verhindern habe. Es wurden Staub, Tregmann und Groß gewählt. Dazu gab der Befürworter bekannt, daß am 6. März eine Tafelgerichtsordnung zur Generalversammlung vorliegt. Als Delegierte dazu wurden Staub und Groß gewählt. Der Befürworter gab noch bekannt, daß er gegenwärtig in Erfurt ein Metallarbeiter-Kartens-Sortiment aufstellt, welches die Befürworter fördert. Das Sortiment besteht aus über 1000 in Erfurt aufgedruckten Kästen, mit einer 1/2 Jahre Gültigkeit, großer und kurzer und macht für den ersten Anwendung einen guten Eindruck, ist aber ein ganz arbeitsintensives Sortiment.

Sort. 8-9. In die hiesigen Metallarbeiter! Es müssen Sie die Stimmen abgeben, welche eine gemeinsame Beleidigung der sozialen Arbeitsschicht unter Grundlage eines austreichenden Sozialen verlangen. Und zwar aus dem Grunde, weil es das Bedürfnis und das

Recht eines jeden ist, menschlich zu leben und nicht nur von gnädig zugeworfenen Brocken das Leben zu fristen. Wir wollen nicht vom Morgengrauen bis in die finstere Nacht uns abschinden, um schon in unseren ersten Monaten Jahren der Schwindsucht anheimzufallen. Stolzen, vereinigt Euch, damit wir geschlossen auftreten und unser gutes Recht erringen, tretet ein in unsere Reihen, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Dann ist die Zeit der Besserung nicht mehr fern. Kommt zunächst in unsere Versammlungen. Diese finden jeden Sonnabend Abends um 9 Uhr im Lokale des Herrn Fritz Gay, Stettinerstraße 48, statt, wobei selbst auch Neuauftnahmen erfolgen.

Hannover. Von Herrn J. Berliner, Telephonfabrik, erhalten wir unter Bezugnahme auf die Korrespondenz in Nr. 8 eine Zuschrift, d. d. 20. Februar, in der es heißt:

"... Bürger meinen fest angestellten Beamten waren im Jahre 1896 ausweislich der geführten Lohnnachweisung für die Unfallversicherung 141 Personen in meinem Hannoverischen Fabrikbetriebe beschäftigt. Davon haben durchschnittlich pro Tag verdient: 11 Personen 11,40—6, 45 Personen 6,30—4,50, 28 Personen 3—3,50, 24 Personen 4,2,50 bis 3, 12 Personen 2—2,50, 10 Personen 1,50—2, Lautbüro, 11 Gehilfe... — Also die Behauptung von 10—12 s für Schlosser und 13,50 für Mechaniker beruht auf einer Unwahrheit, soweit sie meine Fabrik betrifft. Von meinen Leuten sind bei mir beschäftigt: bis 2 Jahre 116, 2—4 J. 10, 4—5 J. 2, 5—7 J. 4, 7—8 J. 4, 10—12 J. 5. Die Behandlung der Leute ist eine anerkannt liberale und gerechte, wie dies der Stammbuch von alten Leuten beweist, welche bei entgegengesetzter Behandlung sicher nicht bei mir geblieben wären. Wenn der Werkmeister sich in dem zitierten Falle dazu hinreissen ließ, den Schreiber (? Red.) des Artikels mit "Großschmiede", "Wachweib", "Halten Sie Ihr großes Maul" zu titulieren, so hatte er jedenfalls Grund zur Entrüstung, wenn er sich auch etwas weniger deutlich hätte ausdrücken können. Im Neubrigen ist der Werkmeister ein Mann von 49 Jahren, der sich nicht leicht zu Redensarten hinreissen läßt. Es sind nicht nur drei Klosets vorhanden, sondern drei Klosets in der Fabrik für Männer, ein Kloset in der Fabrik für die weiblichen Angestellten und ein Kloset bei der Tischlerei, welche bei durchschnittlich 60—70 Personen vollständig ausreichen. Die Bedienstetenanstalten werden mindestens wöchentlich gereinigt und sind mit neuester, sehr reicher Wasserleitung versehen. Die Fenster und Überlichter werden nach Bedarf gereinigt, wenn dies nicht der Fall wäre, so würden die Fabrikräume bald dunkel sein, wie dies wohl jedem einleuchtet. Die Wärme im Sommer ist bekanntlich eine Folge der sicheren Tüllung der Erdäcke, an der ich nichts ändern kann. Jedenfalls ist die Wärme in meinem 8 Meter hohen mit Ventilation versehenen Sälen entschieden viel geringer als in andern Fabriken. Die Hundekäfe im Winter kann auch so schlimm nicht sein, in Folge der vorhandenen Dampfheizung beträgt die Temperatur im Minimum 14 Gr. R. Eine Ausnahme kann nur bei strenger Kälte Montags früh eintreten und kommt es dann vor, jährlich 3—4 Montage, daß die Normaltemperatur in den ersten 2—3 Arbeitsjahren nicht erreicht wird. Die Einrichtung in die Bücher der Strafanstalt steht dem Arbeiterschlaf jederzeit zu. Die Strafgelder werden getrennt verwaltet, mit 4 Prozent verzinst und über die Verwaltung am Schlusse eines jeden Geschäftsjahrs 1. Juli Rechnung gelegt. — Die Bücher der Firma werden von einem gerichtlich beauftragten Buchprüfer jedes Jahr geprüft. Die Firma besteht seit 1880, jedoch in die Strafanstalt erst Oktober 1895 errichtet, es konnte also erst einmal Rechnung gelegt werden. Die Strafgelder sind zur Unterhaltung hilfsbedürftiger Arbeiter bestimmt, während im Juli vorheriger Jahres dafür agitiert wurde, mit dem damaligen Bestande von 88 s ein Sommervergnügen zu veranstalten, was ich verweigerte und damit beantwortete, daß ich 450 s aus meinen Mitteln zur Abhaltung eines Ausflugs hergab. — Ich ersuche Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um wortgetreuen Abdruck des vorliegenden Schreibens und mir binnen drei Tagen den Namen des Verfassers des Artikels mitzuteilen, andernfalls ist gegen Sie Strafantrag wegen verleidender Beleidigung stellen werde. — J. Berliner."

So Herr Berliner. Man vergleiche nun mit seiner "Berichtigung" die Korrespondenz in Nr. 8: Feder wird sich darnach fragen, was Herr Berliner jetzt denn eigentlich bestreitet hat. Über die Lohnverhältnisse seiner Fabrik wurde kein Wort gesagt, sondern über die Wärme in Hannover; daß 10—12 s für Schlosser und 13,50 s für Feinmechaniker nichts Seltes sei, sogar ältere und verheirathete Kollegen bekämen nur 18 s und darüber. Was sagt uns Herr B. an aufgesordert? Das bei ihm 24 Mann 2,50—3 s und 12 Mann 2—2,50 s pro Tag verdienen. Nach Adam Riege gibt das in 6 Tagen Wochenlöhne von 15—18 s und von 12—15 s! — Die gerügte "liberale" Behandlung leitens des Werkföhlers gibt Herr B. selbst zu! — Bezüglich der Klosets ist in Nr. 8 gesagt, daß "für ca. 70 Personen nur 3 Klosets" vorhanden sind, keineswegs aber, daß "nur 3" existieren. Herr B. beschäftigt doch laut seiner Angabe 141 Personen. Aber: sollte ich unter Korrespondent auch in der Zahl der Klosets sowohl als bezüglich der Reinigung derselben, ferner sogar wegen der Reinigung der Fenster gezeigt haben — wir meinen, daß das Mittel einer Klage auf "verleidende Beleidigung" doch in gar keinen Verhältnis zu dem möglicherweise vorliegenden "Verbrechen" steht. — Herr B. macht auch einen "Witz" mit Bezug auf die sichere Tüllung der Erdäcke. Als "Mechaniker" sollte er doch wissen, daß der Wechsel der Tages- und Jahreszeiten nicht allein von der sicheren Achsenstellung abhängt, sondern das dazu auch die Umdrehung (Rotation) der Erde erforderlich ist. Es wäre also logisch gewesen, wenn Herr B. auch die Hundekäfe im Winter als "eine Folge der sicheren Tüllung der Erdäcke" bezeichnet hätte. — Ob es in den Hundekäfern zu heim oder zu salt ist, das zu bezeichnen sind jedenfalls die Arbeiter, die ich darin aufzuhalten, darin arbeiten müssen, kompetenter und sachverständiger als Herr B. Im Übrigen geben wir Herrn B. gerne zu, daß er an der "sicheren Tüllung der Erdäcke" wie an so vielem Anderem — ausgenommen natürlich seine vielleicht idyllischen Überredner — unschuldig ist. — Auch bezüglich der Strafgelder gibt Herr B. alles zu, er teilt lediglich mit, daß sie getrennt verwaltet und mit 4 Prozent verzinst werden. s. s. Herr B. sollte uns eigentlich dankbar

sein, daß diese Sache in Nr. 8 erwähnt wurde, weil er ja mit seiner "Berichtigung" der Welt auch die Spende von 450,- mittheilen konnte. Und wir sind so "liberal", daß wir für diese Bekanntmachung nicht einmal Insertionsgebühren verlangen! — Schließlich bedauern wir, die Neugierde des Herrn B. nach dem Einsender nicht befriedigen zu können.

Die Redaktion.

Hohenstein-Ernstthal. Am 7. Februar fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Krause-Chemnitz über Zweck und Nutzen des D. M. V. referierte. Redner schilderte zunächst die Entwicklung der Industrie bis zu den heutigen Produktionsformen und erläuterte hierauf die einzelnen Paragraphen des Statuts des D. M. V., dabei nachweisend, wie notwendig es sei, sich den bestehenden Arbeiterorganisationen anzuschließen. Redner erläuterte hierauf den Unterschied zwischen den Hirsch-Düncker'schen Gewerbevereinen und den modernen Gewerkschaften. Als Beispiel wurde vom Referenten auch die "Liebknecht'sche Werkstatt" angeführt, die eine "Stammburg" der Hirsch-Düncker'schen sei, gleichzeitig aber wären dort nicht die besten Löhne zu finden. Die Kollegen sollen dafür sorgen, daß bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreungen werden. In der darauffolgenden Diskussion sprach Kollege Uhlendorff-Chemnitz in schrofen Worten über das Raubritterthum in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Als Redner im Weiteren auf den so oft vorherrschenden Kaiserhofstift in den Werkstätten zu sprechen kam, wurde ihm von einem überwachenden Gendarm das Wort entzogen und zugleich die Versammlung aufgelöst. Es ist bereits Beschwerde bei der kgl. Amtshauptmannschaft eingereicht.

Hamburg-St. Georg u. Umg. Versammlung vom 2. Februar. Zunächst wurden die Artikel aus der "Metallarbeiter-Zeitung" über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vom Vorsitzenden verlesen. Hierzu stellte Kollege Seier den Antrag, dem Antrage des Hauptvorstandes beizustimmen, jedoch, um das Unternehmen von vornherein zu sichern, den Beitrag auf 30,- festzusetzen. Dieser Antrag wurde angenommen. Als Delegiertenkandidat wurde Friedrich einstimmig gewählt. Zum Arbeitsnachweis sprach Seier; er verlas die Paragraphen und machte bekannt, daß die arbeitslosen Kollegen sich besser am Arbeitsnachweis betheiligen sollten. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, in der nächsten kombinierten Vorstandssitzung den Antrag zu stellen, daß Regulativ des Arbeitsnachweises und die Statuten der Bibliothek als Anhang in die Mitgliedsbücher zu kleben.

Höchst a. M. In der am 17. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung des D. M. V. wurden in die Kreisverwaltung gewählt: F. Horn, Königsteinerstr. 64, als Bevollmächtigter, Math. Krick in Nied. Lausitzerstraße 17, als Kassirer, W. Bohrmann, W. Bühl und O. Hartmann als Revisoren. Bei Berathung des Kartellantrages auf 50,- Wochenbeitrag für die streikenden Hafenarbeiter wurde beschlossen, es jedem Mitgliede anheim zu stellen, wie hoch es sich für jede Woche verpflichten wolle. — Die Versammlung war schlecht besucht und wäre es an der Zeit, daß die Kollegen sich in Zukunft zahlreicher einzufinden.

Kalk. In der letzten kombinierten Versammlung sämtlicher Zahlstellen Kölns und Umgegend, welche sich hauptsächlich mit der Frage der Reorganisation des Verbandes beschäftigte, war die Meinung vorherrschend, daß die vom Vorstande vorgeschlagene Einführung einer Arbeitslosenunterstützung für diejenigen Mitglieder, welche nicht auf die Reise gehen können, zu begrüßen sei. Dadurch würde das Interesse der ortsaufzähligen, verheiratheten Kollegen an dem Verband gestärkt und könnten dieselben dadurch eher als Mitglieder gewonnen werden. Auch freie zu erwarten, daß in Folge dessen der große Wechsel des Mitgliederstandes aufhören werde und ebenso durch Erhaltung und Gewinnung der älteren, ortsaufzähligen Arbeiter die Aktionsfähigkeit der einzelnen Filialen sowohl wie des Verbandes überhaupt gestärkt werde. — Anträge zur Generalversammlung wurden nicht gestellt. Aus der Reihe der Vorgesagten erhielt Kollege Jakob Giesen-Köln die meisten Stimmen. Erwähnt wurde noch der Arbeitsnachweis in Köln und die einzelnen Filialen ersucht, darüber etwas mehr zu berücksichtigen.

Mühlhausen i. Th. Wir haben nun seit langem nichts mehr von uns hören lassen, so daß es an der Zeit ist, den Kollegen einmal einen kleinen Situationsbericht über unsere Verhältnisse zu geben. Zusätzlich veranlaßt uns hiezu die Fahrradfabrik von Guizau Walter u. Co., welche in allen Industriestädten vorzügliche Zirkelosse und Dreher bei den höchsten Löhnen führt. Die Firma unterrichtet diese Fässer als "Thüringische Maschinenfabrik". Wenn nun unsere Kollegen das Fässer lesen und in dem Blatt, guten Lohn zu verdienen, bisher kommen, so müssen sie die Erfahrung machen, daß diese "Maschinenfabrik" Fahrräder und Streichmaschinen baut, und daß die höchsten Löhne in 10 bis höchstens 15,- pro Woche bestehen. Bei dem in dieser Fabrik beheimateten Kolonienmeister mehr zu verdienen ist nämlich nur dem möglich, welcher auf den Fahrradbau eingeschult ist und sich dazu hergeben will, als Kolonienmeister den Ausbeuter seiner eigenen Kollegen zu machen. Da das nun nicht Sache unserer organisierten Kollegen ist, warnen wir Alle davor, darauf hereinzufallen. Wir kommen in Erfahrung bringen, daß diese Firma bis jetzt in Halle, Magdeburg, Chemnitz, Leipzig, Hannover und Berlin und Umgegend besteht. Auf dieses Fässer sind bis jetzt bereits ein paar Chemnitzer, ein Kollege von Halle und zwei von Leidenwalde hereingefallen. Nach unserem Reichsstrafgesetz ist eine Vorwiegung fälscher Thatachen, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen, als Betrug zu bestrafen; ob hier ein solcher Fall vorliegt, werden wohl in nächster Zeit die Richter zu entscheiden haben. — Auch in der zweiten Sitzung noch hier befindlichen größeren Fabrik sind die Verhältnisse nicht viel besser, so daß wir den Kollegen nur empfehlen können, Mühlhausen so viel wie möglich zu meiden. Den hier befindlichen aber rufen wir zu: Kollegen kommt zu uns, arbeiten Sie für Euch! Ihr habt es jetzt mehr nötig als jemals. Es wird in nächster Zeit eine öffentliche Metallarbeiterversammlung stattfinden, welche sich mit diesen Verhältnissen beschäftigt kommt. Alle her und zeigt, daß Ihr Euch in Zukunft nicht mehr mit 10 und 12,- als mit 15,- Lohn abtreiben lassen wollt.

Mühlhausen i. Els. Am 9. Februar wurde hier in einer gut besuchten öffentlichen Metallarbeiterversammlung

Genosse Höhlerack-Berlin über wirtschaftliche Krisen u. Redner bewarb den günstigen Geschäftsgang der Metallindustrie, den die Arbeiter auszunützen suchen müssten. Die Voraussetzung dazu sei eine starke Organisation. — Es liegen sich 15 Kollegen annehmen. — In Elsfjör-Lörringen ist die Agitation sehr erschwert, meistens wiegt der Kosten der selben die Kosten nicht auf. Z. B. mußte der Gründer der Verbindung dreimal nach der Polizeidirektion, um eine Genehmigung zu erwirken. Trotzdem die Versammlung 5 Tage vorher angemeldet war und die Polizei verbündet ist, binnen 3 Tagen Bescheid zu ertheilen, wurde die Genehmigung erst einige Stunden vor angekündigtem Beginn vertheilt.

Plauen'scher Grund. Am 14. Februar fand in der "Hohen Schänke" in Döhlen eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt; dieselbe beschäftigte sich mit der Zielstellungnahme zur Generalversammlung. Kollege Haak-Dresden referierte über den vom Hauptvorstand gestellten Antrag, betreffend Arbeitslosenunterstützung. Er bekämpfte den Antrag aufs Entfernen. In der Debatte sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Nach wurde die Meinung laut, die Reiseunterstützung nicht abschaffen. Sodann wurde Kollege Otto Barthel-Niederhäslich bei Dresden einstimmig als Delegierter zur Generalversammlung vorgeschlagen. Im "Gewerkschaftlichen" gab der Bevollmächtigte Bericht über das Jahr 1896, ebenso die Delegierten des Gewerkschaftskartells. Bei der Neuwahl der Delegierten zum Kartell wurden Hanke, Dettel, Ziegel und Hartmann gewählt, als Erstgewinner Fleischer, Kohl, Krumbiegel und Rothe. Zum Schluß wollte Kollege Haak noch das Verhalten des Überwadenskritik trittieren, weil der selbe nicht gestattete, die Versammlung am Anfang 1/4 Stunde zu vertragen. Der Beamte ließ das nicht zu und löste die Versammlung nach kurzem Wortwechsel auf.

Schweinfurt. Die hiesigen Verbandsmitglieder erklärten sich in der letzten Mitgliederversammlung für Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Schwäbisch Gmünd. Unser Mitgliederverband ist in letzter Zeit derart zurückgegangen, daß wir es endlich für angezeigt erachten, an die hiesigen Kollegen zu appellieren, wieder mehr Interesse für den Verband zu entwickeln, nicht allen möglichen Vergnügungsvereinen nadzulaufen und es einer kleinen Anzahl Mitglieder zu überlassen, die Agitation zu besorgen. Es bedarf, um eine erfolgreiche Thätigkeit auszuüben, des Zusammenspiels aller Kollegen. Deshalb, Ihr Sammeligen, räfft Euch auf, erscheint in den nächsten Versammlungen, zeigt, daß Ihr wisst, was uns Allen noth thut.

Wolfsbüttel. In der Versammlung des D. M. V. am 14. Februar wurde als Bevollmächtigter Max Höppel, Töperstr. 9 II, als Kassirer Wilh. Heuer, Hauptstraße 4 II, als Revisoren Richter, Küster und Langenhahn, als Bibliothekar Hirze gewählt. — Aus der Delegiertenwahl zur Generalversammlung ging Heuer als gewählt hervor. — Es wurde dann beschlossen, die Versammlungen voran jeden Sonnabend vor dem 15. eines Monats abzuhalten. — Werthe Kollegen, es wäre angebracht der trainigen Verhältnisse, die hier herrischen, sehr nötig, daß sich die hiesigen Metallarbeiter besser vereinigen, die Versammlungen zahlreicher besuchen, um Mittel und Wege zu suchen, wie man die über lange Arbeitszeit, die Altkred. und Überzeitarbeit energisch bekämpft. Darum auf Kollegen, agitirt, tretet ein in den Verband, Anmeldungen nehmen außer in den Versammlungen jeden Abend der Bevollmächtigte und der Kassirer von 7—8 Uhr Abends in ihrer Wohnung nahe oben, entgegen.

Tittau. Am 15. Februar hielten die Einzelmitglieder des D. M. V. eine Versammlung. Anwesend waren 25 Mann. Müller machte auf die in unserem Verbandsorgan stattfindende Diskussion über den Antrag des Vorstandes bez. Arbeitslosenunterstützung aufmerksam. Kritische befürwortet die Arbeitslosenunterstützung, doch nur für Verheirathete und solche, welche unverhüllt der Weise außer Arbeit kommen. Müller ist entschieden gegen Arbeitslosenunterstützung. Es sprachen noch zwei Kollegen für Arbeitslosenunterstützung. Das Resultat der Abstimmung war: für Arbeitslosenunterstützung und Beitragserhöhung um 5,- 14, dagegen 10 Stimmen. Als Delegierte wurden Schulz-Baum mit 1s und Otto Barthel in Potschappel mit 7 Stimmen vorgeschlagen.

Zürich. Der Kongress des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes, welcher zu Stern in Basel stattfand, hat durch die bereits aufgestellte Traktandenliste ein großes Stück Arbeit vor sich. So wird sich unter Anderem der Kongress auch mit der Gründung eines eigenen Organs beschäftigen. Die Wanderunterstützung, welche schon des Weiteren die Delegiertenversammlungen beschäftigte, wird nachdem seitens des Auslands eine Verständigung bezüglich der Ausgleichung der Differenzen erzielt worden ist, den statutarischen Bestimmungen der angrenzenden Nachbarländer angepaßt und geregelt werden. Die Pflege der internationaen Interessen, welche sich von Tag zu Tag immer mehr als Notwendigkeit erweist, hat, um einen besseren Kontakt mit unseren ausländischen Genossen und Verbänden zu unterhalten, eine vollständige Revision der Verbandsstatuten noch wendig gemacht und wird auch diese am Kongress erledigt werden. Alles in Allem: an Arbeit ist kein Mangel und ist nur zu hoffen, daß die Delegierten die Verbandsinteressen fördern, um den Verband zu dem zu machen, was er sein soll — ein starker Wall gegen die aufrüttelnden Gewalten, welche uns das Kapital entgegenstellen.

Geilenhauer.

Berlin. Die Geilenhauer und Berufsgenossen zeigten am 14. Februar ihre Monatsversammlung ab. Herr Dr. Sommerfeld hielt einen sehr lehrreichen, mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Berufskrankheiten. Derselbe erklärte die übende Arbeitsweise und das Alter, als die sie sich, welche die Geilenhauer sehnztig zu Grunde rückt, nach der Statistik der Berufskrankheiten und die Fortentwickelung am drittbesten gestellt von allen Metallarbeitern, da von 100 Mann Deutwirtel an der Zwischenstadt herkommt. Um eine genaue Statistik über unser Gewerk auszuarbeiten zu können, wird Herr Dr. Sommerfeld mehrere Kollegen untertragen. Folgende Resolution wurde angenommen: "Die Geilenhauer und Berufsg. halten es für eine Pflicht, so daß eine Enquete über die Gesundheitsverhältnisse dieses Werks veranstaltet wird."

Hohenstein-Ernstthal. Der Zugang ist fernzuhalten, da über die Werkstatt von Rich. Bergner die Spurre verhängt ist. Bericht folgt.

An die Arbeiterschaft Deutschlands.

Im Oktober vorigen Jahres gründeten die Lübecker Metallindustriellen eine Vereinigung nebst Arbeitsnachweis nach berühmtem Muster. Den Zweck und die Schwierigkeit eines solchen Statuts einleitend, traten die Lübecker Metallarbeiter sofort in den Stand für Befreiung solcher Regelungen. Durch die Ungnade der Nachfrage, sowie der schlechten Konjunktur war bis jetzt ein Erfolg nicht zu verzeichnen, wohl aber traten die Betriebshäuser der hiesigen Metallindustriellen klar zu Tage. Hier beabdingt eine Zulassung der Arbeit, eine "Aussetzung" aller minderwertiger Elemente. Eben tritt zu Tage, daß alle an irgend einer Bewegung beteiligten und deshalb ausgeschlossenen Arbeiter in Lübeck keine Arbeit mehr bekommen sollen. Mehrmals ist dies auch von jener Seite ausgeworfen worden und die Praxis liefert die deutlichsten Beweise. Obwohl Arbeitsträger am Ende genügend vorhanden sind, in manchen Fällen von Auswärts heranzuziehen. Wir glauben nun, wenn der Zugang von fremden Arbeitsträgern verhindert wird, den Herren wirksam entgegentreten zu können.

Also, Genossen und Kollegen, halten der Zugang von Metall- und Hilfsarbeitern gänzlich fern, denn weiter die Unternehmer genötigt sein, ihre alten Arbeiter wieder einzustellen. Lasse ich niemand durch verlockende Laster oder Verpredigungen verleiten, nach Lübeck zu kommen, so die Arbeitsbedingungen keine rohen sind und fahrlässig sind.

Das Lübecker Gewerkschaftskartell.

Alle arbeiterfreudlichen Blätter werden am Abend gegeben.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg).

Berlin. Am 16. Januar fand eine außergewöhnlich starke Mitgliederversammlung der Filiale i. S. statt, in welcher die Verlegung der Zahlstelle beklagt wurde. Dieselbe findet sich bis auf Weiteres bei: Liebe, Golzowiski str. 25. Die Ortsverwaltung wurde autorisir bereits der Lokalfrage Erwägungen in Betracht zu ziehen. Hieran wurde die Nr. 2 der "Metallarbeiter-Zeitung" verlesen und die Handlungswweise des Vorstandes und des Ausschusses kritisiert und außerdem Deisinger's Polemit den Mitgliedern gegenüber gerügt, weil dieses nicht im Interesse der Mitglieder bezw. der Stadt ist.

Es wurde folgende Resolution angenommen: "Die Versammlung nimmt zu ihrem Bedauern Kenntnis von der verjährlichen Polemit des Vorstandes Deisinger gegen alte langbewährte Ortsbeamte, der an Mitgliedern stärksten Filialen Deutschlands und wird trotz der Animosität einer uns nicht wohlwollenden Rezession unentwegt fortfahren, von dem Rechte ihrer Meinungsausübung im Interesse der Kasse als auch deren Mitglieder ausgiebigen Gebrauch machen, festhalten an dem Prinzip, daß die Kassenverhältnisse sich nicht auf der Höhe der Zeit bewegen und der Ausbau derselben nur durch radikale und ruhiges Friedensturnen gefährdet werden kann, um die schroffen Missstände und Gegenfälle, welche uns durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse aufgezwungen sind, etwas zu lindern. Im Weiteren folgen wir Deisinger auf das Gebiet der persönlichen Gehängkeiten nicht, verurtheilen seine privaten Anordnungen und appellieren an das Selbstbewußtsein der Mitglieder, die Aussprüche in Nr. 2 der "Metallarbeiter-Zeitung" zu beurtheilen."

Ratingen. Die 25. und 26. Wahlabteilung hielt am 24. Januar hier eine Wiederversammlung. Vertreten waren 13 Filialen durch 82 Mitglieder. Im "Verdiensten" fand die Hamburger Angelegenheit, betreffend Brand, zur Sprache. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung verurtheilt ganz entschieden das Vergehen des Vorstandes in Sachen der Wahl des 2. Vorsitzenden Brand zur Bevollmächtigten der Filiale Hamburg und hält, daß hier ebenso schändig vorgegangen wird, wie in allen anderen Sachen und dem Bedeutung der Generalversammlung keine Achtung verschafft wird."

Nürnberg. Zu der am 16. Januar hier abgehaltenen Mitgliederversammlung kamen auch die Berufsgenossen des Vorstandes aus der "Metallarbeiter-Zeitung" zur Sprache. Voigt bemerkte dazu, so harmlos wie die Partei die Sache hinzustellen verübt, sei sie denn doch man. Es steht für jeden Generalversammlungsbesucher, auch für den Vorstand, kein Zweifel bestehen, daß der Antrag Proste an genommen ist, und dennoch ist von dem Vorstand dagegen gehandelt worden. Wenn nun die Berliner Mitglieder gegen Stellung nehmen, so ist es nicht nur ihr gutes Recht, sondern ihre Pflicht. Ganz besonders verantwortlich ist die Sammelweise, für Handlungen früherer Berliner Mitglieder diejenigen verantwortlich zu machen.

Litterarisches.

Bezüglich der reicher in zwanglosen Band... erzielenden Internationalen Bibliothek (3. Serie) hat die Verlagsbuchhandlung von Dier in Stuttgart früher eine Änderung vorgenommen, als daß die Bibliothek nunmehr in regelmäßigen Quartalen gegeben wird. Das ist jetzt getan. Abonnemententwurf pro Quartal 120,-. Der 1. Quartalsdruck begann mit dem Werke: *Der Glanz an die Menschheit*. Naturwissenschaften, Physiologie und Geodäsie begründet von August Peters, Dr. phil. Dieses Werk ist mit dem vorher erschienenen 9. Heile komplett geworden und als 25. Band in die Serie 3 der Internationalen Bibliothek eingebettet worden.

Die nächsten Hefte enthalten: *Städte-Verwaltung und Municipal-Sozialismus in England*. Von C. Haag. In diesem Werke wird eine erhabende Darstellung gegeben von der Entwicklung des Gemeinde-Sozialismus in den großen englischen Städten, der darin die Tatsachen die privaten Unternehmungen verdrängt. Eine Reihe weiterer

interessanter Werke liegt fertig vor, — anderes befindet sich in Vorbereitung. — Der Austritt aus dem Abonnement ist jedem Abonnenten zu jeder Zeit gestattet. Alle Kolporteur und Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Von Paul Kampffmeyer's Geschichte der modernen Polizei, die im Verlage von Hans Baake, Berlin S., in 25 Heften à 20,- erscheint, liegen nunmehr die ersten drei Hefte vor. Was das erste Heft versprochen, haben die folgenden gehalten. Der Verfasser gibt eine farbige, außerordentlich interessante Geschichte der Polizei, die gerade in der jetzigen Zeit besonders willkommen sein muss, wo die Enthüllungen über das Treiben des Herrn v. Tausch im Prozeß Eckert-Lützow die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Polizei und ihre Hintermänner gerichtet haben.

Ein Beitrag zur Geschichte der handgewerblichen Arbeiterschutzgesetzgebung in Deutschland. Von G. Heine. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Hamburg. 30,-. Die Schrift behandelt eine der wichtigsten und doch noch wenig besprochenen Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung, den Bauarbeiterabschuss. Sie beschäftigt sich hauptsächlich mit den Gefahren, welche für Bauarbeiter im Innenausbau vorhanden sind und durch offene Kochfeuer und nichtverglaste Fenster im Winterbau hervorgerufen werden. — In einer demnächst im gleichen Verlage erscheinenden umfangreichen Schrift wird in eingehender Weise die Unfallgefahr auf Bauten behandelt und die Möglichkeit ihrer Einschränkung nachgewiesen werden.

An alle Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

richten wir die Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsverkauf angeben zu wollen, welche nicht so vielen Änderungen unterworfen sind, als dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der stets gröber werdenden Auslage würden ja beide Adressen den Zeitungsverkauf wesentlich erleichtern. — Ferner ersuchen wir, alle Änderungen so zeitig abzusenden, daß wir sie noch am Donstag erhalten.

Die Expedition der „D. Met.-Arb.-Bdg.“

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Gesammelungen.

Altenburg. Sonnabend, 27. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „Waldschlößchen“. Vortrag über: Wann, wie und für was soll der Staat Schulden machen. Referent: Genosse Wiesenthal-Peitzig.

Arola. Sonnabend, 27. Februar, im „Vormärts“. Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung.

Ingolstadt. Samstag, 27. Febr., Abends 8 Uhr, im „Blauen Stock“. — Die für den 13. März bestimmte Versammlung muß wegen der am 13. März stattfindenden Wahlversammlung bereits Samstag, 6. März, Abends 8 Uhr, im „Blauen Stock“ abgehalten werden. Wahl eines Vorstehenden.

Harmen. Am 27. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Hrn. Höhn, Fischerthalstr. 19. Umere Agitation. Berichterstattung von der niederrheinischen Metallarbeiterkonferenz.

Gergedorf. Sonnabend, 6. März, Abends halb 9 Uhr, in „Stadt Schwerin“.

Berlin. Bezirks-Versammlungen: Riedorf. Dienstag, 2. März, Abends halb 9 Uhr, in den „Bittoriaalen“. Hermannstr. 49. Vortrag des Kollegen Haber über: Der Staat und die Arbeiter. — S.-O., Görlitzer Viertel. Mittwoch, 3. März, Abends halb 9 Uhr, bei Rautenberg, Domänenstr. 180. Vortrag: „Wedding und Granenburger Vorstadt“. Mittwoch, 3. März, Abends halb 9 Uhr, bei Raabe, Golbergerstr. 23. Vortrag des Kollegen Grasmeshüller über: Elektroindustrie. — In allen Versammlungen Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Brandenburg a. H. Montag, 1. März, Abends halb 9 Uhr, bei Winkel, Hauptstr. 34. Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung.

Crefeld. Samstag, 27. Febr. Vortrag: Die Gewerkschaften und ihre Zukunft. Stellungnahme zur Generalversammlung.

Darmstadt. Umere Mitgliederversammlungen finden am 1. und 2. Samstag jeden Monats im Gasthaus „Käfer Friedrich“, Schloßgasse 12.

Gütersloh. (Sektion der Dreher.) Sonntag, 28. Febr., Vorm. 10 Uhr, bei Hodas. Vortrag.

Erlangen. Sonntag, 28. Febr., Früh 10 Uhr, bei Schmied (Deutscher Hof). Delegitatemwahl. Wahl eines Bevollmächtigten.

Elensberg. (Sektion der Elmerner.) Dienstag, den 2. März, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus „Hohe Linie“.

Frankenthal. Samstag, 27. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Griesinger. Bekanntgabe des Gewinnwahlausultats. Diskussion der Anträge zur Generalversammlung.

Luckenwalde. Sonnabend, 6. März, Vortrag.

Karthausen. Samstag, 27. Februar, im Gasthaus „Zum Bier“.

Goslar. Freitag, 5. März, Abends 9 Uhr.

Gotha. Montag, 1. März, Abends halb 9 Uhr, in der „Schulung“. Vortrag: Geschäftstypen und moderne Gewerkschaft.

Hamburg. (Sektion der Gießgässer, Günterstr. 11, 12.) Mittwoch, 3. März, bei n. Salzen, Rosenthalerstr. 6. —

Hamburg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Dienstag, 2. März, Abends halb 9 Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt. Unter Söhnenstr.

Hannover. (Sektion d. Klemperer.) Montag, 8. März, Abends halb 9 Uhr im „Sollhof“.

Hannover. (Sektion der Mechaniker.) Dienstag, den 2. März, im „Savoye-Restaurant“. Gießereitechnischer Vortrag.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 27. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Grending, Langenhäuser Str. 2. Vortrag.

Kaiserslautern. (Allg.) Samstag, 6. März, Abends halb 9 Uhr, im „Gesellschaftshaus“, Steinstr. 26.

Karlsruhe. (Allg.) Samstag, 6. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kalmbach. Vortrag.

Karlsruhe-Mühlburg. Samstag, 27. Febr., Abends halb 9 Uhr, im Gaithaus zum „Ritter“.

Kiel. Mittwoch, 3. März, Abends 8 Uhr, bei Ahrends, Alte Reihe 8.

Köln a. Rh. (Allg.) Jeden Dienstag, Abends 9 Uhr, bei J. Imhoff, Perlengrabenstr. 36.

Lippstadt. Unsere Mitgliederversammlungen finden regelmäßig jeden 1. und 3. Sonntag im Monat im Verbandslokal: Mattenkloster, Soeststraße, statt. Nächste am 7. März, Nachm. 2 Uhr.

Luckenwalde. Montag, 1. März, bei Otto Schulz, Beelitzerstr. 34.

Menzelwitz. Sonnabend, 27. Febr., Wahl des Delegierten. Wahl eines Bevollmächtigten.

Mögeldorf. (Sektion der Metallzainer.) Sonntag, 7. März, Nachm. 3 Uhr.

München. (Sektion der Siebmacher.) Sonntag, den 28. Februar, Vorm. 10 Uhr, im „Eichthalgarten“, Buttermeisterstr. 5.

Nürnberg. (Allg.) Samstag, 6. März, Abends halb 6 Uhr, bei Herzog, Reuthofstr.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 6. März, Abends halb 9 Uhr, im „Wilden Mann“ in Wöhrl. Vortrag. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Rathenow. (Alle Sektionen.) Sonntag, 4. März, Nachm. halb 4 Uhr. Vortrag von Dr. Joel-Berlin: Die Grobierung des Nordpols. Bericht des Bibliothekars. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell.

Reutlingen. (Sektion der Drahtarbeiter.) Samstag, 6. März, Nachm. 3 Uhr, im „Deutschen Haus“.

Rostock. Sonnabend, 6. März, Abends 8 Uhr, in der „Fritz Meuterhalle“.

Schramberg. Samstag, 27. Febr., Abends 8 Uhr, im „Mühle“.

Schwelm. Sonntag, 28. Februar, Nachm. 5 Uhr, bei Ebinghausen. Diejenigen Kolleginnen, die die Mitgliedsbücher erhalten haben, werden aufgefordert, sie an den Bevollmächtigten abzuliefern.

Stettin-Zentr. Sonnabend, 27. Febr., Abends 8 Uhr, bei Büttow, Rothengarten 6. — Die Mitglieder werden erinnert, ihre Wohnung anzugeben, damit ihnen die Zeitung zugestellt werden kann.

Stuttgart. (Sektion der Fleischer.) Samstag, den 27. Febr., im „Hirsch“, Saal V.

Stuttgart. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 27. Febr., Abends 8 Uhr, im „Hirsch“. Bibliotheksbericht. Abrechnung über das Haftnachfränszen.

Witten. Sonntag, 28. Februar, Vorm. 9 Uhr bei Weigenfeld, Hauptstr. 12.

Altenburg. Sonntag, 28. Februar, Vormittags 10 Uhr, Bücherausgabe im „Löwen“.

Harmen. Adresse des Bevollmächtigten: Karl Wilms, Alleestraße 139.

Bergedorf. Das Winterergänzen findet am 13. März in „Stadt Schwerin“ statt.

Aerlohn. Sonntag, 28. Febr., Abends 7 Uhr, Fahrt nachfränszen bei Herrn Lange. Eintritt 25,-.

Galk 6. Köln. Samstag, 27. Febr., Abends 9 Uhr, im Berghotel Leh. Landstr., Zahlgelegenheit. Gemütliches Beisammensein.

Kiel. Der Feilenhauer Hermann Küpper aus Leipzig, B. Nr. 88 663, hat sich hier seinen Kollegen gegenüber sehr unfollegialisch benommen und ist trotz Aufforderung seiner Verpflichtungen nicht nachgekommen.

Köln. Der Bevollmächtigte Jakob Giese wohnt jetzt St. Apelstr. 2A/III.

Landshut. In B. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, Vorm. 10 Uhr. Beitragzahlung im „Frühlingsgarten“. — Adresse des Sekretärs: Bruno Fatzig. — Berecht und Herberger: „Frühlingsgarten“.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Montag, 1. März, Abends 8 Uhr. Verwaltungssitzung im „Zimmerthal“, zu welcher die gewöhnliche Versammlung zu erscheinen hat. — Die Mitglieder werden erinnert, etwaige Unregelmäßigkeiten im Einbringen der Vermalung mitzuteilen.

Koskow. Die Ortsverwaltungen und Steuergeldauszahler werden erinnert, den Schlosser Richard Solomon, geb. am 27. Febr. 1878 zu Neukölln, einzurichten. in Metzelsstr. 1 am 2. Juni 1894, B. Nr. 80 425, und Zeich Hochmuth, geb. Sonnen am 12. März 1878, eingetreten in Stuttgart am 25. März 1896, B. Nr. 122 685, die Bücher abzunehmen und Unterschriften zu benötigen.

Gustav Riedel, Kais. Kernerstr. 57-II.

Öffentliche Versammlungen.

Bitterfeld. Mittwoch, 10. März, Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Saal bei „Zude Berlin“. Die Reichsverdienstkreuz und die Ausgaben der Organisation. Referent: Rohlf-Saalfeld.

Carlsbad-Vienna. Sonntag, 7. März, 10 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Saal.

Gießen. Dienstag, 9. März, Abends 7 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung bei Erbig. Wie können die Metallarbeiter den gegenwärtigen guten Gesamttagung zur Verbesserung ihrer Lage ausnutzen? Referent: Kollege Schröder-Berlin. Die Schlußsitzung in der Gießener Praxisbibliothek. Referent: Kollege Dahmen.

Privat-Anzeigen.

Die Verwaltungen des D. M.-B. werden erachtet, uns etwaige Anstände bei den in unserem Blatte Arbeit suchenden Firmen sofort unter Angabe der Gründe zu melden.

Nachruf.

Am 7. Februar starb unser Mitglied, der Schlosser Hugo Schulteck [52] im Alter von 22 Jahren. Es rufen ihm ein „Ruhe sanft nach“.

Die Einzelmitgl. des D. M.-B. in Chemnitz.

Nachruf.

Am 6. Februar starb unser Mitglied, der Metalldrucker

Johann Preu,

plötzlich und unerwartet im Alter von 26 Jahren. Ehre seinem Andenken.

Sektion der Metalldrucker Fürth.

Nachruf.

Am 13. Februar starb nach schwerem Leiden an Magenkrebss unserer Kollege

Karl Petermann

im Alter von 52 Jahren. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Ortsverwaltung Görlich.

Nachruf.

Am 2. Februar starb unser Kollege, der Reitzeug-

polier

Wilhelm Maid

an der Proletarierkrankheit.

Wölge ihm die Erde leicht sein.

Sektion der Reitzeugindustrie Nürnberg.

Nachruf.

Am 12. Februar starb nach langem schweren Leiden unser Mitglied

Marie Schneider.

Wir rufen ihr ein „Ruhe sanft“ nach.

Sektion der Schläger Fürth.

Ein im Feilenjagisen tüchtiger Schleifergehilfe findet bei Unterzeichneter bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. Verheiratheter nicht ausgehlossen.

Joh. Schönleber, Schleifermeister,

61; Augsburg.

Zu einer weiteren tüchtige Feilenhauer.

Herm. Guck, Gevelsberg i. W.

Zu tüchtige Feilenhauer gesucht.

H. Band, Delitzsch.

Einen tücht. Feilenh. sucht sofort auf große Arbeit bei gutem Lohn. Rob. Hellmuth, Feilenhauerstr. Gießen.

1 tüchtiger Feilenhauer kann sofort eintreten bei

Dos. Plösl, Feilenhauerstr. Ansbach.

1 Feilenhauer auf mittl. Sorte gesucht.

C. Grün, Welbert, Nürnberg.

Schle